

HORST PETER
Petersberger
Populismus

KATRIN FUCHS
Humanitäre
Interventionen
Ja
- Kampfeinsätze
Nein

SIEGFRIED ZIELINSKI
Nicht mehr Kino,
nicht mehr
Fernsehen

SOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

KOMPATIBILE
WEITEN



R o s t o c k und kein Ende

Karl-Otto Richter*

Die Eruption von Haß und Gewalt vor dem Heim für Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen, die Medien wie Politiker zwei Wochen lang beschäftigte, findet weiter statt. Andersorts in Deutschland Ost und West, kaum milder, kaum noch mit öffentlichem Entsetzen kommentiert. Haß und Gewalt sind in den Alltag zurückgetaucht, sind wieder bürgernäher, domestizierter. Indes schicken die Politiker sich an, eine restriktive Gewährung von Asyl zu verrechtlichen. Sie folgen nunmehr Volkes Stimme, nachdem sie ihr ein Stück des Weges vorausgegangen waren. Was vor der eskalierenden Randalen und vor den Mordanschlägen auf Asylbewerber noch nicht durchsetzbar schien, ist in Reichweite gerückt.

Nicht nur die Vorgeschichte jener Mohnächte von Lichtenhagen gibt der Vermutung Nahrung, daß die Asylbewerber selbst - ohne Toilette und Waschbecken auf freier Wiese belassen - für einen wahrscheinlichen Eklat instrumentalisiert werden sollten. Auch der Dilettantismus von Innenministerium und Polizei-Einsatzleitung bleiben ohne diese Vermutung schwer erklärbar - zumal sie ihr geballtes Machtpotential den Gegendemonstranten wenige Tage später so professionell vorführten. So prompt, wie der Eklat kam, so prompt wurde er denn auch als schrilles Warnsignal für den überstrapazierten Leidensdruck deutschgenormter Bürger in die Asyldebatte eingeführt. Inzwischen hat eine Schadensbegrenzung eingesetzt, die vor allem aus touristischen Erwägungen bedeutsam scheint. Rostock, Mecklenburg-Vorpommern, ganz Deutschland sind ausländerfreundlich, Lichtenhagen ist eine Entgleisung. An prominenter Stelle der Ursachen-

forschung stehen natürlich soziale Verunsicherungen der "Verlierer der Einheit". Daß die Zahl solcher "Verlierer" weit größer ist als erwartet, und daß sich weder an der Wohnungsnot noch an der Arbeitslosigkeit ein Deut ändern würde, blieben die Asylbewerber weg, wird verschwiegen. Beklagt wird Jugendgewalt und mangelnde Erziehung. Unvermeidlich dabei der Verweis auf Demokratiedefizite der Ostdeutschen oder auf deren fehlende Vertrautheit mit Ausländern, als ob die Exzesse nicht erst durch die Logistik neonazistischer Gruppen aus dem demokratie-trainierten Westen "Profil" gewonnen hätten.

Eine empirische Analyse vom Frühjahr 1992 über die Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt¹, die sowohl Gefährdungspotentiale als auch spezifisch ostdeutsche Ursachen für Ausländerfeindlichkeit hinterfragte, sollte nachdenklich stimmen. So ergab die Befragung einerseits, daß sich rund zwei Drittel der Probanden nicht für einen Stop oder deutliche Einschränkungen in der Aufnahme von Asylbewerbern aussprachen. Andererseits würden entschieden restriktive Haltungen gegenüber der Aufnahme von Asylbewerbern von ca. einem Drittel der Probanden geteilt. Etwa 15 Prozent der Befragten gingen über Forderungen nach einer stark restriktiven Asylpolitik noch hinaus: Sie zeigten sich kaum berührt von den Berichten über gewalttätige Angriffe auf Asylbewerber und sahen zugleich eigene Interessen durch Asylbewerber bedroht.

Weiterhin belegte die Untersuchung, daß Facharbeiter mit größerer Distanz zu Asylbewerbern überrepräsentiert waren, und daß sich die Verknüpfung von "asylpolitischer Härte" und geringer Betroffenheit gegenüber den an Asylbewerbern verübten Gewalttätigkeiten nicht nur besonders häufig unter Jugendlichen fand, sondern überdurchschnittlich oft auch unter Älteren ab 60 Jahre. Zugleich lieferten die Daten Hinweise darauf, daß entsprechende Haltungen mit enttäuschten Erwartungen an den deutschen Vereinigungsprozeß zusammenhängen. Generell aber sind Akzeptanzprobleme für Asylbewerber ganz offensichtlich kein sozialstrukturell eindeutig eingrenzbares und etwa auf spezifische "Pro-

blemgruppen" reduzierbares Phänomen. Die aus dem Urteil der Probanden folgende Rangordnung von Ursachen für Feindlichkeit gegen Asylbewerber in Ostdeutschland bewies, daß die Asyldiskussion Wirkung gezeigt hat: Viele Probanden sorgten sich, daß vor allem Wohnungen und Arbeitsplätze durch die Aufnahme von Asylbewerbern gefährdet seien. Als weitere Gründe für Feindlichkeit gegen Asylbewerber wurden von der knappen Hälfte der Probanden als wichtig benannt: Die Asyldiskussionen der Politiker, das Verhalten einiger Asylbewerber sowie fehlende Kenntnisse über das Leben in deren Heimat.

Gemessen an gängige Meinungen besaß Intoleranz infolge Abschottung in der DDR nach dem Urteil der Probanden einen relativ geringen Stellenwert als Ursache von Fremdenfeindlichkeit. Erschrecken muß ein weiterer Fakt: Nur neun Prozent der Befragten schlossen sich nicht der Meinung an, daß die Ostdeutschen durch die Art und Weise der deutschen Vereinigung regelrecht gedemütigt würden. Knapp die Hälfte bejahte diese Meinung mehr oder weniger umstandslos.

Sieht man diese Aussage im Kontext der übrigen Ergebnisse, liegt der Schluß nahe, daß der deutsche Vereinigungsprozeß - geleitet von der Heiligsprechung ungehemmter Marktkräfte und begleitet von einer ideologischen Verklemmung, mit der Lebensläufe und Lebensleistungen der Ostdeutschen gleich massenhaft entwertet werden - selbst zum Impulsgeber für Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland geworden ist. Geprügelt werden mit den Asylbewerbern nicht allein scheinbare Konkurrenten um begehrte Güter wie Arbeitsplatz und Wohnung. Geprügelt werden mit ihnen Menschen, deren Verhängnis darin liegt, noch schwächer zu sein, als man selbst. Die Suche nach Sündenböcken hat bislang zu den Asylbewerbern geführt. Doch die Feindlichkeit zwischen Ost- und Westdeutschen wird spürbar aggressiver.

1 Vgl. K.O. Richter, B. Hermann, B. Schmidtbauer: Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadt. Ergebnisse einer empirischen Studie, UCEF-Report 1/1992, Reihe A, Rostock 1992.

Den lasse ich mal auf mich zukommen

und bestelle 6 Ausgaben für DM 12,- (nur Vorkasse: bar, Scheck, Briefmarken) als Probeabonnement. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abonnement um.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) beim FREITAG-Vertrieb widerrufen kann. Obenstehende Bedingungen habe ich zur Kenntnis genommen.

2. Unterschrift _____
Einsenden an:
Vertrieb FREITAG • PF 360 520 • W-1000 Berlin 36

Anzeige



Aufeinander
zugehen

Freitag
Die Ost-West-Wochenzeitung

JEDEN FREITAG
AM KIOSK!

INHALT

Herausgeber Herausgeberinnen:
Heinz A. Brecht (Berlin)
Diether Deim (Frankfurt/M.)
Jürgen Egert (Berlin)
Karin Fuchs (Wien)
Josef Hindels (Wien)
Klaus Peter K. Sker (Berlin)
Heinrich Lierker (Bielefeld)
Susl. Mobbeck (Bremen)
Ursula Pausch-Gruber (Karlsludach)
Claudia Walther (Aachen)
Kurt Wand (Hamburg)
Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:
Ingo Arend
Gesa Becker
Uwe Kremer
Fiete Saß
Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
Kieker Str. 13, 5000 Köln 80
Telefon (0221) 623271, Telefax (0221) 612815

Verlag:
spw-Verlag Redaktion GmbH
Kieker Str. 13, 5000 Köln 80

Geschäftsführer:
Andreas Bach
Ulla Saß

Konto des Verlages:
Postgamt Dortmund
Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr
mit ca. 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 51,-
erhöhtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbsloser
DM 42,-, Auslandsabonnement DM 54,-

Abbestellungen mit einer Frist von drei
Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Manuskripte sollen in Maschinenschrift
und mit einem ausreichenden Rand
versehen sein.

Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
Diskette mit einem Ausdruck geliefert werden
(MS-DOS-Textverarbeitungsprogramm
5.1.4 oder 3.1.2 Zol.).

ISSN 0170-4613
spw Verlag Redaktion GmbH 1992.
Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
vorbehalten.

Titelfoto:
Stephan Hoppe, Köln

Satz und Gestaltung:
Judith Nußbaum, Köln

Druck:
Nolte Druck, Schwerte

1.3 Tausend September 1992

Cuba-Kongreß: Abschlußerklärung	12
Jörg Rode: "Wasserkraft ans Netz"	13
Oliver Brosch-Guesner: Helden déjà vu	24
BLICK IN DIE WELT	25

KOMMENTAR

Karl-Otto Richter: Rostock und kein Ende	2
Horst Peter: Petersberger Populismus	4
Katrin Fuchs: Humanitäre Interventionen Ja - Kampfeinsätze Nein!	6
Andreas Wehr: Über das Elend sozialdemokratischer Außenpolitik	8
Andreas Wöllersdorf: Im Westen nichts Neues, im Osten eine neue Bewegung ...	10

SOZIALDEMOKRATIE

Ralf Krämer: Spalten statt versöhnen!	14
Matthias Machnig: Ende des Modells Deutschland - am Beginn eines neuen Politik- und Hegemoniezyklus	18

KOMPATIBLE WELTEN

Fiete Saß: Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft?	26
Siegfried Zielinski: Nicht mehr Kino, nicht mehr Fernsehen	28
Ulrich Klotz: Computer im Paradigmenwechsel	38
Gabriele Hooffacker: Neue Medien: Neue Öffentlichkeit per Computernetz	46

DEBATTE

Uwe Ostendorff: Zur Replik "Unregulierte Einwanderung als linke Pro- grammatik?" von Birgit Zoerner	50
Immanuel Wallerstein: Geopolitische Strategien der USA in einer nach-amerikani- schen Welt	51
Richard J. Barnet: Reflektionen. Die Unordnung des Friedens	54

PETERSBERGER POPULISMUS

Von Horst Peter, MdB, Kassel*

In diesen Tagen hat Björn Engholm die Frage nach der Situation der Partei mediengerecht mit der Formel, der Zustand sei weit aus besser als der Ruf der Partei, beantwortet. Bei einer alten Dame wie der SPD ist nun der Ruf weniger interessant. Wie ist also der Zustand der SPD, der allein über die Zukunft entscheidet? Symptomatisch für den gegenwärtigen Zustand der SPD ist die Entstehungsgeschichte und die Exekution der beiden Botschaften der "Petersberger Inszenierung": bedingte Änderung des Asylrechts und Erweiterung der Einsatzraumes der Bundeswehr.

Öffentliche Inszenierung kann den demokratischen Diskurs nicht ersetzen oder knebeln. Sie birgt die Gefahr, daß das Gewicht informeller Berater und der Kommentatoren in den Medien zur Entleerung der Diskussion in den legitimierten Führungsgremien führt. Verstärkt würde die Tendenz, die SPD dem Druck außengeleiteter Diskurse anzupassen. Schon heute erfährt die Mehrheit der Mitglieder SPD-Politik nicht über authentische Informationswege der SPD und die Willensbildungsstrukturen der Partei, sondern über die gefilterte Vermittlung der neutralen und gegnerischen Medien. Damit zieht getarnt als neue Beweglichkeit postmoderne Beliebigkeit in die Versammlungsstuben der SPD ein. Um aber mithalten zu können, muß die postmoderne Pirouette immer schneller gedreht werden. Denn Politik ist heute überwiegend ein Medienereignis. Den symbolischen und populistischen Inszenierungen der Machtzentren entsprechen auf Mediensseite die inszenierten Diskurse über politische Tagesfragen. Mit Petersberg unterwirft sich die SPD dieser Entwicklung. Die Petersberger Beratungsergebnisse signalisieren in den strittigen Teilen den Verzicht auf die Formulierung einer eigenständigen sozialdemokratischen außenpolitischen Vision und die Anpassung an den Regierungskurs. Bedenklich ist, daß dieser Konkurs der Anpassung unter Ausschaltung des außenpolitischen Sachverständs, Verletzung der Beschlußlage der Partei und unter Inkaufnahme von

Resignation und Rückzug der Mitgliedschaft durchgezogen wurde.

Wenn in der Zukunft die Frage nach dem Zustand der Partei gestellt wird, kann es eine positive Antwort nur geben, wenn etliche Grundfragen inzwischen gelöst sind:

- Ist die Restrukturierung der Willensbildung gelungen?
 - Ist der Partei die beschlußnahe Programmumsetzung gelungen oder dementiert sie weiterhin im Alltag das Berliner Programm?
 - Ist der mediengetragene Ersatz von Politik durch Interviews der führenden Funktionäre abgestellt und eine sozialdemokratische "corporate identity" geschaffen worden?
- Mit dem Berliner Programm und seinen tragenden Elementen
- erweitertes und offenes Politik- und Demokratieverständnis, das über die bisherige traditionelle Staatsfixierung der SPD hinausgeht
 - ökologisch-sozialer Umbau der Industriegesellschaft
 - "Weltinnenpolitik" als außen-, friedens- und menschenrechtspolitische Orientierung

hat sich die deutsche Sozialdemokratie eine auf der Höhe der Zeit und der Probleme stehende politische Leitlinie erarbeitet. Für die Bundesrepublik Deutschland ist damit die Perspektive eines Projektes des ökologischen und sozialen Umbaus als Zukunftsentwurf der Politik und für die SPD die Alternative zum konservativ-liberalen Block und zu bisherigen sozialdemokratischen Koalitionsbildungen eröffnet worden. Weiterer Programmbedarf auf der Ebene der Programmformulierung besteht nicht. Dieser Aussage widerspricht auch nicht der Wegfall des Ost-West-Gegensatzes. Im Gegenteil: Durch den Wegfall des Systemkonfliktes treten die Widersprüche der kapitalistischen Welt schärfer zu Tage und werden nicht mehr von diesem Konflikt überlagert und verschleiert. Das enthebt die Linke nicht der Notwendigkeit, die Zielsetzung des Berliner Programms zu konkretisieren und mit der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung nach der Einheit Deutschlands in Übereinstimmung zu bringen. Die tatsächliche Aufgabe der nächsten Jahre ist die Operationalisie-

rung des Berliner Programmes, die Umsetzung des Berliner Programms in operative Politik. Es gibt ein Handlungs- und Vollzugsdefizit. Ich plädiere für eine Politik, "bei der im Verfolg des Wegs die Glaubwürdigkeit des Ziels erkennbar ist" (Günter Altner).

Viele Diskussionen der letzten Monate, das häufig verwaschene Bild der SPD in der Außendarstellung durch ihre führenden Funktionäre resultieren aus dem Mangel, daß sich diese Außendarsteller in ihren Stellungnahmen nicht an den Forderungen, die aus dem Berliner Programmes gewonnen werden, orientieren, sondern an den Schlagzeilen-Hitlisten der Medien. Die Folge: Die Diskussion beißt sich an den Äußerungen der zitierfähigen Politiker fest - und die Partei verliert die beschlossene Politik aus den Augen. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich plädiere nicht für einen Verzicht auf Diskussion und Weiterentwicklung von Programm und Tagespolitik. Aber die gewählten Funktionäre in den Vorständen sind als erste verantwortlich für die Aufgabe, die beschlossene Politik in Tagesfragen umzusetzen und zu vertreten. Mit dem Zeit-Interview des Bundespräsidenten haben der Glaubwürdigkeitsverlust der Politik und der Politiker und die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger hohe Aufmerksamkeit erfahren. Der Diäten und Politiker-Versorgungskandal des Monats hat den Umweltskandal des Monats abgelöst. Der Glaubwürdigkeitsverlust der institutionellen Politik muß besonders eine Programm- und Mitgliederpartei wie die SPD treffen, die mehr als andere von der Aktivität ihre Mitglieder lebt, auf diese angewiesen ist, als Partei der Aufklärung auf eine wache und interessierte politische Öffentlichkeit und gesellschaftliche Vernunft zielt.

Ich sehe den Hauptgrund für diese Entwicklung in der Kohl'schen Strategie des Aussitzens. Das Kohl-System, Aussitzen als Herrschaftsinstrument einzusetzen, läßt die Bürgerinnen und Bürger gegen Gummiwände laufen. Wenn politische Beteiligung und Aktion auf Dauer folgenlos bleibt, erscheint den Bürgerinnen und Bürger Politik als solche überflüssig - wie auch die gutdotierten Politiker. Diese Reaktion ist besonders bei den Bürgerinnen und Bürger, bei Arbeitslo-

sen, Wohnungslosen, Armen, verständig und nachvollziehbar, da deren soziale Lage nach Veränderung durch politisches Handeln schreit. Das Kohl-System ist auf destillierte Machttechnik, auf Rhetorik, symbolische Handlungen und populistische Ansprache des Publikums reduzierte Politik.

Negativ betroffen von dieser Entwicklung ist auch die SPD. Die SPD lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und von Solidarität und Gerechtigkeit als gesellschaftlichen Programmzielen. Und sie wehrt sich auch nicht entschieden genug dagegen. In einer Situation, in der das Publikum die "Politik" ablehnt und zwischen Opposition und Regierung nicht unterscheidet, die SPD durch Rücknahme ihres Profils diese Entwicklung nährt, die Regierung nicht nur keine richtige Mehrheit mehr hat, sondern auch keine richtige Opposition, ist auch die parlamentarische Opposition in die Gummizelle des Aussitzens eingesperrt. Im Berliner Programm schlägt die SPD den Ausbau der plebiszitären Elemente in der Willensbildung als Instrument zum Gegensteuern vor. Im politischen Tagesgeschäft hat die SPD noch keine passable Antwort auf den stockenden demokratischen Prozeß gefunden. Einige in der Partei meinen zwar, man müsse dem populistischen Sog nachgeben. Doch diesen Sog beherrscht man nicht. Man wird von ihm verschlungen.

Ökologie-, sozial- und friedenspolitisch, auch in der sozial- und umweltverträglichen Gestaltung der deutschen Einheit hat die SPD schlüssige und tragfähige Konzepte. Dagegen scheint es in der Frage der innerparteilichen Demokratie noch immer unbefriedigende Zustände zu geben. Augenfällig wird dies bei der angeforderten operativen Umsetzung des Berliner Programmes. Immer wieder muß erinnert werden, daß das Berliner Programm in den Unterbezirken und Bezirken diskutiert und von den in den Untergliederungen gewählten Delegierten beschlossen wurde. In Tagesfragen wächst die Distanz zum Berliner Programm mit der Entfernung der politischen Ebenen zur Bundespartei. Die Kommunen erreicht nur noch ein dünnes Rinnsal. Unser Augenmerk muß deshalb in den nächsten Jahren der Reor-

ganisation des Willensbildungsprozesses gelten.

Einerseits steht jedoch die Parteilinken dem Medienrummel nicht unschuldig gegenüber. Viele sind daran beteiligt. Andererseits kommt der Parteilinken die Aufgabe zu, die Umsetzung des Berliner Programms aktiv zu betreiben. Der dezentralen Ausdehnung des Programms in den unteren Ebenen der Politik muß als Konsequenz eine dezentrale Organisation des Diskussionsprozesses der Linken folgen. In dieser Aufgabe kann die Linke neues Profil, neue Perspektiven, neue Strukturen und neue organisatorische Beständigkeit gewinnen. Es kommt darauf an, die linken Diskussionsstrukturen in den Bezirken weiter zu entwickeln und in der zentralen Arbeit des "Frankfurter Kreises" zu vernetzen.

Konkret werden wir diese Aufgabe in den nächsten Monaten in der Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, in der Frage der zukünftigen Rolle des vereinten Deutschlands und in der Frage des zukünftigen Auftrags der Bundeswehr verfolgen müssen. Nachdem sich Bundeskanzler Kohl in der Innen- und Einheitspolitik als "Fürst Potemkin" erwiesen hat, der uns die blühenden Landschaften nur vorgaukelte, wird er nunmehr versuchen, mit einer Verschärfung der außenpolitischen Debatte die SPD an die Wand zu drücken. Nach der mißlungenen Täuschung kommt die Drohung der nackten Gewalt. Die historische Folie der national unzuverlässigen SPD wird als Vorlage für den Vorwurf der unsicheren NATO-Kantonisten und der Bündnisunfähigkeit der SPD dienen. Das von der Anpassung sozialdemokratischer Friedenspolitik geprägte öffentliche Erscheinungsbild der letzten Wochen, in der sich wohl mancher in der SPD als wiedergeborener Prinz Eugen wähnte, läßt erwarten, daß Kohl Erfolg haben wird.

Mit dem Ziel des politischen Beutemachens geht die CDU/CSU auch in der Asylpolitik vor. Es geht der Rechten nicht um eine sachgerechte Lösung der Zuwanderungsfrage - es geht der Rechten darum, die SPD als "Asylpartei" diffamieren zu können. Der Verfassungskannibalismus gegenüber Art. 16 GG ist ihr ein beliebiges politisches Instrument.

Jetzt ist es wichtig, die Linke vor und nach Petersberg und vor und nach

dem außerordentlichen Parteitag zusammenzuhalten. Der Exodus ins Abseits ist nicht das Mittel der Wahl. Von der nächsten Tagung des "Frankfurter Kreises" am 26.9.92 erwarte ich einen wichtigen Impuls für die Vorbereitung des Parteitag und wichtige Beiträge für die Alternative der Parteilinken.

Petersberg wird als strategische Umorientierung der SPD bewertet. Wenn dem so ist, dann ist jetzt eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die strategische Zielsetzung, die Form der Umorientierung und die Wahl der Gegenstände, an denen sich die Umorientierung festmachen soll, erforderlich. Die Erfahrungen mit der Machtpolitik Deutschlands, die in Auschwitz endete, das Recht auf politisches Asyl und die Beschränkung der Bundeswehr auf einen Verteidigungsauftrag sollten für den postmodernen Zynismus, für politische Befreiungsschläge und für die Vorbereitungen auf große Koalitionen nicht zur Verfügung stehen. Außerdem ist zu fragen, ob es für die SPD auch strategische Alternativen gibt. Denn Petersberg signalisiert die Bereitschaft zum kurzfristigen Projekt der Großen Koalition und nicht die Bereitschaft für ein neues mittelfristiges Reformprojekt nach den Bundestagswahlen 1994. Die Ampelkoalition hätte anderer öffentlicher Signale bedurft.

Offensichtlich geht für manche eine erhebliche Faszination von der Vorstellung aus, auf dem Weg über die Herstellung der grundgesetzändernden Mehrheit schon als Opposition am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt zu werden und durch die Formulierung von Bedingungen für Grundgesetzänderungen auch eigene Positionen durchzusetzen. Eine Kopie der Linie Wehners aus den 60er Jahren, über Frontbegradigungen und die große Koalition die SPD wieder in die Regierung zu bringen, mag ja reizvoll sein. Auch 1966 begann die Chose mit dem Angebot von Sachkoalitionen. Aber die Situation von 1961ff ist weder politisch noch gesellschaftlich vergleichbar. Es wäre eine Kopie einer einmal gelungenen Politik, keine schöpferische Entwicklung einer neuen Politik, die den Erfolg will. Es wäre die Bestätigung des bekannten Marx'schen Bonmots, das sich Geschichte wiederhole, einmal als Tragödie, dann als Farce.

Humanitäre Interventionen

Ja

Kampfeinsätze Nein!

Katrin Fuchs, MdB, VerI

Im »SPD-Sofortprogramm« von Bad Salzflufen hat der Parteivorstand beschlossen, unter bestimmten Bedingungen UN-Kampfeinsätzen von Bundeswehr-Einheiten zuzustimmen. In der Öffentlichkeit wurde diese Neuorientierung als »Kurswechsel« gedeutet. Tatsächlich gilt es, schwerwiegende Bedenken gegen diesen Beschluß geltend zu machen. Sie haben mich zu der Ablehnung des entsprechenden Programmabschnitts bewogen.

1. Es bleibt im Dunkeln, welche Absicht damit verfolgt wird, jetzt eine solche Orientierung zu beschließen. Wenn es darum gehen soll, außenpolitische Gemeinsamkeiten mit den Regierungsfractionen zu signalisieren, so ist zu sagen: Kompromißmöglichkeiten zwischen Regierung und Opposition sind auf der jetzigen Basis nicht gegeben. Die CDU/CSU wird sich nicht auf die formulierten Einschränkungen einlassen. Das Sofortprogramm sagt: nur eine Grundgesetzänderung, die Blauhelmeinsätze regelt, wird gegenwärtig akzeptiert. Auch eine Bindung der Kampfeinsätze an die konsequente Umsetzung des Artikels 43 der UNO-Charta kommt für die CDU/CSU nicht in Frage; die 2/3-Mehrheit im Bundestag als Voraussetzung für eine deutsche Beteiligung wird nicht akzeptiert. Das Sofortprogramm betont, daß Bundeswehrein-sätze "unter dem Dach der UNO" keine Zustimmung der SPD finden. Genau dies ist aber die Formulierung im Gesetzentwurf des Außenministeriums. Was also soll die »Öffnung« der SPD in der Frage der Militäreinsätze bringen? Geht es um die psychologische Einstimmung der Partei auf weitergehende Zugeständnisse? "Der Bann ist gebrochen" leitartikelte die FAZ. Ist das gemeint?

2. Der Beschluß ist in der Sache unklar. Die Formulierung lautet: "Wenn im Rahmen der Reform der UNO der Generalsekretär Kontingente ... dem

UNO-Kommando im Sinne des Art. 43 der UNO-Charta unterstellen will und dabei auch an die Bundesrepublik Deutschland herantritt, dann werden wir das dafür notwendige Abkommen prüfen und die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen.", Dies läßt einige Fragen offen. Was ist mit "im Rahmen der Reform" gemeint? Bezieht es sich nur auf die Realisierung des Artikels 43 der UNO-Charta? Welche Maßnahmen müssen ansonsten realisiert sein?

3. Der Beschluß gibt keine plausible Begründung, welchen Sinn militärische Interventionen der UN haben sollen.

In den Petersberger Empfehlungen war das Ja zu Kampfeinsätzen an die Herstellung des UN-Gewaltmonopols und eine umfassende Reform der UNO geknüpft, die sicherstellen sollte, daß ein Mißbrauch der Vereinten Nationen durch einzelne Staaten oder Staaten-gruppen unmöglich wird. In der Diskussion ist wohl eingesehen worden, daß diese Vorstellungen nur längerfristiges Ziel sein können.

Ein UNO-Gewaltmonopol wird es in absehbarer Zeit nicht geben. Es würde voraussetzen, daß alle Staaten der Welt die Souveränität über den Einsatz ihrer Streitkräfte an die Vereinten Nationen abtreten. Es dürfte keine Atom-mächte mehr geben; die Haupt-waffenmächte müßten ihre Rüstung erheblich reduziert haben. Es ver-trägt sich nicht mit einem System kollektiver Sicherheit, wenn ein Staat oder eine Staatengemeinschaft so über-mächtig ist, daß er/sie nach Belieben international agieren und ungeahndet Völkerrecht verletzen kann.

Doch auch heute schon müsse friedensschaffend gehandelt werden - bevor der idealtypische Zustand des UN-Gewaltmonopols erreicht sei - wird gesagt. Die Konservativen leiten daraus ab, daß NATO und WEU berufen seien, Frieden und Ordnung notfalls mit Gewalt zu stiften. Sozialdemokratische Befürworter von Kampfeinsätzen bestehen auf bestimmten Bedingungen:

- Der Artikel 43 der UN-Charta müsse konsequent umgesetzt werden. Entscheidend dabei ist, daß zwischen den Mitgliedsländern der VN und dem Sicherheitsrat Sonderabkommen geschlossen werden, in denen die Zahl und Art der Streitkräfte sowie Art des Beistandes geregelt werden.

- Die UNO müsse bei militärischen Einsätzen Regie führen. In weiteren Artikeln der Charta wird festgelegt, wie dieses »Oberkommando« der VN über die Truppenkontingente gesichert werden soll (Einsetzung eines Generalstabsausschusses usw.). Boutros-Ghali hat in seiner »Agenda für den Frieden« für die Anwendung dieser Paragraphen plädiert. Die USA haben ihm prompt bedeutet, daß sie nicht daran dächten, US-Truppen unter »fremden« Oberbefehl zu stellen. Es ist also mehr als zweifelhaft, ob die Artikel 43 ff. überhaupt kurzfristig durchsetzbar sind. Doch selbst deren Umsetzung würde gegenwärtig nicht restlos das Problem aus der Welt schaffen, daß die Vereinten Nationen durch die stärksten Nationen manipuliert werden können. Die jüngeren Erfahrungen, vor allem die Erfahrungen des Golfkrieges, aber auch der willkürlichen Sanktionen gegen Libyen, stimmen skeptisch. Im Sofortprogramm von Bad Salzflufen heißt es zu Recht, daß "mit einer umfassenden Reform der UNO .. ausgeschlossen werden (muß), daß die Weltorganisation durch Großmächte oder Staaten-gruppen für ihre Zwecke mißbraucht wird." Wie verträgt sich dies mit der Zusage zu Kampfeinsätzen möglicherweise vor einer solch umfassenden Reform?

Der angemessene Zeitpunkt, um über eine deutsche Beteiligung an UN-Kampfeinsätzen zu entscheiden, wäre gekommen, wenn die oben erwähnte umfassende Reform der UNO unumkehrbar geworden ist.

Eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik sei fällig, heißt es. Deutschland müsse mehr internationale Verantwortung übernehmen. So weit, so gut. Es ist aber bizarr, daß diese Diskussion fast ausschließlich unter militärischen Vorzeichen geführt wird. Nach deutschen Soldaten wird in den meisten Gegenden der Welt nicht laut gerufen. Sie haben in diesem Jahrhundert eine grausame Blutspur auf dem Erdball hinterlassen. Es ist schon erschreckend, mit welcher Gesichtsvergessenheit sich der neue Außenminister für Kampfeinsätze deutscher Truppen einsetzt.

Sein Vorgänger hat jüngst vor dieser »militärischen« Schief-lage der Debatte gewarnt und gemahnt: "Die deutsche Verantwortung besteht vor allen Dingen darin, daß wir beitragen zu ei-

ner neuen Kultur des Zusammenlebens der Völker." (Interview mit H.D. Genscher in DS-Kultur, 29.8.92) Die Erwartungen des Auslandes richten sich vor allem darauf, daß Deutschland sich als »Zivilmacht« verstärkt international engagiert: Unsere Wirtschaftskraft ist gefordert, unsere Erfahrungen beim demokratischen Aufbau sind gefragt. Man erwartet, daß wir unser Gewicht in die Waagschale legen, wenn es um friedliche, zivile Konfliktlösungen geht. Es wäre daher angemessen, wenn der Antrag der SPD-Fraktion, deutsche Blau- und Grünhelm-Einsätze im Rahmen der UNO/KSZE grundgesetzlich zu verankern, bald im Parlament verabschiedet würde.

Gegen eine solche Grundgesetzänderung sträubt sich die Bundesregierung. Für sie sind Blauhelme nur ein erster Schritt, um das eigentliche Ziel zu erreichen. Deutschland soll »normal« mitschießen dürfen. Dies paßt in die allgemeine Interventionshysterie. Die NATO ist eifrig dabei, am Aufbau sog. »Krisenreaktionskräfte« zu basteln. Ihren Kern bilden »Schnelle Eingreiftruppen«, die gegenwärtig vom Heer, der Luftwaffe und der Marine gleichermaßen aufgestellt werden. Allein das Rapid Reaction Corps der Heeresverbände wird 8 bis 9 Divisionen umfassen. Die Planungen der WEU zielen in die gleiche Richtung. Bundesdeutsche Militärs mischen führend mit.

Die Verbände müssen natürlich mit modernster, d.h. effektivster Waffentechnologie ausgestattet werden: Neue Aufklärungs- und Führungssysteme, »intelligente Munition«, Raketenabwehr, große Transportkapazitäten. Die Interventionshysterie hat ihren Preis - die Neuausrüstung ist teuer. Von Friedensdividende kann dann keine Rede mehr sein.

Der neue Feind heißt »Instabilität«, lauert überall auf der Welt und ist unkalkulierbar. Die vorgesehenen Einsätze haben mit dem ursprünglichen Auftrag von NATO und WEU nichts mehr zu tun. Nato-Generalsekretär Wörner und andere Nato-Vertreter machen keinen Hehl daraus, daß für sie die Debatte über eine Begrenzung des NATO-Einsatzgebietes obsolet ist. Zur Verteidigung der Bündnisinteressen müsse gegebenenfalls auch »out-of-area« interveniert werden. Als Eintrittsbillet ist die Offerte an die KSZE

gedacht, "zunächst für friedenserhaltende Maßnahmen" Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Auch die WEU hat in der Petersberg-Deklaration ihre Beteiligung an internationalen Kampfeinsätzen beschlossen: Geographische Beschränkungen? Fehlangezeigte. Der Golfkrieg dient den Militärs als Legitimation und »leuchtendes« Vorbild. Dabei wird immer deutlicher, daß die uns ins Haus stehenden Konflikte in der Regel nicht nach dem Golfkriegsmuster ablaufen werden. Eine militärische Lösung der ethnisch-nationalen Konflikte ist nicht denkbar. Es gibt keine plausiblen Szenarien, die die großangelegte Umstrukturierung des Militärapparats rechtfertigen können.

Es ist eine Selbstüberschätzung, sich vorzustellen, wir könnten alle Kriege der Welt verhindern. Wir können auch nicht kurzfristig alle Probleme lösen, die zu bewaffneten Konflikten führen können. Die Völkergemeinschaft muß dennoch alles ihr Mögliche tun, um gewaltsame Konfliktaustragung mit friedlichen Mitteln rasch zu beenden oder noch besser: im Keim zu ersticken. Wo dies nicht gelingt, wird heute gerne nach bewaffneter Intervention gerufen. Doch Frieden läßt sich nicht herbeibomben. Bevor emotionsgeladen gehandelt wird, muß nüchtern abgewogen werden, in welchem Verhältnis der angestrebte Zweck und die einzusetzenden Mittel stehen. Werden die Verwüstungen und das Leid durch gewaltsame Intervention nicht noch viel größer? Wie soll es nach dem "Eingriff" weitergehen? Wird eine zukünftige Friedensordnung nicht durch militärische Einmischung gerade blockiert?

Vernünftige Politik darf sich nicht von der Versuchung verleiten lassen, man brauche nur mit einer Art internationaler Feuerwehr dazwischenzufahren und schon seien die Konfliktherde auf der Erde gelöscht. Der Stammtisch ist ein schlechter Politikberater. Dagegen müssen die Ursachen gewalttätiger Konflikte bekämpft werden. Die Militarisierung in weiten Teilen der Welt muß beendet werden. Bis diese Neuorientierung in den internationalen Beziehungen erreicht ist und greift, wird noch viel Zeit vergehen. Bis dahin müssen die Staaten alles daransetzen, gewaltsame Konflikte einzugrenzen und durch humanitäre Hilfe die schlimmsten Auswirkungen

zu verhindern. Alle diplomatisch-politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sind auszuschöpfen, um die Konfliktparteien zu politischen Lösungen zu veranlassen.

Von allergrößter Bedeutung ist eine vorbeugende Krisenverhütungspolitik. In seiner »Agenda für den Frieden« hat Boutros-Ghali diesen Punkt hervorgehoben und dazu Vorschläge unterbreitet. Die KSZE hat in ihrem Helsinki-Dokument ebenfalls Mechanismen festgelegt, wie Krisen und Konflikte rechtzeitig erkannt und mit diplomatischen Mitteln angegangen werden können. Die SPD täte gut daran, sich auf diesen Bereich zu konzentrieren und dafür Sorge zu tragen, daß das inzwischen zur Verfügung stehende Instrumentarium greift und weiterentwickelt wird.

Wir haben immer auf die Zivilisierung der internationalen Politik gesetzt. Es ging uns stets um die Überwindung der traditionellen Eindämmungs- und Abschreckungspolitik, um die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, um institutionalisierte Formen der friedlichen Streitbeilegung, um die Entwicklung demokratischer Strukturen national wie international und um die Überwindung des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles in der Welt. Diese Prinzipien sind nach wie vor richtig.

Deutschland soll keinen Sonderweg beschreiten. Unsere historischen Erfahrungen legen aber nahe, daß Deutschland als ausgesprochene Zivilmacht(!) an diesem Zivilisierungsprozeß mitwirken soll. Wir Sozialdemokraten sollten besonders sensibel auf die Anwendungen neu-deutscher Machtbewußtheit reagieren. Wir dürfen einer Militarisierung der Außenpolitik nicht die Hand reichen.

Es genügt eben nicht, zu betonen, daß den heutigen und zukünftigen Problemen (Flüchtlings- Migrationsproblem, Hunger und Armut, Umweltzerstörung etc.) mit militärischen Mitteln nicht beizukommen ist. Es geht darum, den interventionistischen Gelüsten von NATO und WEU Widerstand entgegenzusetzen.

Ich bin aber dafür, nüchtern abzuwägen, welche Ziele mit welchen Mitteln erreicht werden können. Ich lehne militärische Erzwingungsstrategien ab, weil sich darauf keine Friedensordnung bauen läßt und weil sie das Leid der Menschen nur vergrößern.



Zum Beispiel Jugoslawien

Über das Elend sozialdemokratischer Außenpolitik

Von Andreas Wehr*

Über gut zwei Jahrzehnte waren es sozialdemokratische Vordenker, die das Terrain der bundesdeutschen Außenpolitik absteckten und Vorgaben formulierten, die selbst nach dem Regierungswechsel 1982 Gültigkeit besaßen. Die Wende hat auch hier alles auf den Kopf gestellt. Die einstigen Strategen einer hegemonialen Politik verteidigen sich heute mühsam gegen den Vorwurf der Kumpanei und Anbiederei. Aus Treibern wurden Gejagte. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes hat die SPD ihre traditionelle Orientierung verloren. In der völlig veränderten Welt findet sie sich nicht mehr zurecht. Bei der Bundestagsdebatte am 29. Juli über die Beteiligung der Bundesmarine an dem Überwachungsauftrag in der Adria konnte es jeder hören und sehen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Was für die Sozialdemokraten gilt, gilt ebenso für die Gesamtlinke. In den einschlägigen Gazetten von Frankfurter Rundschau über taz bis Freitag bietet sich ein verwirrendes Bild. Von der strikten Ablehnung einer deutschen Beteiligung an jeglicher Blauhelm-Mission bis hin zur Forderung nach einem Präventivschlag gegen serbische Stellungen - alles ist vertreten. Die Grünen sind spätestens nach der Erklärung von Claudia Roth und Hel-

* Andreas Wehr, Jurist, früheres Redaktionsmitglied der spw, Vorsitzender des Fachausschusses für europäische und internationale Politik der Berliner SPD

mut Lippelt zugunsten einer militärischen Intervention ("...notfalls auch mit Gewalt") restlos zerstritten. Es gehörte nicht viel Phantasie dazu, zu prophezeien, daß die vor der Bundestagsondersitzung im Sommer mühsam zusammengezimmerter Position zum Einsatz der Bundeswehr out-of-area bald wieder geräumt werden würde - Gejagte eben. Mit den Beschlüssen von Petersberg ist dies dann doch schneller als erwartet geschehen. Die Konservativen konnten durchaus zu Recht darauf verweisen, daß die Opposition - einschließlich Bündnis'90 - ihnen in der neuen deutschen Außenpolitik auf dem Balkan bisher auf's Engste gefolgt ist. Es gab keinen Widerspruch, als der Bundeskanzlerselbstherrlich in einem bislang beispiellosen Verfahren vor dem Bundestag am 14. November 1991 die Anerkennung von Kroatien und Slowenien ankündigte und damit alle westlichen Verbündeten vor vollendete Tatsachen stellte. Im Gegenteil: Neben der CSU zieh auch die Opposition Genscher der Schlawheit und Halbheit, als dieser sich zunächst auf das europäische Krisenmanagement für das Bürgerkriegsgebiet einließ. Die Bundestagsresolution, in der CDU/CSU, die SPD und Grüne/Bündnis '90 die Regierung schließlich aufforderten, möglichst schnell Slowenien und Kroatien anzuerkennen, wurde einmütig angenommen. Mit einem gewissen Recht können CDU und FDP heute fordern, daß man gefälligst auch den letzten Schritt noch mitgeht. Wer - wie Klose in der Bundestagsdebatte im Juli - so eindeutig die Verantwortung im jugoslawischen Bürgerkrieg verteilt, wer so klar zwischen Opfer und Täter zu unterscheiden vermag, der

darf eben nicht blicken, wenn man dem Alleinschuldigen die Instrumente zeigt.

Wenn die SPD keine außenpolitische Orientierung in der veränderten Welt besitzt, so sollte sie wenigstens zur Kenntnis nehmen, daß die Konservativen durchaus über eine verfügen. Manchmal hilft dies ja, die eigene zu finden. Was die Balkanpolitik angeht, so ist die neue deutsche Außenpolitik im wesentlichen die alte: Hier die westlichen, zivilisierten und vor allem katholischen Republiken, dort die unzivilisierten, orthodoxen und noch immer kommunistischen Staaten. Die einen können in ein vereintes Europa integriert werden, die anderen nicht. Nationalismus ist in dem konservativen Weltbild gut und angebracht, wenn er der Auflösung angeblich gegen die Geschichte stehender Staatsgebilde wie Jugoslawien und der Tschechoslowakei dient. Die Rückkehr des Religiösen in die Politik wird als Besinnung auf abendländische Werte begriffen. Die mit der Gründung von Kleinststaaten einhergehende verheerende ökonomische Desintegration wird mit Hilfe eines naiven Glaubens an die selbstheilenden Kräfte des Marktes vom Tisch gewischt. Neben dem Streit über Verfassungsfragen hätte die Opposition diese deutsche Balkanpolitik in den Mittelpunkt ihrer Kritik stellen müssen. Zu fragen wäre nach der Mitverantwortung für die eingetretene Eskalation, dadurch, daß man den serbischen Nationalisten billig ihr traditionelles Feindbild lieferte und indem man den in die Unabhängigkeit strebenden Republiken vorgaukelte, Europa werde sie schon zu schützen wissen. Spätestens nach dem Versuch der jugoslawischen Bundesarmee, Slowenien Ende Juni 1991 militärisch den Weg in die Unabhängigkeit zu verlegen, hätte klar sein müssen, daß von serbischer Seite erst Recht Widerstand gegen die Loslösung Kroatiens geleistet werden würde, da im Unterschied zu Slowenien eine beachtliche serbische Bevölkerungsgruppe von dieser Sezession betroffen ist. Diese fatale Fehleinschätzung wiederholte sich bei der Anerkennung Bosnien-Herzegowinas am 6. April 1992 durch die Europäische Gemeinschaft, mit den jetzt täglich im Fernsehen zu verfolgenden schrecklichen Konsequenzen. Das von den Führern der serbischen

Minderheit bereits zur Jahreswende im Falle der Unabhängigkeit angekündigte Blutbad ist Wirklichkeit geworden.

Diese auch von den Sozialdemokraten und weiten Teilen der übrigen Linken bisher mitgetragene Balkanpolitik entspringt vor allem einer moralischen Bewertung der Ursachen des Konflikts im ehemaligen Jugoslawien. Einem Aggressor muß widerstanden, den um ihre Unabhängigkeit ringenden, angegriffenen jungen Republiken beigegeben werden. Es kann zwar kein Zweifel bestehen, daß die serbischen Nationalisten bereits Mitte der achtziger Jahren mit ihrer Unterdrückungspolitik im Kosovo den ersten Eckstein aus dem jugoslawischen Staatsgebäude schlugen, doch inzwischen verstärken sich auch die Zweifel an der Lauterkeit der kroatischen Politik. Es mehren sich die Fragen sowohl nach der Minderheitenpolitik Kroatiens als auch nach seinem eigentlichen Kriegsziel beim Konflikt um Bosnien-Herzegowina. Ausgerechnet Kohl ermahnte am 23. Juli 1992 die Führung Kroatiens, nicht die Grenzen zu verändern und von "einem Groß-Kroatien zu träumen". Worte, die weder ein Norbert Gansel noch ein Karsten Voigt bislang auszusprechen wagten. Angemerkt sei hier nur, daß diese moralische Position aber durchaus machtpolitische Grenzen kennt.

Aus Rücksicht auf eine extrem nationalistische Außenpolitik Griechenlands wird Mazedonien beharrlich die Anerkennung verweigert, obwohl dieses Land von Beginn an alle Bedingungen für eine Unabhängigkeit erfüllte.

Die deutsche Anerkennungspolitik kam aber auch im realpolitischen Gewande daher. Gegegenüber den Verbündeten begründete die Bundesregierung ihre Entscheidung mit der Erwartung, daß die Anerkennung der neuen Republiken den Führungen Serbiens und der Armee die Vergeblichkeit ihrer Politik zeigen und sie daher zum Einlenken veranlassen werde. Die deutsche Sozialdemokratie, die sich einmal des Realitätssinns ihrer pragmatischen Außenpolitik rühmte, sollte doch heute einmal danach fragen, wie es nunmehr um die Ergebnisse dieser Politik steht.

Doch diese Debatte muß wohl erst einmal innerhalb der Sozialdemokratie

selbst geführt werden. Der Schock über den Zusammenbruch der alten Ostpolitik sitzt dort noch zu tief. Man will nicht wieder zu spät kommen, wie bei der Vereinigung Deutschlands geschehen. Nie wieder will man die Kraft des Nationalen, des Selbstbestimmungsrechts, der ethischen Werte und der moralischen Empörung gering schätzen. Sozialdemokratische Kritiker dieser Bauchpolitik, wie beispielsweise der frühere bundesdeutsche Botschafter in Jugoslawien, Horst Grabert, oder die Osteuropaexperten der Bundestagsfraktion, Peter Glotz und Gernot Erler, die auf den Zusammenhang zwischen der Krise der postkommunistischen Gesellschaften und dem überall aufkeimenden Nationalismus sowie der neuen Religiosität verweisen, werden bisher kaum zur Kenntnis genommen. Die Debatte muß aber geführt werden, will die Sozialdemokratie und mit ihr die gesamte Linke aus ihrer Hilflosigkeit im Balkankrieg herausfinden.

Dabei kann es kein zurück zu der den Zeiten des Blockgegensatzes angemessenen Politik der Nichteinmischung geben. Im Gegenteil: Einmischung ist notwendiger denn je. Im ehemaligen Jugoslawien zugunsten der Kräfte, die sich in allen Republiken gegen nationalistischen und religiösen Wahn wenden, und die einen Rest an Kooperation zwischen den neuen Ländern wahren wollen. Zu fordern ist, daß die SPD diese Friedensgruppen und Initiativen überhaupt zur Kenntnis nimmt und sie auch materiell fördert. Druck zugunsten einer Beendigung des Konflikts kann aber auch mit Hilfe der gewachsenen Wirtschaftskraft Deutschlands und Europas ausgeübt werden. Die Sanktionen gegenüber den kriegstreibenden Parteien sind zu verschärfen und genauer zu kontrollieren. Am Beispiel der Tschechoslowakei demonstriert gegenwärtig die EG, wie auf nationalistische Politik auch reagiert werden kann. Im Falle ihrer Spaltung wird damit gedroht, daß unterzeichnete Assoziierungsabkommen mit der CSFR zu suspendieren. Die nationalistischen Kräfte wird man damit kaum beeindrucken können, den Völkern kann aber gezeigt werden, daß die eigene Fahne und Hymne nicht gleichbedeutend mit mehr Wohlstand ist, sondern durchaus auch Elend und Not bedeuten kann.

Nachdem Dehm u. Kreis der nommen wurde langgediente und se ausgeber aus. Detlev Albers und Klaus Peter Wolf (Frankfurt) hören auf eigenen Wunsch dem ausgeberkreis nicht mehr an. Beide sind Mitbegründer der spw und waren seit 1978 Herausgeber der Zeitschrift. Detlev Albers beteiligte sich 1980 maßgeblich an der Erarbeitung der "Herforder Thesen", die im spw-Verlag veröffentlicht wurden, und er konnte in den vergangenen Jahren als Mitglied der Programm- und der Grundwertekommission sowie als Mitglied des Parteirates der SPD wichtige Impulse für die Arbeit der SPD geben. Klaus Peter Wolf wurde im Jahr der ersten spw Koordinator des Hannoveraner Kreises und war viele Jahre Mitglied des Juso-Bundesvorstandes. Er war bis vor kurzem Redakteur des "Gewerkschafters". Beide haben den Neuaufbau der spw in Köln in den letzten Jahren aktiv unterstützt. Detlev Albers hat konzeptionelle Differenzen für seinen Schritt geltend gemacht. Klaus Peter Wolf sah sich arbeitsmäßig nicht mehr in der Lage, seine Rolle als Herausgeber angemessen auszufüllen. Wir danken beiden herzlich für Ihren Einsatz, ohne den unser gemeinsames Projekt nicht möglich gewesen wäre.

Steigende Abo-Zahlen

Seit Ende 1989 konnten für spw mehr als 500 neue AbonnentInnen gewonnen werden. Netto stieg daher unsere verkaufte Auflage um 350 Exemplare an. Dies ist keine Selbstverständlichkeit in der heutigen Zeit. Daher möchten wir allen, die zu diesem Erfolg beigetragen haben, an dieser Stelle herzlich danken. Dennoch haben wir noch Nachholbedarf. Deshalb wurde schon im letzten Heft eine neue Werbeaktion ausgeschrieben, die nur mit Hilfe unserer Leserinnen und Leser Erfolg haben kann.

Abo-Rechnung/Mahnung

Leider müssen wir zur Zeit wieder viele Mahnungen wegen unbezahlter Abo-Rechnungen versenden. Wir möchten daher alle, die noch nicht am Lastschriftverfahren teilnehmen, bitten, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen!

W Im Westen nichts Neues,

Von Andreas Wöllersdorf*

Eine neue Ost-Partei ist noch nicht ins Leben gerufen worden, sondern nur ein "Komitee für Gerechtigkeit". Aber was nicht ist, könnte ja noch werden. Umfrageergebnisse und die aufgeregt-hilflosen Reaktionen der Bonner politischen Klasse lassen erahnen, daß ein solches Projekt in den neuen Bundesländern auf fruchtbaren Boden stößt.

Die Entwicklung in den neuen Bundesländern ist mit Begriffen wie Deindustrialisierung und Elitentransformation nur unzureichend gekennzeichnet. Von der Beurteilung der DDR-Geschichte bis hin zu einfachen Dingen des Alltagslebens wurden eigene Kompetenzen in Frage gestellt, entwertet. In der Gesellschaft tief verankerte egalitäre Wertorientierungen und Gerechtigkeitsgefühle wurden erneut verletzt. "Ihr Gefühl für Gleichheit wird verletzt bei der Begegnung mit einer Gesellschaft, in der Ungleichheit herrscht und als natürlich oder nötig gilt. Hier stoßen nicht mehr Meinungen, sondern Lebenshaltungen gegeneinander" (Bender, S. 117). Im Zuge dieses Prozesses hat sich die nur kurz abgestreifte DDR-Identität in die Identität des "gebeutelten Ossi" transformiert. Die spezifischen ostdeutschen Interessen und Identitäten finden im derzeitigen gesamtdeutschen Parteiensystem keinen Ausdruck. Diese Krise der politischen Repräsentation ist im Kern eine Krise des Opposition und hier vor allem der Sozialdemokratie:

* Die Zusammenarbeit von Grünen/West und Bürgerbewegungen/Ost ist nicht mehr als ein Konstrukt zum gegenseitigen Machterhalt, sprich Parlamentenzug. Das Bündnis 90 lebt von der Substanz, von der Stilisierung der eigenen widerständigen Biographie. Das sichert Plätze in jeder deutsch-deutschen Talk-Show, doch die Erinnerung an eigene glorreiche Zeiten ist auch kein zukunfts-trächtiges Programm für Regionen, wo

es um das nackte wirtschaftliche Überleben geht. Allen eigenen Mystifikationen vom "guten revolutionären Volk" in der "Wende" und aller Medienmacht zum Trotz: Die Themen der früheren DDR-Opposition waren und sind nicht die Themen der Mehrheit der Menschen in den neuen Ländern.

* Die PDS konnte im Westen nur ein neues Sektenfestival veranstalten und hat jetzt Schwierigkeiten, die Geister, die sie rief, wieder loszuwerden. Der Versuch, eine Umgruppierung der linken Kräfte einzuleiten, ist jedenfalls kläglich gescheitert. Als ostdeutsche Regionalpartei ist es ihr aber gelungen, ihre Wählerbasis auf relativ hohem Niveau zu stabilisieren, was hauptsächlich der fehlenden Bereitschaft und Unfähigkeit der Sozialdemokratie zuzuschreiben ist, einen offensiven Diskurs mit dem PDS-Milieu zu führen. Als Partei, die nach wie vor mit den alten Verhältnissen identifiziert wird, hat sie jedoch keine Chance, über ihr bisheriges Sympathisantenpotential auszugreifen. Da sie auf sich allein gestellt den Einzug in den nächsten Bundestag nicht schaffen wird, könnte die PDS aus Gründen des politischen Überlebens auf eine neue, aus den Komitees sich entwickelnde ostdeutsche Wahlformation orientieren, in der Gregor Gysi eine Schlüsselrolle einnehmen würde.

* Die Sozialdemokratie ist seit geraumer Zeit nicht in der Lage, die unterschiedlichen Problemfelder und Prioritätensetzungen in einem gesamtdeutschen Reformprogramm zu synthetisieren. Das Führungstrio Blessing/Engholm/Klose - die Simulation einer sozialdemokratischen Parteiführung - hat mit zu einer weiteren Schwächung der SPD als Bundespartei beigetragen. Die SPD erinnert momentan eher an eine lose Agglomeration von Landesverbänden, die dann auch an der Verteidigung ihrer Regionalinteressen gemessen werden. Vom landsmannschaftlichen Partikularismus zur wohlstandschauvinistischen Blockbildung ist es nur noch ein kleiner Schritt. Die ostdeutschen Landesverbände sind leider zu schwach, um die West-Dominanz in der Gesamtpartei abzuschwächen und die soziale Frage in der SPD zu re-thematisieren.

* Die Gewerkschaften sind zwar als soziale Abwehrorganisation im Osten anerkannt, aber sie werden von den Mit-

O im Osten eine neue Bewegung

gliedern nicht als Gestaltungsraum begriffen. An den politischen Diskursen und Selbstverständnisdebatten der ostdeutschen Gesellschaft - jenseits von Betrieb und Treuhand - sind die Gewerkschaften nicht beteiligt; die Übernahme von Schlüsselfunktionen durch West-Hauptamtliche mag alternativlos gewesen sein, aber sie zeigt hier auch ihre negativen Seiten. In der Gesamtorganisation haben die ostdeutschen Delegierten eher auf eine passive Weise ihren möglichen Einfluß gezeigt - wie auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag, wo sie die Wiederwahl von Wulf-Mathies absicherten. Aber wenn es ein beachtliches Autorenteam aus dem linksgewerkschaftlichen Spektrum in einem Beitrag zur Zukunftsdiskussion fertig bringt, nach dem Motto "Im Westen nichts Neues" zu verfahren und sich über die aus der Ungleichzeitigkeit der deutsch-deutschen Entwicklung resultierenden Probleme gewerkschaftlicher Interessenvertretung hinwegzusetzen, sollte man sich über solche ostdeutschen Einflußnahmen nicht wundern (vgl. Forum Gewerkschaften). Ein neues Projekt der "Klassensolidarität", das jene Abwehr von denen "da drüben und unten" überwindet, ist jedenfalls nicht in Sicht (vgl. hierzu die berechtigte Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik von Kurz-Scherf).

* Und die vereinzelte sozialistische Linke - wenn man sie denn noch gesondert erwähnen will? Wie ehemals ist sie mehr um ihre eigene corporate identity als um gesellschaftliche Interventionsfähigkeit bemüht.

Der Vereinigungsprozeß hat in kürzester Frist - nachdem der "DM-Nationalismus" nicht mehr trägt - die Legitimationskrise der politischen Klasse forciert, und die Linke schweigt sich in dieser, auch neue Chancen eröffnenden

Konstellation aus, so daß andere Kräfte Politikfelder besetzen können. Gysi und Diestel - und das macht die objektive Stärke des Komitee-Projekts aus - haben diese Vertretungslücke erkannt. Sie profitieren von der geringen gesellschaftlichen Verankerung des Parteiensystems sowie anderer Formen organisierter, parteilicher Interessenvertretung, die sich vielfach an einer harmonisierenden politischen Kultur der neuen Länder brechen. Beide sind zudem "organische Politiker des Ostens": Sie repräsentieren DDR-Biographie als ein "Leben im Kompromiß", das sich eben jener bürgerbewegten Logik der Eindeutigkeit entzieht, und den "gebeutelten Ossi", der sich gegen die Zumutungen des Westens zur Wehr setzt. Es ist vielleicht gerade diese im Westen kritisierte Zweideutigkeit, die beide mit der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung verbindet und sie zu Sprechern prädestiniert.

Natürlich haben die "Komitees für Gerechtigkeit" kein Alternativprogramm für die soziale Einheit vorzuweisen. Sie brauchen aber auch keines, weil es im "populistischen Moment" genügt, die im Vereinigungsprozeß verletzten Gerechtigkeitsgefühle gegen den West-Machtblock zu artikulieren. "In solchen sozialgeschichtlichen Momenten geschieht es, daß die kollektiven Kränkungerfahrungen, die Statusängste und frustrierten Glückserwartungen...den Status vagabundierender Potentiale gewinnen, die eigentümlich querliegen zum Spektrum politischer Richtungstraditionen (Dubiel in Anknüpfung an Goodwynn, S. 47).

Die Frage ist nur, in welcher Struktur diese Potentiale durch die Komitees gebündelt werden. Die tiefgreifende "realsozialistische" Passivierung der Individuen, die auch im Strohfeuer der "Wende" nicht grundsätzlich aufgebrochen werden konnte, schlägt sich bis heute in der Unfähigkeit zum selbstorganisierten Handeln nieder. Vor diesem Hintergrund besteht die sehr reale Gefahr erneuter Interessendelegation - diesmal an die "gerechten Persönlichkeiten" -, eines in der Struktur autoritären Populismus. Der Appell "von oben" reproduziert eine Form von Stellvertreterpolitik, anstatt sie zu überwinden.

Die Komitees für Gerechtigkeit haben Fragen aufgeworfen, die sie als regionale Ost-Initiative - das pastorale Unterschriftenkartell aus der Alt-Bundesrepublik darf getrost vernachlässigt werden -

allerdings nicht beantworten können. Denn die neuen Ländern werden auf absehbare Zeit von Transferleistungen aus dem Westen abhängig bleiben. Wenn die fortdauernde Spaltung der Gesellschaft - wohlstandschauvinistische Blockbildung gegen Bewegungen der ostdeutschen Vereinigungsverlierer - aufgehoben und umgekehrt werden soll, bedarf es eines in beiden Teil-Gesellschaften mehrheitsfähigen Reformprojekts, das die Marginalisierung des Ostens beendet.

Ein solches Projekt kann nur in gesamtdeutsch agierenden Organisationen entwickelt werden, die dann auch in der Lage sind, den dafür notwendigen Konsens herzustellen. Diese Konsensbildung setzt allerdings voraus, daß der Ost-West-Gegensatz in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie artikuliert werden kann und entsprechende Formen eigenständiger Interessensartikulation gefunden werden. Wo die ostdeutsche Vertretungsmacht wie in der SPD fehlt, muß diese durch gezielte Maßnahmen gestärkt werden - von Ost-Quoten im hauptamtlichen Bonner Apparat und im Parteivorstand bis hin zur Privilegierung beim Delegiertenschlüssel für den Bundesparteitag. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sollten die Komitee-Gründung als eine Warnung an die eigene Adresse begreifen.

Literatur

- Bender, Peter: Unsere Erbschaft. Was war die DDR - was bleibt von ihr?, Hamburg 1992
Dubiel, Helmut: Das Gespenst des Populismus. In: ders. (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, S.33ff, Frankfurt 1986
Forum Gewerkschaften: Angst vor dem Individuum?, Hamburg 1992
Kurz-Scherf, Ingrid: Die Ungleichheit materieller Lebenschancen. Mit einem Nachtrag zur diesjährigen Tarifrunde. In spw Heft 66, S. 32ff.

Sozialismus lebt



Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇒ Diskussionen im Forum Gewerkschaften (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇒ ökonomische Analysen national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffs Schmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇒ aktuellen politischen Diskussionen der Linken (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50

Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:

Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:

VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

Solidarität mit Cuba

Großer Erfolg des Kongresses "Solidarität mit Cuba" am 23. Mai 1992 in Bonn-Bad Godesberg

Am Samstag, dem 23.5.1992, fand in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg der Kongress "Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!" statt. Trotz des hochsommerlichen Wetters nahmen 1150 Teilnehmer, wie aufgrund der Anzahl der verkauften Karten genau bekannt ist, konzentriert neun Stunden an dem Kongreß teil und verabschiedeten dann die folgende

ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Wir, Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Kongress "Solidarität mit Cuba! Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!" am 23. Mai 1992 in Bonn, erklären:
Das cubanische Volk hat durch seine Revolution in einem Land der Dritten Welt Enormes erreicht, insbesondere bei der Verwirklichung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Wohnung, Bildung, Ausbildung, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit. Dem zollen selbst liberale bis konservative Politiker Bewunderung wie Robert MacNamara, Hernando de Soto oder der brasilianische Staatspräsident Fernando Collor de Mello, der Ende März vor Journalisten erklärte, kein Land der Welt habe in der Gesundheitsversorgung und der Erziehung das kubanische Niveau erreicht. Das cubanische Volk hat außerdem immer wieder seine internationale Solidarität unter Beweis gestellt. Seine Ärzte, Lehrer und Techniker arbeiten in anderen Ländern der Dritten Welt; Verfolgten und Verletzten aus ganz Lateinamerika gewährte und gewährt es Zuflucht; Tausende von strahlengeschädigten Kindern aus Tschernobyl fanden und

finden dort medizinische Betreuung. Cuba ist deshalb eine wichtige Referenz für andere Länder der Dritten Welt, gegen die wachsende Verelendung von Dreivierteln der Menschheit in der kapitalistischen neuen Weltordnung. Doch die Lage in Cuba ist dramatisch. Seit mehr als 30 Jahren erhalten die USA ihre staatsterroristische Blockade aufrecht, ja haben sie gerade in den letzten Wochen weiter verschärft. Der Handel mit den bisher weitaus wichtigsten Handelspartnern UdSSR und osteuropäische Staaten ist fast zum Stillstand gekommen. Die EG verweigert jede Kooperation. Die Bundesregierung führt die Verträge Cuba-DDR nicht weiter. Die Versorgung der Bevölkerung ist daher gefährdet, die Lieferung von Energie und Rohstoffen praktisch zum Erliegen gekommen. Cuba soll durch wirtschaftliche Strangulierung, bewaffnete Subversion, ja ggf. offene militärische Intervention wieder in den zentralamerikanischen Hinterhof der USA eingemeindet werden. EG und BRD unterstützen die USA, um Cuba, aufbauend auf der alltäglichen Desinformation fast aller Medien, in einer weltweiten Atmosphäre der Gleichgültigkeit politisch zu isolieren und zum Abschluß freizugeben. Gerade in dieser bedrohlichen Situation versichern wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Cuba-Solidaritäts-Kongress, Cuba unserer umfassenden politischen und materiellen Unterstützung und beharren darauf, das Recht des cubanischen Volkes und seiner Regierung auf Entwicklung und auf eine eigene Entwicklung einzufordern. Unsere und vieler anderer internationale Solidarität muß dem cu-

banischen Volk einen Freiraum zur schöpferischen Fortentwicklung des Erreichten eröffnen!

Deshalb fordern wir:

- die unverzügliche, bedingungslose Aufhebung der von EG und BRD unterstützten, völkerrechtswidrigen US-Wirtschafts-blockade
 - die sofortige Beendigung aller Sanktionen gegen Unternehmen und Regierungen weltweit, die mit Cuba zusammenarbeiten
 - den Abzug aller US-Truppen aus Guantanamo
 - Schluß mit CIA-unterstützter, bewaffneter Subversion und Terroraktionen gegen Cuba, keine offenen US-Militäraktionen
 - die Erfüllung oder Fortführung der Verträge Cuba-DDR durch die BRD
 - keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Cubas, auch nicht durch Instrumentalisierung der sogenannten "Menschenrechte" zur ausschließlich gegen Cuba geschwungenen Waffe
 - weder US-Hinterhof-Politik in Zentral- und Lateinamerika noch kapitalistische "neue Weltordnung"
- Wir rufen alle, für die Solidarität auch weiterhin ein grundlegender Wert bleibt, auf, sich für Cuba politisch und materiell zu engagieren. Wir rufen alle, die sich als Person oder Organisation als Freunde Cubas verstehen, auf, durch breite Gegeninformation dazu beizutragen, die von den Herrschenden betriebene Isolierung Cubas zu durchbrechen. Cuba hat viele Freundinnen und Freunde in der Welt, in Lateinamerika und anderswo. Auch in der EG und der BRD müssen wir die Solidarität gegen die zunehmenden Angriffe auf Cuba verstärken. Deshalb fordert der Kongress den Trägerkreis auf, in Zusammenarbeit mit den Initiativen der Cuba-Solidarität eine "Infostelle Cuba" aufzubauen, um eine raschere Verbreitung von Informationen aus und über Cuba sowie über die jeweiligen Aktivitäten innerhalb der Cuba-Solidarität zu erreichen.

Die Aktion "Schaffen wir ein, zwei, drei ... viele Barrel Öl nach Cuba!" hat bisher 165.488,58 erbracht (Stand: 6.8.92). Spenden bitte auf das Konto: Klaus Wardenbach, Energie für Cuba. Spendenkonto 132 975 707; Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

"Wasserkraft ans Netz"

Solidarität konkret

Jörg Rode *

Hilfe für die Umwelt und Hilfe für das sozialistische Cuba will die Frankfurter Initiative InterRed cooperación verbinden. Bereits mit 70000 Mark könnte die erste Stufe des Projekts "Wasserkraft ans Netz" der Karibikinsel Cuba helfen, pro Jahr Strom im Wert von 350000 Mark zu erzeugen. Gelingt es, 54 kleine Wasserkraftwerke ans Stromnetz anzuschließen, müsste das Dritte-Welt-Land 8000 Tonnen Öl pro Jahr weniger verbrennen. Und entsprechend weniger kostbare Devisen ausgeben. "Es reicht nicht irgendwelche Aufrufe zu unterschreiben - wir wollen praktisch etwas machen" sagt Wolfgang Schrank von der Cuba-Initiative. Im ersten Schritt sollen mit Material aus dem reichen Deutschland vorhandene kleine Wasserkraftwerke ans cubanische Elektrizitätsnetz angeschlossen werden. Zwar hat Cuba die erforderlichen Strommasten, das Material für Fundamente und die nötigen Fachleute. Der Karibikinsel selbst fehlen angesichts des US-Embargos und des Zusammenbruchs der sowjetischen Wirtschaft aber die Devisen, um die Alu-Stromkabel, Isolatoren, Sicherungen und Regeltechnik zu importieren. Noch enger aber sieht es beim Import von Erdöl aus, mit dem Cuba bisher 98% seines Stroms erzeugt hat. Die Bedingungen für die Nutzung alternativer Energien sind in Cuba so günstig wie in kaum einem anderen Dritte-Welt-Land. Nach Jahren der Anlehnung an sowjetische Gigantonomie setzt die sozialistische Regierung heute auf das Nutzen aller eigenen Reserven und auf angepasste Technologie. Im Rahmen eines landesweiten Programms zur Nutzung erneuerbarer Energien experimentieren cubanische Wissenschaftler mit Pressrückständen des Zuckerrohrs, Solaranlagen und Windrädern, es wurden bereits 450 Biogas-Anlagen gebaut. In den letzten 5 Jahren errichtete Cuba über 200 kleine und kleinste Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 8500 Kilowatt. 50 weitere sind in Bau. Damit ist Cuba das lateinamerikanische Land mit den meisten Kleinkraftwerken. Viele sind mit Fischteichen oder Bewässerungsanlagen verknüpft. Auf 54 davon zielt das Projekt "Wasserkraft ans Netz". Sie liegen in den entlegensten Gebieten der Insel, in der Sierra Maestra, in

der Sierra del Escambray und der Region Sagua-Baracoa-Guantánamo. Meist versorgen sie nur ein winziges Dorf, eine Schule oder eine Kaffeesammelstelle mit Strom. So versucht Cuba, die Lebensbedingungen im Gebirge zu verbessern und damit die Landflucht zu bremsen, aber auch landwirtschaftliche Reserven zu nutzen. Doch überschüssige Energie dieser 54 Kraftwerke muß vernichtet werden, weil sie bisher nicht ans nationale Netz angeschlossen sind. Mit 188 Kilometer Leitung für mittlere Hochspannung (bis 35 kV) könnte Cuba auf Dauer 2809 Kilowatt aus Wasserkraft nutzen. Eins dieser Kraftwerke steht in einem Seitental des Hanabanilla-Stausees mitten im Escambray-Gebirge. Zwei Pellton-Turbinen erzeugen 200 Kilowatt für 30 Häuser in dem Tal. Das Wasser treibt erst die Turbine, bewässert danach die Felder. Doch "90% der Energie werden durch den Kondensator gejagt und vernichtet", berichtet Wolfgang Schrank. Beindruckt hat ihn bei einer Besichtigung im November 1991, wie selbstbewusst die Anlagenwärterin, eine Frau aus der Region, das Kraftwerk vorgeführt hat. Zu ihren Aufgaben gehören eventuelle Notabschaltungen, das Aufziehen des Keilriemens, das Anfahren der Turbine und die Regelung des Wasserzulaufs. Kann InterRed die 70000 Mark für rund 8 Kilometer Stromleitung besorgen, können 1,7 Millionen Kilowattstunden (Preis in Deutschland: 350.000 Mark) ins cubanische Netz fließen. InterRed selbst ist ein eingetragener Verein mit anerkannter Gemeinnützigkeit in Frankfurt. Ins Leben gerufen wurde er von Menschen mit Erfahrung in Entwicklungshilfe, technischen Berufen und Sozialarbeit. Die InterRed-Leute verbindet der Wunsch, dem trotz lebensbedrohender Blockade, Bürokratie und Wirtschaftskrise sozialsten aller Dritte-Welt-Länder zu helfen. "Wir wollen mit dem Fachwissen von Praktikern aus Technik, Organisation und Fachdiensten der Entwicklungshilfe cubanische Betriebe und Projekte schnell und unbürokratisch unterstützen", sagt Wolfgang Schrank. Dazu gehört auch der Kauf notwendiger Technik hier in West- oder in Ostdeutschland. Das Projekt "Wasserkraft ans Netz" entstand aus einer Cuba-Studienreise

über Alternativenergien von Fachleuten aus 13 lateinamerikanischen Ländern, der Schweiz und der BRD. Organisiert wurde sie von der kirchlichen Fördergesellschaft für angepasste Techniken in der dritten Welt (FAKT) in Stuttgart. In der BRD beteiligen sich neben InterRed die Darmstädter Initiative Taller de Solidaridad, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba und die Berliner KarEn. Auf der cubanischen Seite haben die Nationale Energiekommission (CNE), die Nationale Elektro-Union (UNE) im Ministerium für Basisindustrie, das Comitee für wirtschaftliche Zusammenarbeit (CECE) und der Ökumenische Rat der cubanischen Kirchen (CEC) die Verantwortung für das Projekt Wasserkraft ans Netz übernommen. Die ersten Kontakte mit den cubanischen Partnern machen InterRed optimistisch. "Die Leute vor Ort sind hochmotiviert", sagt Wolfgang Schrank. "Die langen auch hin und machen sich die Hände dreckig." Es ist nicht nur die staatliche Unterstützung für Alternativenergie auf Cuba, die die Initiative an der sozialistischen Insel fasziniert. "Mein Interesse sind alternative Entwicklungsformen von Dritte-Welt-Ländern. Und da gibt es leider außer Cuba nicht mehr viel auf der Welt", sagt Winfried Hutmacher von InterRed. Wolfgang Schrank drückt es drastischer aus: "Entweder man hilft Cuba heute. Oder man schickt morgen unzureichende Lebensmittel-Nothilfe hin wie heute nach Somalia". Neben dem Wasserkraft-Projekt will InterRed die Biogas-Erzeugung einer Schweine-Farm bei Santiago de Cuba, eine Selbsthilfwerkstatt des cubanischen Behindertenverbands ACLIFIN zum Bau von Rollstühlen, das cubanische Imkere Institut und die Druckerei und Buchbinderei José Maceo in Havanna unterstützen. InterRed braucht dafür Spenden, Bezugsquellen für billige Maschinen und Teile sowie Fachleute, die an der Hilfe für das widernatürliche Dritte-Welt-Land mitarbeiten wollen. InterRed cooperación, Bachmannstraße 2, W-6000 Frankfurt/M., Spendenkonto Wolfgang Schrank, Kennwort Netzwerk, Postgiro FFM, BLZ 50010060, Kto 486851-607

* Jörg Rode, Korrespondent metall, Frankfurt

Spalten

Die SPD muß den Leuten wieder Gegner zeigen und die sozialen Verteilungsfragen zum zentralen politischen Thema machen

Ralf Krämer*

Die Wahlergebnisse des 5. April 1992 mit dem enormen Anstieg der für rechts-extreme Parteien abgegebenen Stimmen haben zu vielfältigen Diskussionen Anlaß gegeben. Das Hauptstichwort lautet dabei "Protestwahl", meist verbunden mit dem Appell an "die (großen) demokratischen Parteien", jetzt gemeinsam die angeblich besonders drängenden Probleme des "massenhaften Asylmißbrauchs" und der "explodierenden Staatsausgaben" tatkräftig zu bewältigen.

Es ist keine neue Erkenntnis, daß sich soziale und politische Formierung insbesondere im Zusammenhang von Auseinandersetzungen vollzieht. Dazu gehören nicht nur gemeinsame Interessen bzw. Ziele, für die gestritten wird, sondern auch und vor allem gemeinsame Gegner. Dies ist an der Entwicklung der sozialen und politischen Bewegungen, von der Gewerkschaftsbewegung über die Anti-AKW- und Ökologiebewegung bis zur Friedensbewegung und zur Antifa-Bewegung leicht nachvollziehbar. Massenmobilisierung läßt sich nur erzielen, wenn klargemacht wird, um was und gegen wen gekämpft wird.

Ein wichtiger Grund für die wachsenden Probleme der SPD, gerade sozial benachteiligte und sich bedroht fühlende Gruppen an sich zu binden, besteht meines Erachtens darin, daß sie keine plausiblen Spaltungslinien und Gegner formulieren kann, die verantwortlich für die sozialen Probleme dieser Menschen sind. Die Rechtsextremen dagegen schaffen es einerseits, an der Linie "berechtigter Ansprüche der einheimischen deutschen Bevölkerung" gegen angeblich unberechtigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Wohnraum und Arbeitsplätzen durch AusländerInnen und insbesondere die AsylbewerberInnen zu spalten. Dabei verbinden sich latente rassistische Einstellungen

statt
versöhnen!

mit der grundsätzlichen Ablehnung von "Schmarotzertum" auf Kosten "unserer Steuergelder". Auf der anderen Seite schaffen sie es, die anderen Parteien als gleichermaßen unfähig zur Lösung der Probleme und nur am eigenen Machtgewinn interessiert und sich selbst als einzige Alternative darzustellen.

Der große "Schulterschuß der demokratischen Parteien" ist logischerweise nicht im mindesten geeignet, diese Problemlage zu bewältigen. Die SPD muß den Leuten Gegner und Schuldige zeigen an ihren Problemen. Dabei reicht es nicht aus, auf der rein politischen Ebene die anderen Parteien und insbesondere die Rechtsextremen als Gegner zu benennen. Wenn nicht deutlich gemacht wird, daß diese Gegnerschaft Ausdruck zugrundeliegender gegensätzlicher politischer Ziele und sozialer Interessen ist, wird das nicht mehr ernstgenommen. Mehr noch: Mit dem Verzicht auf Polarisierung gegen die bürgerlichen Parteien werden gewachsene Bindungen sozial Schwächerer an die SPD weiter gelockert und kann der Haltung "ist doch egal, wer von denen regiert," nicht entgegengewirkt werden.

Es ist nicht zu kritisieren, daß die Leute Schuldige zu identifizieren versuchen - schließlich sind ihre Probleme ja real gesellschaftlich, also durch menschliche Tätigkeiten und Verhältnisse bedingt. Das Problem ist, daß viele Menschen die falschen Schuldigen ausmachen und sich in ihrer eigenen Identität als Un-

schuldige dadurch bestätigen, daß sie die Schuld konzentriert Sündenböcken zuschreiben, von denen sie sich aufgrund eindeutiger Merkmale abgrenzen können. Auch Identitätsverstärkung durch Abgrenzung ist nicht als solche zu kritisieren, Identität und Abgrenzung sind zwei Seiten desselben Vorgangs. Das Problem besteht darin, daß die konkrete Spaltungslinie falsch ist, und daran trägt die SPD ein erhebliches Maß an Mitschuld, weil sie keine alternativen, real begründeten und politisch sinnvollen Deutungen und Spaltungslinien anbietet.

Die frühe Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie hat sich im Prinzip genau auf diese Weise durch Spaltung und Gegnerbezug formiert: "die Kapitalisten" bzw. "die herrschende Klasse" (und auf theoretischerem Niveau: der Kapitalismus) waren schuld an der Misere der Arbeiter. Dies war notwendig und sinnvoll, denn es wurden die richtigen Gegner (und andererseits die Gemeinsamkeit der Interessen aller ArbeiterInnen) gezeigt und die mit dem Organisieren der Menschen und dem Kampf gegen diesen Gegner hergestellte Gemeinsamkeit und Solidarität war die Grundlage für die Entwicklung und Verankerung auch weitergehender demokratischer und sozialistischer Vorstellungen in der ArbeiterInnenklasse.

Es ist klar, daß es nicht um eine einfache Wiederaufnahme dieser Herangehensweise gehen kann. Sowohl die sozialen Voraussetzungen sind nicht mehr so als auch die Vorstellungen einer alternativen Gesellschaftsordnung können nicht mehr so naiv propagiert werden wie damals. Aber die soziale Frage ist weiterhin der zentrale und einzig mögliche Zugang, um insbesondere die sozial schwächeren Gesellschaftsschichten für die Sozialdemokratie zu gewinnen und damit auch weitergehende humane, demokratische, ökologische und internationalistische Zielsetzungen mehrheitsfähig zu machen.

Es geht um die Formierung von Bündnissen. Das ist kein Gegensatz zum Spalten, sondern kann nur gelingen,

wenn die "richtigen" Spaltungen durchgesetzt und gemeinsame Gegner artikuliert werden können.

Finanzierungsfragen sind Verteilungsfragen

Heute muß es darum gehen, massiv und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Frage der Verteilungspolitik und sozialen Gerechtigkeit bei der Bewältigung der Einheit, der Einwanderung und des ökologischen Umbaus zu thematisieren und hart die sozialen Profiteure der Entwicklungen der letzten Jahre zu benennen und anzugreifen. Jede Finanzierungsfrage ist in erster Linie eine Verteilungsfrage und als solche zu behandeln. Nur so kann eine sinnvolle politische Linie in die Auseinandersetzung um die Staatsfinanzen gebracht werden. Es geht nicht einfach darum, daß "gespart" werden muß, sondern wofür Geld ausgegeben wird und wofür nicht und wer es aufbringen muß und wer nicht. Das Thema muß heißen öffentliche Armut und Sozial- und Bildungsabbau einerseits, privater Reichtum und Steuergeschenke und Verschwendung öffentlicher Gelder für Rüstung, Raumfahrt usw. andererseits. Da die Finanzierungsfragen das durchgehende Zentralthema der politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre sein werden, ist es von entscheidender Bedeutung, daß die SPD mit einer entsprechenden Linie die Notwendigkeit eines politischen Machtwechsels glaubwürdig vermittelt.

Das fällt natürlich schwer, wenn die Kritik sozialer Interessen, die auf die Erhaltung und Vertiefung ungleicher Verteilung von Einkommen und Vermögen wie auch von Bildungschancen gerichtet sind, in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger zum politischen Thema gemacht wurde. Die Konservativen und Liberalen haben es in den 80er Jahren geschafft, ihre Ideologie und die Interessen des Kapitals als vermeintliches Allgemeininteresse und Verteilungsfragen als überholt und ideologisch darzustellen, ohne daß die SPD dem konsequent entgegengetreten ist. Die Dethematisierung der sozialen Frage als Frage gegensätzlicher Interessen hat die SPD nicht nur weitgehend widerstandslos geschehen lassen, sondern teilweise mitbetrieben als eine mißverständene Öffnung gegenüber bisher nicht mit SPD und Gewerkschaften verbundenen Gruppen.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Ausrichtung der SPD können m.E. zwei Linien unterschieden werden: Die einen meinen, StammwählerInnen sichern und zurückgewinnen und WechselwählerInnen von der CDU rüberziehen zu können, indem sie sogenannte wirtschaftliche Kompetenz betonen und bei der Regierung vor allem Schulden- und Steuererhöhungspolitik kritisieren, auf der anderen Seite ökologische Forderungen in den Hintergrund rücken und dem angeblichen von den Rechten artikulierten "Volksempfinden" in Sachen Asyl entgegenkommen. Diese Orientierung muß scharf bekämpft werden. Sie trägt aktiv bei zur weiteren Verschiebung des gesamten politischen Koordinatensystems nach rechts. Selbst kurzfristig wahlpolitisch ist dieser Kurs schädlich. Die Entwicklung der Sozialistischen Partei Frankreichs zeigt, daß die Rechten die Sieger und die Sozialisten die Verlierer einer Politik des Nachgebens gegenüber dem Druck von rechts sind.

Die linke Gegenposition muß m.E. darin bestehen, das konsequente Vertreten humaner und ökologischer Zielsetzungen verstärkt zu verbinden mit der Betonung der Verteilungsfragen und dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit. Wenn wir an sozialdemokratischen Grundwerten orientierten ökologischen Fortschritt durchsetzen und Rückschritt verhindern wollen, können wir gar nicht anders als auf diese Weise hart gegen die Koalitionsparteien zu polarisieren. Wir müssen darauf setzen, daß die von uns besetzten Themen wie Ökologie, Frieden, Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit (bzgl. soziale Herkunft, Geschlecht, Ossi-Wessi, Nationalität usw.) zu zentralen Fragen der politischen Auseinandersetzung werden und daß wir mit konsequenten Positionen hier die Meinungsführerschaft eringen. Nur durch diese Verbindung der sozialen mit den "neuen" Fragen können wir alte und neue Gruppen an die SPD binden.

Die Verteilungsfrage und die Herausarbeitung eines klaren Gegnerbezugs ist dabei nicht störend, sondern hilfreich und mobilisierend, wenn sie vernünftig angelegt wird. Die Spaltungslinie muß so gezogen werden, daß sie die verallgemeinerungsfähigen Interessen des unteren und des mittleren Drittels der "Zweidrittelgesellschaft" aufgreift und vereint. Diese Linie muß eine reale

Grundlage haben, darf nicht Demagogie sein. Dies wird oft zu suggerieren versucht mit Behauptungen, durch eine stärkere Belastung vor allem Besserverdienender und von Kapitaleinkommen könnten die nötigen Finanzmittel nicht aufgebracht werden. Daraus spricht entweder gründliche Unkenntnis oder bewußte Ablenkung von den realen Verteilungsverhältnissen in der BRD und den in den letzten 10 Jahren abgelaufenen Umverteilungsprozessen im besonderen.

Fakten zur Verteilungsentwicklung

Im folgenden einige Fakten zur Verteilungsentwicklung in den alten Bundesländern (nur um die kann es ja bei der Frage der Finanzierung gehen):

* Von 1980 bis 1990 sind die Einkommen aus unselbständiger Arbeit brutto um 62% und netto um 47% gestiegen (pro beschäftigtem Arbeitnehmer sogar nur um 42% bzw. 38%, nach Abzug der Preissteigerungen verbleiben davon real 7,1%), die privaten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dagegen brutto um 104% und netto um 122%. Allein ein Konstanthalten der von 21,8% auf 14,4% gesunkenen Steuerbelastung dieser Einkommen hätte 1990 zu Mehreinnahmen von über 40 Mrd. DM geführt. Der Umverteilungsspielraum wird deutlich, wenn man nur annimmt, diese Einkommen wären prozentual lediglich im gleichen Maße wie die Arbeitseinkommen gestiegen: dann wären sie 1990 brutto 122 Mrd. DM und netto 170 Mrd. DM niedriger gewesen.¹

* Die Gewinne der Kapitalgesellschaften sind im selben Zeitraum um brutto 134% und netto 176% gestiegen, die durchschnittliche Steuerbelastung sank von 33,6% auf 21,4%. Wäre die Belastung nur bei 30% geblieben, hätte das 1990 Mehreinnahmen von 15,5 Mrd. DM bedeutet.² Die Geldvermögensbildung der Produktionsunternehmen betrug 1991 140 Mrd. DM, der Gesamtbestand erreichte knapp 1,7 Billionen DM (Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank Mai 1992, S. 19). An Finanzierungsproblemen der Unternehmen liegt die Investitionsflaute im Osten jedenfalls nicht.

* Ralf Krämer, Jus-Landesvorsitzender und Mitglied im Landesvorstand der SPD-NRW, Dortmund

* 1980 bis 1990 hat der Anteil der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte von 25,5% auf 29,0% zugenommen; der der Nettolöhne und -gehälter von 52,7 auf 49,9% ist gesunken, obwohl der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (von 88,3% auf 89,6%) und an der Bevölkerung (von 38,8% auf 40,3%) gestiegen ist. Die Zurückführung des Anteils der Kapitaleinkommen auf 25,5% hätte für 1990 eine Umverteilung von über 52 Mrd. DM bedeutet.³

* Die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen hat sich weiter verschärft. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Haushalte von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft lag 1990 bei durchschnittlich knapp 14.800 DM monatlich gegenüber 3.900 bei Arbeitern und 2.231 bei Arbeitslosen.⁴ 1988 verfügten die Haushalte von ca. 60% dieser Selbständigen über Monateinkommen von über 10.000, in jeder anderen sozialen Gruppe waren es weniger als 1%.⁵

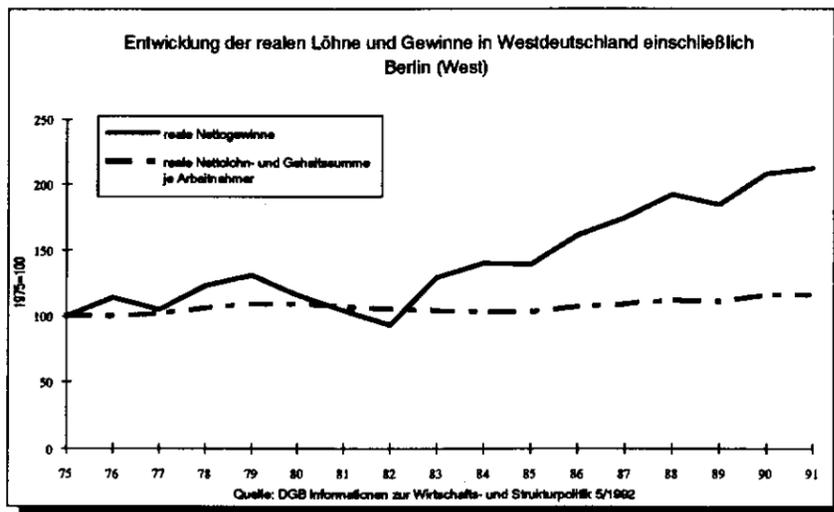
Die Vermögen sind bekanntermaßen noch weitaus ungleicher verteilt als die Einkommen.⁶ Die bisherige Finanzierung der deutschen Einheit hat diese Schiefe Lage noch verschärft, da sie ganz überwiegend zu Lasten der abhängig Beschäftigten finanziert worden ist. Durch die Nettoanpassung der Renten sind jetzt auch die SozialversicherungsrentnerInnen zur Kasse gebeten. Die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung wird die überproportionale Belastung der BezieherInnen eher niedriger Einkommen weiter verschärfen. Bezieher hoher Einkommen, Selbständige und Unternehmen sind dagegen weit weniger stark belastet worden, z.T. haben sie im Gegenteil von so finanzierter Nachfrage aus den neuen Ländern nach ihren Produkten erheblich profitiert.

Solidarische Finanzierung öffentlicher Ausgaben

Um sozial gerechte Umverteilung und solidarischere Finanzierung öffentlicher Aufgaben umzusetzen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen möglich, die so gestaltet und miteinander kombiniert werden könnten, daß die gewünschten Effekte erzielt werden. Unvollständig

und stichwortmäßig wären zu nennen: Verzicht auf Senkung der Unternehmens- und Spitzensteuersätze, kontrollierte Erfassung und Besteuerung von Zinseinkünften bei erhöhten (aber nicht so sehr wie von der Bundesregierung vorgesehen) Freibeträgen, Abbau steuerlicher Abzugsmöglichkeiten diverser angeblicher Betriebsausgaben von Unternehmen und Selbständigen (PKW, Bewirtung, Bestechung, Verbrauchs- und Einrichtungsgegenstände...), Abbau degressiver Abschreibungsmöglichkeiten, verstärkte Betriebsprüfungen und Steuerfahndung, realistische Bewertung von Anlagevermögen und von Grund- und Immobilieneigentum, Erhöhung statt Senkung von Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Ergänzungsabgabe auf die Körperschafts- und Einkommenssteuer bei hohen Einkommen, Einschränkung der Möglichkeiten von Abschreibungsgesellschaften und ähnlichen Steuersparkonstruktionen, bessere Besteuerung von Veräußerungs- und Spekulationsgewinnen, Bodenwertzuwachsbesteuerung, Erweiterung der Gewerbesteuerpflicht, Wiedereinführung der Besteuerung des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums (zumindest wenn beim Erwerb dieses Ei-

sozialpolitisch und wohnungspolitisch motivierter Steuererleichterungen von Einkünfteabzugs- zu Steuerabzugsbeträgen, Abschaffung des Ehegattensplittings bei Einführung eines Steuerabzugsbetrags im Falle von Unterhaltsleistungen für den/ die Ehegatten/in, Arbeitsmarktabgabe von Selbständigen und Beamten, Abschaffung oder erhebliche Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen in den Sozialversicherungen, Einführung einer Wertschöpfungsabgabe als dritte Säule der Sozialversicherungsfinanzierung. Das Memorandum fordert außerdem eine Investitionshilfeabgabe der Industrie (dies fordert auch die IG Metall) und eine Zwangsanleihe von Banken, Versicherungen, Handel und vermögenden Privathaushalten.⁷ Außerdem müßte im Verhalten zu gewerkschaftlichen Tarifforderungen deutlich gemacht werden, daß diese im Grundsatz berechtigt sind und die SPD auf Seiten der Gewerkschaften steht. Auch die Behauptung, eine die soziale Gerechtigkeit betonende Politik wäre nicht mehr mehrheitsfähig, würde lediglich die unteren 10-15% der Gesellschaft ansprechen,⁸ ist unzutreffend. Erstens kann sich die SPD nicht erlauben und würde sich als Partei (das hat für



gentum steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten in Anspruch genommen wurden), Förderung nur noch der Erstellung und nicht mehr des Kaufs von Wohnungen, Umstellung von Abschreibungsvergünstigungen und anderen Steuer-subsidien zur besser (und bei Zusammenführung in einem Fonds demokratisch) kontrollierbaren Vergabe direkter Investitionszulagen, Umstellung

mich immer noch was mit Parteilichkeit zu tun) aufgeben, diese Menschen links (oder rechts) liegenzulassen. Zweitens kommt es gerade darauf an und ist möglich, soziale Gerechtigkeit als Interesse von 70-80% der Gesellschaft und darüber hinaus als Gemeinwohl und moralischen Imperativ zu artikulieren und gegen diejenigen Minderheiten und ihre Sonderinteressen zu wenden, die sich

diesem Anspruch entziehen oder ihn leugnen. Auch die Belastung breiterer Schichten der Bevölkerung ist sozial nur dann akzeptabel, wenn die Leistungsfähigeren überproportional zur Kasse gebeten werden.

Dies muß verbunden werden mit konsequentem Eintreten für ökologischen Umbau und internationale Solidarität. Dabei muß deutlich gemacht werden: Wer von der bisherigen Produktions- und Lebensweise auf Kosten der Natur und anderer Völker am meisten profitiert hat, soll auch den Hauptteil der Lasten des Umbaus tragen. Ich bin überzeugt, daß dies populär vorgetragen werden und breite Zustimmung gewinnen kann. Es müssen dazu natürlich Forderungen entwickelt und in den Mittelpunkt gestellt werden, die in erster Linie Leute treffen, die es sich leisten können, oder die akzeptable Verhaltensalternativen eröffnen. So sollte etwa nicht nur eine höhere Benzinsteuern gefordert werden, sondern eine drastische Steuer beim Kauf von Autos mit hohem Spritverbrauch erhoben werden, z.B. bei einem DIN-Verbrauch von mehr als 6 Liter auf 100 km pro Liter/100 km Mehrverbrauch eine Steuer von 10% auf den Kaufpreis. Beim Kauf eines Mercedes

mit einem Verbrauch von 20 l/100 km und einem Preis von 100.000 DM fiel dann Ökosteuer in Höhe von 140.000 DM an. Davon ginge ein massiver Druck auf Anschaffung und Produktion sparsamer Autos aus (die Verbrauchsgrenze für die Besteuerung müßte sukzessive weiter gesenkt werden), weil niemand gezwungen ist, solch ein Auto zu kaufen - und es trafe die Richtigen.

Das Hauptproblem wäre die bei einer solchen Politik zu erwartende Verschlechterung des Verhältnisses zu den Repräsentanten "der Wirtschaft", das allerdings einigen mehr am Herzen zu liegen scheint als sozialdemokratische Werte und Ziele. Wenn man offensiv damit umgeht, kann die SPD damit m.E. gut leben, das schließt ja rationale Kooperation (ebenso wie zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften) nicht aus. Der mögliche Vorteil wäre jedenfalls weit größer als der Schaden. Wer von den "oberen Zehntausend" (oder auch Millionen) SPD wählt, tut das sowieso nicht zur Durchsetzung seiner/ihrer Verteilungsinteressen, sondern trotzdem, aus ethischen Gründen und politischen Überzeugungen.

Es gibt natürlich auch Interessenkonflikte innerhalb der von uns primär zu vertretenden Bevölkerungsgruppen, auch Konflik-

te zwischen verschiedenen Bedürfnissen derselben Personen. Auch diesen Konflikten können und dürfen SozialdemokratInnen nicht aus dem Weg gehen. Es gibt Leute, die ihre Freiheit als "freie Fahrt" definieren und ihr soziales Interesse als gegenüber Mitmenschen und Natur rücksichtslose Steigerung ihrer Karriere und privaten Reichtums. Diese können wir nur dadurch zu gewinnen versuchen, daß wir sie von einer anderen Definition ihrer Interessen überzeugen, aber nicht, indem wir die genannten Interessen aufgreifen - diese gilt es im Gegenteil zurückzudrängen. Auch rassistische und sexistische Einstellungen müssen kompromißlos zurückgewiesen werden.

- 1 vgl. WSI-Mitteilungen 10/1991, S. 594ff., eigene Berechnungen
- 2 ebd.
- 3 vgl. Statistisches Taschenbuch 1991, eigene Berechnungen
- 4 vgl. WSI-Mitteilungen 10/1991, S. 608, eigene Berechnungen
- 5 vgl. WSI-Mitteilungen 9/1990, S. 575
- 6 vgl. zur Verteilungsentwicklung auch Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '92, Köln 1992, S. 74-79
- 7 vgl. ebd., S. 175f.
- 8 so etwa Grafe, Tradition und Konfusion - SPD; Frankfurt/M 1991, S. 40

unverzichtbar für alle, die nicht hinterher wieder von nichts gewußt haben wollen müssen

Die Blätter kennenlernen?

- Ich bestelle Heft 9/92 zum Preis von 12 DM.
 - Ich bestelle ein Probeabo - Heft 9 und 10/92 für 15 DM.
 - Ich abonniere zum Jahrespreis von 97,80 DM inkl. Porto (mit Ermäßigung - Studentenausweis z.B. - 78,60 DM)
 - Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.
- Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Str.: _____
 Ort: _____
 Land: _____
 Unterschrift: _____

Ende des Modells Deutschland - am Beginn eines neuen Politik- und Hegemoniezyklus

Matthias Machnig*

1. Ende des Modells Deutschland

Das "Modell Deutschland" war in den 70er Jahren nicht nur ein sozialdemokratischer Wahlkampflogan, sondern zugleich die Chiffre für eine Politik der Modernisierung bisheriger Lebensstile wie auch für den politischen Interessenausgleich in einer Gesellschaft, in der es darum ging, die Zuwächse des Bruttosozialproduktes (BSP) sozial gerechter zu verteilen. Insofern war das Modell Deutschland Ausdruck und Inbegriff der sozialdemokratischen Perspektive, über eine Ausweitung und Modernisierung des Sozialstaates breitere Teile der westdeutschen Bevölkerung an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu beteiligen. Dieser Politiktyp fußte auf einer spezifischen Form von Interessenausgleich, der sich in der Bundesrepublik West schon seit 1949 entwickelt und unter dem Stichwort "Korporatismus" bei der Formulierung und Ausgestaltung eines spezifischen Sozialstaatskompromisses etabliert hatte. Die Interessenskonflikte wurden damit kalkulierbar - für die politische Klasse, aber auch auf der Ebene der lebensweltlichen Erfahrungen jedes Individuums. Diese erlernten Konfliktmuster bzw. -regulierungsstrategien prägten die politische Landschaft der Bundesrepublik West und waren Grundlage der vielzitierten politischen und sozialen Stabilität.

* Matthias Machnig, Soziologe, Redakteur der spw von 1989-1991, Bonn

Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, als hätte die politische Entwicklung West einer politischen Idylle entsprochen. Auch hier gab und gibt es harte innergesellschaftliche Interessenkonflikte (erinnert sei nur an die Einführung der Lohnfortzahlung, die Montanmitbestimmung, die Notstandsgesetze, die Auseinandersetzung um die Atomkraft, die Nachrüstungsdiskussion, den Konflikt um den Art. 116 des AFG etc.). Doch sie waren Etappen eines innergesellschaftlichen Lernprozesses im Bezug auf die Verarbeitung innergesellschaftlicher Konflikte und damit Teil kalkulierbarer innergesellschaftlicher Konfliktstrukturen, die sich zudem noch vor dem Hintergrund einer ökonomischen und sozialstaatlichen Entwicklung vollzogen, die dem Großteil der Bevölkerung Wohlstandszuwächse in Form individueller Lohnzuwächse oder sozialstaatlicher Transferleistungen gewährleisteten. Auch der Trend zu einer Etablierung einer "Zweidrittel-Gesellschaft" hat diesen Mechanismus für weite gesellschaftliche Bereiche nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dies gilt auch für die Phase konservativer Hegemonie in den 80er Jahren, da auch die Konservativen letztlich die Grundlagen eines sozialstaatlichen Interessenausgleiches nicht wirklich grundlegend in Frage gestellt haben. Insofern waren auch die 80er Jahre in der Grundtendenz eine Phase der "Sozialdemokratisierung" auch der konservativen Politik.

Mit den fundamentalen Transformations- und Veränderungsprozessen seit 1989 hat sich die politische Agenda für die 90iger Jahre in dramatischer Art und Weise verändert: die bisherigen Formen des Interessenausgleiches stehen zur Disposition. Die politischen Herausforderungen bei der Gestaltung dieser Transformationsprozesse werden sowohl auf bundesdeutscher Ebene als auch im europäischen Maßstab im Vergleich zum Politikzyklus in den 80er Jahren vor allem von Verteilungsfragen zwischen Ost und West strukturiert werden. Die bisherigen Verteilungsspielräume werden deutlich begrenzt und damit die Strukturen des bisherigen Sozialstaatskompromisses in Frage gestellt. Hintergrund dieser Entwicklung ist der ökonomische und soziale Prozeß in Ostdeutschland, der öffentlich bislang nicht mit dem notwendigen Realismus wahrgenommen worden ist: "Ostdeutschland (ist) ein Jahr nach der Wirtschafts-

Währungsunion kein Industriestaat mehr". Der industrielle Sektor ist von dem mit Abstand größten Wirtschaftssektor in der ehemaligen DDR bis an den Rand der Bedeutungslosigkeit gesunken. Betrug der Anteil an der Bruttowertschöpfung des industriellen Sektors 1989 noch 47,1%, ist er 1991 auf ein Niveau von 14,2 % zurückgegangen. Dieses Faktum läßt sich nicht anders als ein Prozeß umfassender Deindustrialisierung charakterisieren. In Ostdeutschland etabliert sich damit eine "Versorgungswirtschaft", in der zwei Drittel der volkswirtschaftlichen Leistungen vom Staat, den Dienstleistungsunternehmen, dem Verkehrs- und Handelssektor erwirtschaftet werden, also von Branchen, die allesamt von Transferleistungen aus Westdeutschland abhängig sind.

Unterstellt man nun - wie das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft - daß für die 90er Jahre derartige Transferleistungen in der Höhe von 1,2 Bill. DM² erforderlich sind, um den ökonomischen und sozialen Erosionsprozeß abfedern zu können, so müßte man dafür deutlich mehr als die jährlichen Steigerungen des westdeutschen Bruttosozialproduktes einstellen. Die Angleichung an die Lebensverhältnisse in Westdeutschland wird sozial und ökonomisch daher viel weitreichendere zeitliche Perspektiven erfordern, als dies die Politik zumindest öffentlich bekundet hat. Kurt Biedenkopf stellt zurecht fest, daß "diese Aufholjagd, zu der Ostdeutschland ermutigt wird, ...in den bisherigen zeitlichen Dimensionen kaum aussichtsreich" ist. Das ostdeutsche Bruttosozialprodukt betrug 1991 mit 21000 DM pro Kopf der Erwerbstätigen 24,7% des westdeutschen (85000 DM je Erwerbstätigen)³. Bewegt sich das ostdeutsche Wachstumsniveau auf die durchschnittliche Wachstumsrate von 3%, würde erst in 70 Jahren das westdeutsche Niveau erreicht. Um blühende Landschaften in Ostdeutschland in 3-5 Jahren zu schaffen, wie Kohl dies versprochen hat, müßten, um die gleichen Lebensverhältnisse wie im Westen zu erreichen, Steigerungen des Sozialproduktes um jährlich etwa 40% realisiert werden.⁴ Realistisch, so resümiert Biedenkopf, "erscheint deshalb im Jahre 2010 eher ein BSP, das pro Kopf im Durchschnitt 75% des dann in Westdeutschland erwirtschafteten Pro-Kopf-BSP beträgt."⁵

Über den Realismus einer solchen Prognose, die, sollte sie eintreffen, ein

Wachstum des BSP von 6,5% voraussetzen würde, soll hier nicht weiter spekuliert werden. Diese Modellrechnungen zeigen nur, daß die zeitlichen Perspektiven für eine realistische Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West sehr viel weitreichender sind, als bislang allgemein unterstellt. Biedenkopf geht davon aus, daß bei der Sanierung von 4,5 Mio. Arbeitsplätzen und der Schaffung von 2,5 Mio. Arbeitsplätzen Investitionen in der Höhe von 950 Mrd. DM erforderlich sind.⁶ Selbst eine ökonomisch mittlere Entwicklungsvariante hätte zudem zur Voraussetzung, daß die Transferleistungen von West nach Ost auf Jahre hin deutlich über den Zuwächsen der westdeutschen Zuwächse des BSP liegen.

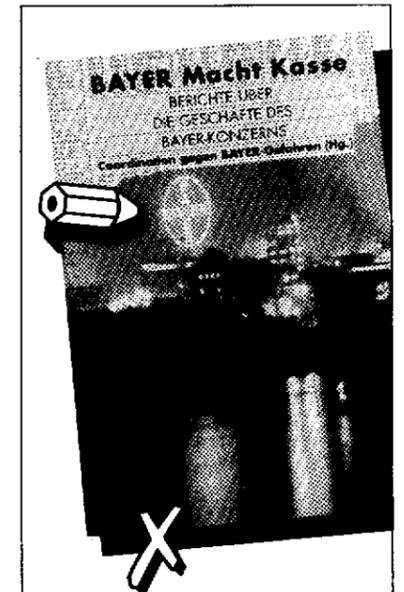
Vorläufiges Fazit: Die schlichte Auflösung des Systems etatistischer Planung hat nicht, wie vielfach unterstellt, zu einer Systemtransformation, sondern vor allem zu einer Desintegration der Volkswirtschaft geführt. Folge dieser Desintegrationspolitik ist daher die Notwendigkeit umfangreicher staatlicher Transferleistungen mit der Konsequenz, daß sich in den neuen Bundesländern nichts anderes als eine "paternalistische Versorgungswirtschaft" etabliert. Damit sind erhebliche verteilungspolitische Fragestellungen verbunden, die die Grundlagen des bisherigen Modells Deutschland ganz wesentlich berühren. Die Notwendigkeit umfangreicher öffentlicher Transferleistungen nach Ostdeutschland findet vor dem Hintergrund einer dramatischen Entwicklung im Bereich der öffentlichen Haushalte statt. Zwar hat Waigel ein sogenanntes Sparkonzept vorgelegt, das durchschnittliche Wachstumsraten bis 1995 von 2,5% vorsieht. Nach Aussagen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Sachsen und Mitglieds des Haushaltsausschusses Manfred Kolbe⁷ sind innerhalb dieses Konzeptes jedoch die sich bereits heute abzeichnenden Belastungen des Haushaltes noch gar nicht berücksichtigt, die sich nach seinen Aussagen bis 1996 auf ca 400 Mrd. DM belaufen, die zwar nicht den Kreditmarkt belasten, für die jedoch jährlich 30-40 Mrd. DM allein an Zinsleistungen aufzubringen sind. Ebensovienig seien Maßnahmen zur notwendigen wirtschaftspolitischen Flankierung des Aufbaus in den neuen Ländern einkalkuliert worden: Der Sachverständigenrat beziffert in seinem Jahresgutachten 1991/92 allein den In-

vestitionsbedarf im Bereich der Infrastruktur für die nächsten 10 Jahre auf jährlich 50 Mrd. DM. Für die Sanierung von ökologischen Altlasten allein im Bereich des Braunkohletagebaus werden 32 Mrd. DM geschätzt, für die Krankenhaussanierung 35 Mrd. DM.

Bis 1995 dürften sich die Schulden der öffentlichen Haushalte auf das Rekordvolumen von 2266 Mrd. DM summiert haben, nach 1455 Mrd. DM Ende 1992, was eine Zunahme der Schulden der öffentlichen Haushalte von ca. 800 Mrd. DM⁸ oder knapp 70 % in nur 5 Jahren bedeutet. Der Schuldenstand läge 1996 dann bei weit über 50% des BSP, die Zinsquote würde 1995 auf 12,5% gestiegen sein.⁹ Die Zinszahlungen der öffentlichen Haushalte hätten dann das Rekordniveau von 176 Mrd. DM erreicht.¹⁰ Alldies belegt die politische und finanzielle Tragweite von notwendigen politischen Entscheidungen in den nächsten Jahren allein für den deutsch-deutschen Integrationsprozeß; hinzu kommen weitere finanzielle Aufgaben für den europäischen Integrationsprozeß sowohl in Richtung West wie in Richtung Ost.

Mit der Auflösung der bipolaren Struktur internationaler Beziehungen ist daher auch die Notwendigkeit einer Neudefinition des bundesdeutschen Sozialstaatskompromisses verbunden: Die 90er Jahre werden wesentlich von der Frage des finanziellen Ressourceneinsatzes vor dem Hintergrund grundlegend gewandelter innen- und außenpolitischer Konstellationen dominiert sein. In den Mittelpunkt der politischen Diskussion rückt dabei vor allem die Frage einer sozial gerechten Verteilung der Finanzierungskosten für den deutschen Einigungsprozeß. Die Einebnung des ökonomischen und sozialen Bruchs zwischen Ost- und Westdeutschland wird sich daher zu einer höchst konfliktreichen verteilungspolitischen Auseinandersetzung entwickeln. Vier Ebenen alter und neuer Verteilungskonflikte, die insgesamt eng miteinander verwoben sind, lassen sich im vereinten Deutschland heute bereits sehr deutlich ausmachen:

- der Konflikt zwischen neuen und alten Ländern um die zukünftige Finanzausstattung,
- eine unternehmerische Standortkonkurrenz zwischen Ost- und Westdeutschland,
- der Konflikt zwischen Arbeits- und Gewinneinkommen,



BAYER Macht Kasse liefert unentbehrliche Informationen für GewerkschafterInnen,

BAYER Macht Kasse

ÄrztInnen, Tierversuchge-
nerInnen, Dritte-Welt-Engagierte,
UmweltschützerInnen, BAYER-
Beschäftigte und -AnwohnerInnen,
PolitikerInnen, Betriebsräte,
AktionärInnen...

Coupon ausfüllen und senden an:
Coordination gegen BAYER-Gefahren
Hofstraße 27 a, 5650 Solingen 11, oder
wenn es eilt, telefonisch bestellen
(02 12) 33 49 54.

Coupon

- Exemplar(e) BAYER Macht Kasse für 24,80 DM
- 5 Expl. für nur 110,- DM (14,- DM gespart)
- 10 Expl. für nur 210,- DM (38,- DM gespart)
- 20 Expl. für nur 400,- DM (96,- DM gespart)
- Stichwort BAYER (kritische Infos zum BAYER-Multi), kostenlos
- zzgl. 5,- DM für Porto und Verpackung

Name, Vorname

Str. Nr., Tel.-Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich/wir besitzen BAYER-Aktien und haben Interesse die Stimmrechte den "Kritischen BAYER-Aktionären" zu übertragen.

Lieferung nur gegen Vorkasse. Bitte Scheck beifügen. Alle Preise enthalten 7% MwSt.

- der Konflikt zwischen unterschiedlichen sozialen Bereichen der Gesellschaft um die Frage der Verteilung der Einheitskosten.¹¹

Die verteilungspolitischen Konflikte in den 90er Jahren werden sich damit einerseits auf der Ebene der Primärverteilung im Rahmen der Tarifverhandlungen abspielen: "Sie müssen - vermittelt über die staatliche Abgaben- und Transferpolitik - vielmehr sowohl innerhalb als auch zwischen Ost und West ausgetragen werden."¹² Denn "eine rasche Angleichung des Tarifniveaus Ost geht zu Lasten der Verteilungsmasse, die für die Westbeschäftigten zur Verfügung gestellt werden kann und umgekehrt."¹³

Die 90er Jahre werden damit wesentlich dominiert sein durch die Konflikte in einer doppelt - regional und sozial - gespaltenen Gesellschaft: Die bislang regional relativ homogene westdeutsche Gesellschaft überträgt nicht nur ihre Spaltungs- und Ausgrenzungsmechanismen auf die ostdeutsche Gesellschaft, sondern etabliert gleichzeitig auch regionale Spaltungen der gesamtdeutschen Gesellschaft. Die Neuverteilung von Lebenschancen und Lebensrisiken wird in den kommenden Jahren zu der zentralen politischen Fragestellung werden - und mit ihr die Frage der bisherigen Besitzstände insbesondere in Westdeutschland. Die 90er Jahre werden darüber auch zuallererst eine Dekade der Dominanz der Ökonomie.

2. Vor einer zweiten Transformation der Parteienlandschaft?

Die Erfahrungen seit Beginn des deutschen Einigungsprozesses haben gezeigt, daß die bisherigen Politikformen zur Gestaltung des noch bevorstehenden Integrations- und Umverteilungsprozesses kaum ausreichen werden. Bislang hat die Entwicklung nicht zu "einer Anpassung des institutionellen Arrangements im politischen System geführt"¹⁴, die der neuen Aufgabenstellung gerecht werden und den notwendigen Interessenausgleich West-West als auch Ost-West arrangieren könnte. Damit steht keineswegs nur - wie manche Linke meinen - die Politik der Bundesregierung auf dem Prüfstand, sondern mindestens ebenso das "Modell Deutschland" sozialdemokratischer Prägung. Bis in die 70iger Jahre hinein war die bundesdeutsche Parteienlandschaft eine

in sich klar strukturierte Ordnung, die in der Lage zu sein schien, die spezifischen innergesellschaftlichen Konflikte durch entsprechende programmatische Angebote aus den jeweiligen Parteien zu kanalisieren. Es existierte eine klare Arbeitsteilung zwischen den jeweiligen Parteiformationen - zumindest im Bewußtsein breiter Teile der westdeutschen Bevölkerung. Die Unionsparteien galten als Parteien der wirtschaftspolitischen Kompetenz und des innergesellschaftlichen law and order, die Sozialdemokratie als Partei der sozialen Chancengleichheit und gesellschaftlichen Reformpolitik, die FDP als Partei des Klientelismus und als Mehrheitsbeschafferin für eine der beiden großen Volksparteien. Innerhalb dieser Triade funktionierte - von wenigen Ausnahmen abgesehen - der Austausch von Wählersegmenten und die Etablierung hegemonialer Blocks. Ende der 70er Jahre zerfällt dieses Parteienkartell: Denn die bisherige Form der innergesellschaftlichen Verteilungskämpfe wird um die Dimension der "Fortschrittskonflikte" (Beck) erweitert und findet in der bisherigen Parteienlandschaft keine adäquate Repräsentation. Mit den Grünen entsteht eine politische Formation, die einerseits den innergesellschaftlichen Wertewandel, die Erosion bisheriger sozialer Milieus, neue Erwartungen an politische Problemlösungskompetenz und neue Formen der politischen Auseinandersetzung repräsentiert. Es kommt zur ersten Transformation der bundesdeutschen Parteienlandschaft - allerdings ohne das "Modell Deutschland" in seiner Grundsubstanz tatsächlich zu zerstören. Die Kernstruktur blieb intakt: Denn das bisherige westdeutsche Parteiensystem war Ausdruck eines innergesellschaftlichen Sozialstaatskompromisses, an dessen Struktur sich die parteipolitische Präferenz zwischen den beiden großen Volksparteien ganz wesentlich orientierte. Insofern war die bisherige parteipolitische Präferenz auch Ausdruck eines verteilungspolitischen Grundkonsenses in der westdeutschen Gesellschaft, in den sich bestimmte soziale Segmente mit ihrer Entscheidung für eine politische Repräsentanz einpaßten. Mit der Frage von neuen Verteilungskonflikten sind Aspekte eines neuen politischen Interessenausgleichs, eines neuen Korporatismus, eines neuen Kompromisses jenseits des bisherigen Verteilungskonfliktes Kapital und Arbeit verbunden und damit die Notwen-

digkeit neuer politisch institutioneller Arrangements innerhalb und außerhalb der bisherigen Parteienlandschaft. Es ist kein politischer Zufall, daß der Umbruch in Osteuropa und insbesondere die neuen Realitäten in Deutschland mit der vielleicht tiefsten Krise der bisherigen Parteiendemokratie korrespondieren. Bei den Berliner Kommunalwahlen erreichten die beiden großen Parteien nicht einmal mehr 60% der abgegebenen Stimmen, der Bereich der Nichtwähler wurde zur politisch stärksten Kraft, PDS und Republikaner konnten ihre Stimmanteile ausdehnen bzw. behaupten. Wahlanalysen, die angesichts dieser Entwicklung von einer "Denkzettelwahl" sprechen, gehen an den eigentlichen Problemen vorbei. Mit dem deutschen Einigungsprozeß und den Transformationsprozessen in Osteuropa geht vielmehr der bisherige Politikzyklus zu Ende, Fragen der politischen Repräsentanz werden neu gestellt. Es stellt sich die Frage einer zweiten Transformation des Parteienspektrums. Die Wahlen 1994 können insofern ähnlich konstitutive Bedeutung wie die ersten Wahlen 1949 besitzen. Denn die bisherige Form von Sozialstaatlichkeit in der Bundesrepublik (West) war der politische common sense nach 1949 und wurde auch von breiten Teilen der Bevölkerung zu einer "Art Nebenverfassung" stilisiert.¹⁵ Die Konsequenzen dieses Befundes sollten klar sein: der westdeutsche common sense identifizierte im Unterschied zu den klassischen demokratischen Ländern Demokratie mit einem politischen Inhalt in Form der bisherigen sozialstaatlichen Strukturen und nicht nur mit einer formalen Verfahrensordnung politischer Willens- und Kompromißbildung.¹⁶ Sozialstaatlichkeit ist in Deutschland ein wesentliches Medium von Demokratie: Gerade in diesem Bereich liegen die historischen Wurzeln der Sozialdemokratie und ihre Funktion in der gegenwärtigen parteipolitischen Landschaft.

3. Das Dilemma der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hat bislang zu diesen Entwicklungen keine adäquate Einstellung gefunden. Es beherrschen zwei Reaktionsmuster die Szenerie. Einerseits die Attitüde des umfassenden politischen Revisionismus insbesondere im außen- und sicherheitspolitischen Be-

reich, andererseits das vielfach bruchlose Anknüpfen an Politikstile, Politiktradition und programmatische Schwerpunktsetzungen aus den 80er Jahren. Die politische Diskussion der 80er Jahre war vor allem durch die Konzentration auf die Auseinandersetzung mit Fortschrittskonflikten geprägt. Dieser öko-soziale Diskurs hat in der SPD zu wichtigen programmatischen Innovationen - Berliner Grundsatzprogramm und Fortschritt 90 - geführt. Damit war zum erstenmal seit Beginn der 70er Jahre ein programmatisch fundierter reformpolitischer Impuls von Seiten der Partei und damit eine Vision für die Arbeit der Gesamtpartei verbunden. Trotz der programmatischen und personellen Erneuerung der SPD befindet sich die Partei gegenwärtig in der politischen Defensive. Die Gründe für diese Entwick-

lung sind sicherlich vielfältig, auf die wesentlichen Aspekte sei hier hingewiesen:¹⁷

- Der programmatische Vorsprung der Sozialdemokratie bezieht sich im Westen vor allem auf das Projekt einer reflexiven Modernisierungspolitik, also auf die immer noch existentiell notwendige, aber ausstehende "Modernisierung der Moderne". Durch die Umbruchprozesse in Osteuropa und die deutsche Einheit steht wieder ein älterer Typus von Modernisierung auf der Tagesordnung. Bislang fehlt ein strategisches Konzept, wie unter den veränderten Rahmenbedingungen beide Modernisierungsprozesse miteinander verbunden werden können.

- Die Sozialdemokratie befindet sich kulturell in der Defensive, da ihre traditionellen Begriffe, Termini und Symbo-

le vom Zusammenbruch des "realen Sozialismus" nicht unberührt geblieben sind. Die Probleme, in die die SPD nach gelungener programmatischer und personeller Erneuerung geraten ist, werden bislang nicht kollektiv verarbeitet. Dies führt zu Profilierungsversuchen gegen die eigene Partei, wie zur Anpassung an den politischen Zeitgeist.

- Grundsatzprogramme haben den Anspruch, Kompass für die politische Orientierung von Parteien zu sein. Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie von 1989 wurde zu einer Zeit verabschiedet, in der die Dimension des Transformationsprozesses in Osteuropa in ihrer Dramatik noch kaum abzusehen waren. Eine teilweise Neueröffnung der Programmdiskussion könnte dieses Defizit beheben, die Partei verpflichtet, sich mit den gewandelten Realitäten in

Ich abonniere spw für mindestens zwölf Monate ab sofort/ab Heft Nr.

ABO

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.
 Jahresbezugspreis (incl. Versand): Inland DM 51,-
 Ausland DM 54,-
 ermäßigter Inlandspreis (für SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose; nur gegen schriftliche Bescheinigung) DM 42,-
 ermäßigter Auslandspreis (wie oben) nur gegen Bescheinigung) DM 45,-

Das ABO geht an:
Name, Vorname: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

1. Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche widerrufen werden (Poststempel). Ich bestätige hiermit, daß ich über mein Widerrufsrecht in Kenntnis gesetzt wurde.
2. Ich bin damit einverstanden, daß die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

2. Unterschrift (bitte auch hier unterschreiben) _____

! Wenn Sie ein Geschenkabonnement bestellen, so müssen Sie sowohl die Adresse des/der Beschenkten als auch Ihre Adresse in der jeweiligen Spalte oben angeben.

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut: _____

Bankleitzahl _____

Konto _____

Datum, Unterschrift _____

Buchprämie

Ich habe mir die Buchprämie Nr. ... ausgesucht. Sie geht an folgende Adresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Probe

ABO

Probe-ABO

Ich bestelle ein spw-Probe-Abonnement zum Sonderpreis. Damit erhalte ich die nächsten beiden Ausgaben von spw, die in zweimonatigem Rhythmus erscheinen. Das Probe-Abo verlängert sich *nicht* automatisch.

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, _____

Unterschrift _____

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (anbei), der Preis beträgt DM 15,- (incl. Versand).

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung. Der Preis beträgt (wegen des Aufwands für Rechnungsstellung) in diesem Fall DM 17,- (incl. Versand).

Neu im Herbst '92



Gisela Preuschoff/Axel Preuschoff
Gewalt an Schulen
 Und was dagegen zu tun ist

156 Seiten, DM 18,-
 ISBN 3-89438-049-7

Vorankündigung zum 175jährigen
 Jubiläum des Wartburgfestes

Ludwig Elm/Dietrich Heither/
 Gerhard Schäfer (Hg.)
Füxe, Burschen, Alte Herren
 Studentische Korporationen
 vom Wartburgfest bis heute

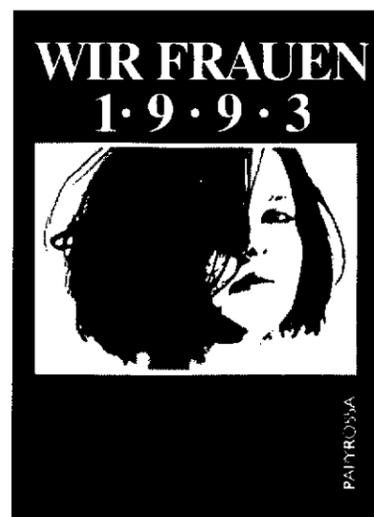
Etwa 350 Seiten, ca. DM 24,-
 ISBN 3-89438-050-0

(lieferbar im Oktober)

Edith Laudowicz (Hg.)
Fatimas Töchter
Frauen im Islam

Mit Beiträgen von Rukhsana
 Ahmad, Nadia al-Bagdadi, Nasrin
 Bassiri, Gohartaj Daneshvar, Elke
 Grawert, Sabine Kebir, Edith
 Laudowicz, Margitta Ogundare

197 Seiten, DM 19,80
 ISBN 3-89438-051-9



Der Frauenkalender

WIR FRAUEN 1993
Taschenkalender

288 Seiten, DM 11,80
 ISBN 3-89438-046-2

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 44 43 05

Deutschland und Europa breit auseinanderzusetzen, und zudem zu einer innerparteilichen Mobilisierung und zur Stärkung des programmatischen Profils der Partei beitragen. Dieser Prozess ist längst überfällig.

Diese Vision sozialdemokratischer Politik wird von einer politischen Entwicklung überrollt, in der die gerade entwickelte Programmatik nur einen bescheidenen Beitrag zur Lösung der nun zu bewältigenden Probleme besitzt. Die SPD befindet sich in der wohl tiefsten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik, viel tiefgreifender als die Krisensituation am Ende der sozialliberalen Regierung. Denn mit der Entwicklung seit 1989 geht nicht nur ein bestimmter historischer Zyklus, geprägt durch eine bipolare Struktur mit den beiden deutschen Staaten als den entscheidenden Frontstaaten der jeweiligen Bündnissysteme, zu Ende. Es endet auch ein sozialdemokratisches Politikmodell, das sich die Partei seit der Gründung der Bundesrepublik mühsam über viele Stationen erarbeitet hatte und Orientierung für Mitglieder und Funktionäre in der Bundesrepublik West bot. Diese Orientierungsmarken werden zusehends diffus.

Die programmatischen Grundsätze der Partei wandeln sich gegenwärtig in einer wachsenden Geschwindigkeit, ohne daß Richtung und Zielperspektive dieses Wandlungsprozesses erkennbar wären. Partei und Fraktion ist in wichtigen Fragen der Kompaß zur Verortung des eigenen Standpunktes in der politischen Kartographie der Bundesrepublik verloren gegangen. Diese Orientierungsprobleme äußern sich u.a. in der gegenwärtigen innerparteilichen Asyldiskussion, der Debatte über den großen und/oder kleinen Lauschangriff und die damit verbundenen Grundgesetzänderungen, der Diskussion um die Reform von Post und Bahn und über die damit verknüpften Privatisierungstendenzen, im Fehlen einer klaren wirtschafts- und finanzpolitischen Konzeption für den Aufbau in Ostdeutschland - dies alles mit der Konsequenz, daß die Unterscheidbarkeit gegenüber der konservativ-liberalen Bundesregierung sich immer deutlicher reduziert. Kritiker der gegenwärtigen sozialdemokratischen Politik sprechen daher nicht zu Unrecht vom "Funktionsverlust der Opposition".

Fraktion und Partei blieben bislang aber in einer - eben zunehmend funktionslosen - "Strategie der Opposition stecken"

und haben es nicht geschafft, eine "Strategie der Konstruktion einer neuen Ordnung"¹⁸ zu entwickeln. Es fehlt, auch zwei Jahre nach der deutschen Einheit, eine ost-west-übergreifende wirtschaftliche und soziale Entwicklungs- und Reformperspektive. In Partei und Öffentlichkeit muß ein innergesellschaftlicher Lernprozeß zur Konstruktion einer neuen Ordnung - auf der Basis eines neuen Interessenausgleichs - eingeleitet werden. Diese Diskussion sollte im Kontext von "Deutschland 2000" endlich aufgenommen werden.

Die Politik der Sozialdemokratie im Bezug auf die neuen Länder war und ist vor allen Dingen reaktiv und dies aus sehr unterschiedlichen Motiven. Einerseits existiert weder in Partei noch Fraktion eine konsistente Diskussion über die Veränderungen und Entwicklungsperspektiven in Gesamtdeutschland, die auf Grundlage einer realistischen ökonomischen, sozialen und finanzpolitischen Bestandsaufnahme zu klaren und realisierbaren Zielvorgaben für den Aufbauprozeß in Ostdeutschland kommt. Andererseits steht hinter dieser Zurückhaltung die strategische Grundsatzprämisse, nicht die Aufgabe der Regierung zu übernehmen und sich zu Überbringern schlechter politischer Botschaften zu machen. Beide Positionen unterschätzen den politischen Verunsicherungsgrad in weiten Teilen der Bevölkerung, die längst wissen, daß das Großexperiment deutsche Einheit zu individuellen Belastungen führen wird, von der politischen Klasse jedoch sozial ausgewogene und kalkulierbare Rahmendaten für diesen Prozess erwarten. Dies steht nach wie vor aus.

Vielmehr verstetigt sich in der öffentlichen Meinung der Eindruck, daß Politik diese Frage im Bezug auf das Wahlvolk vor allen Dingen unter taktischen Gesichtspunkten erörtert wird. Letztlich wird jedoch die politische Formation hegemoniefähig werden, die zuerst eine belastbare, sozial ausgewogene und für den einzelnen kalkulierbare Konzeption zur Gestaltung des deutschen Einigungsprozesses liefert. Die wesentliche Herausforderung und Chance für die Sozialdemokratie liegt nach dem Ende des "Modells Deutschland" darin, einen neuen Interessenausgleich zu formulieren. Die Gemeinschaftsaufgabe Einigung muß in einen neuen Sozialstaatskompromiß überführt werden, der die sozialen Verwerfungen in Ostdeutschland in den Mittelpunkt seiner

Überlegungen rückt, ohne die Spaltungs- und Marginalisierungstendenzen im Westen Deutschlands zu ignorieren. Das Projekt dieses neuen Sozialstaatskompromisses wird die zentrale Aufgabe der 90er Jahre sein. So sympathisch die Einlassungen von Kurt Biedenkopf unter dem Stichwort "Abschiednehmen von der Aufholjagd" auch sein mögen, indem er für eine angepaßte Politik im deutschen Einigungsprozeß plädiert und die Bedeutung von regionalen Identitäten in den neuen Ländern betont: ohne einen materiellen Kern in Form eines neuen Sozialstaatskompromisses wird dieses Projekt kaum funktionstüchtig sein.¹⁹

- 1 vgl. Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, August/September 1991, S. 6.
- 2 Meinhard Miegel, Der Preis der Gleichheit - Wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands in den 90er Jahren, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/92, S. 675-686, S. 681.
- 3 DIW-Wochenbericht, Nr. 7/92, Die wirtschaftliche Modellrechnung zwischen Ost- und Westdeutschland, S. 80.
- 4 vgl. hierzu, Kurt Biedenkopf und der Abschied von der Aufholjagd, in: FR, 27.3.92, S. 30-31, Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland, 2/92, S. 2.
- 5 ebd. S. 30
- 6 ebd. S. 30
- 7 Handelsblatt, v. 13.5.92, Ein Verschiebebahnhof zu Lasten der Länder, v. Manfred Kolbe, S. 4.
- 8 vgl. Handelsblatt, vom 13. Mai 1992, S. 4, hier wird aus einer Stellungnahme von Heinz Schleußer zum Waigel-Konzept zitiert.
- 9 ebd.
- 10 ebd.
- 11 Rudolf Hickel, Thesen zum "Ökonomischen Umbau und zur gesellschaftlichen Gestaltung Ostdeutschlands", Referat im Rahmen der "Verteilungspolitischen Konferenz" der IG Metall am 27/28.2.92
- 12 vgl. Gerhard Bäcker, Gespaltene Gewerkschaften in einem gespaltenen Land, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/92, S. 605-615, S. 611.
- 13 ebd. S. 612.
- 14 Otto Singer, Die neuen Verteilungskonflikte - Eine Herausforderung für den Föderalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/92, S. 686-698, S. 687.
- 15 vgl. Wolfgang Seibel, Die notwendige Illusion oder: Es bleibt alles beim alten - Über den Wandel des Regierungssystems im vereinten Deutschland, in: Frankfurter Rundschau vom 29.5.92, S. 17
- 16 ebd.
- 17 vgl. Johano Strasser, Referat vor der Planungseinheit der SPD-Bundestagsfraktion, unveröffentlichtes Manuskript
- 18 Peter Glotz, Die Linke nach dem Sieg des Westens, Stuttgart 1992, S. 52.
- 19 Kurt Biedenkopf, a.a.O., vgl. auch den Beitrag von Klaus Naumann, Kassensturz im Ideenhaushalt - Vom Wahldesaster zur Wiederherstellung von Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/92, S. 531-539, in dem Biedenkopfs Konzept positiv aufgegriffen wird, ohne die Frage nach den materiellen Grundlagen einer solchen politischen Konzeption zu thematisieren.

Helden déjà vu

Oliver Brosch-Guesnet

Handelsbilanzen, Frontberichte und Medaillenspiegel gehören zu Länderkämpfen aller Art, und ihre Lektüre zählt auch für unsereinen zu den kleinen patriotischen Frühstücksexzessen (nach denen man sich aber meist ein wenig schämt). Immerhin, nach Barcelona konnten wir mit reinem Gewissen und einem deutschen Funktionär seufzen: Diesmal hätten wir die Amis packen können. Nur "fünf mal Gold" fehlte.

Gut, daß es den Diplom-Mathematiker Walter Gulbinat gibt. Er rechnete für die F.A.Z. die gewonnenen Medaillen auf eine einheitliche Bevölkerungszahl um, und das Blatt wendete sich. Denn dabei kam Kuba auf Platz 1 - dank treffsicherer Boxer und natürlich dank des großen Sieges über die USA: im Baseball.

Man kennt das aus "Asterix bei den Olympischen Spielen": Auch da gewinnt der Außenseiter, gestärkt noch von der großen Idee und nicht von der Kälbermastspritze (Den Zaubersoffen ausgenommen). Den Sieg konnte Asterix, wie der kubanische Hochsprungsieger 1992, dem Heimatvolk widmen, das sich so ein bißchen Selbstbewußtsein für den Kampf gegen einen übermächtigen Feind borgen sollte. Aber die Gallier gewannen den Ölweig und den Kampf gegen die Römer. Die Kubaner können es sich nicht leisten, heroes "just for one day" zu sein, schlagen sie doch Schlachten im internationalen Klassenkampf. Und wir Zuschauer sollen mehr tun, als uns über Walter Gulbinats Einfall zu amüsieren und Kuba den kleinen Triumph zu gönnen. Da hört der Spaß auf, und die ernste internationalistische Gesinnung hat anzufangen.

Denn die kubanischen Helden, die ihr Können nicht in Los Angeles 1984 und (aus internationaler Solidarität mit der schönen neuen Welt des großen Führers Kim-II-Sung) auch nicht in Seoul 1988 unter Beweis stellen durften, und die in Coca Cola City 1996 wohlmöglich wie-

der kämpferisch boykottieren müssen, sie gehören zu einer tapferen Nation, die an einem "vorbildlichen Entwicklungsmodell" arbeitet. Aufgrund des Drucks von außen, der feindlichen Umwelt, müssen jedoch noch gewisse Rückständigkeit bei der Demokratisierung in Kauf genommen und einige Oppositionelle leider eingesperrt, bedauerlicherweise aus dem Land geworfen oder ein bißchen massakriert werden. Das kennen wir von früher, und es hat uns noch nie gestört.

Wo wahre Solidarität mit linken Ikonen gefordert ist, da kann selbst ein sozialdemokratischer MdB großzügig konzedieren, daß Todesstrafen "ein Produkt der spezifischen kubanischen Befindlichkeit eines Kriegszustands" seien. Wir wollen lieber nicht darüber nachdenken, ob man mit dieser Art universeller Moral auch für die Produkte spezifisch deutscher Befindlichkeit im Kriegszustand vor fünfzig Jahren Verständnis heischen könnte. Nur unsere Not kennt kein Gebot, und wir sind schließlich parteilich aus Tradition.

Wir standen schon auf der richtigen Seite, als wir noch hackevoll die Sowjetsoldaten hochleben ließen, und da stehen wir noch heute, wenn auch ein wenig auf der Suche nach neuen Identifikationsobjekten, die für uns an Vorbildlichem arbeiten und deshalb Vorbilder sind. Wir brauchen eben auch eine emotionale Heimat, ein geistiges Vaterland, ein Heldenvolk, einen mächtigen Hebel der Geschichte und einen Mann mit wildem Blick auf dem Poster in der Diele. Wenn es mit der Macht kritisch wird, dann ist die Zeit, die Öffentlichkeit wachzurütteln und Sammlungen durchzuführen: erst für Milchpulver, später für Maschinengewehre. Dann sind wir die Retter, die den überforderten Helden zu Hilfe eilen. Natürlich gibt es kein Happy-End, denn Sozialismus ist, offengestanden, heutzutage nur noch was für's Gemüt. Aber je ungemütlicher das wirkliche Leben in einem fernen Land wird, umso fester glauben wir, daß es sich lohnt, davon irgendetwas zu retten. Die Wissenschaft sagt uns, daß dort Geschichte gemacht wird, und wir wollen aus sicherer Distanz auch einmal nach einem Zipfel ihres Mantels greifen.

Hoffen wir also, daß Kuba seine Rolle spielt und sich noch lange für romantische Projektionen hergibt. Für die heilige letzte Schlacht mit anschließendem Märtyrertod scheint es durchaus geeignet, und das ist eingedenk der jüngsten

Historie wichtig. Eine gewisse Mythen-tauglichkeit muß sein, und da haperte es bei der DDR oder Polen oder Rußland doch gewaltig. Da mußten wir mit ansehen, daß kaum jemand die großen gesellschaftlichen Errungenschaften bis zum letzten Blutstropfen verteidigen wollte. Natürlich hat es im Gegenzug auch einen gewissen Unterhaltungswert, diesen klerikal-reaktionären Polen vorzuhalten, daß sie jetzt Chauffeure zu Ministern machen, oder den dumpfen, obrigkeitshörigen Russen, daß sie sich statt um den sozialen Fortschritt um die Gebeine des Zaren sorgen.

Und natürlich werden uns im Falle des Falls von Kuba zu diesen machistischen Latinos, die nichts vom protestantischen Arbeitsethos wissen wollen, auch noch ein paar Gemeinheiten einfallen, mit denen wir dann dort nachtreten können. Aber geiler wär es schon, "Sozialismus oder Tod" live zu sehen.

Denn wir müssen ja nicht sterben. Irgendwo können wir bestimmt den gleichen alten obszönen Film noch einmal ablaufen lassen. Der Feind ist schließlich überall, überall lockt Uncle Sam gutgläubige Jugendliche mit seinen Konsumversprechungen, deren Widerstandskraft in einem Land mit 80 Gramm Brot als Tagesration, einer Hose und einem Paar Schuhe pro Jahr wir erst bewundern und nach dem kapitalistischen Sündenfall dann verdammern können.

Wer, wie es der kubanische Schriftsteller Jesus Diaz getan hat, rundheraus sagt, daß der Alltag in Kuba heute "die Hölle" sei, der findet seinen irdischen Richter, einen kubanischen Kurt Hager, der Jesus Diaz "Judas" nennt und zum Exilschriftsteller macht. Wer mehr sein will als ein Mochtegem-Kosmopolit mit umgestülptem Chauvinismus, dem sollte es gleich sein, ob George Bush beim japanischen Staatsbankett oder Fidel Castro beim Picknick in Galizien zum Kotzen ist. Die alten Männer könnten einfach gehen, ohne (neue) Bomben auf Bagdad und ohne Straßenkämpfe in Havanna. *No more heroes anymore.* Und bis dahin könnte man solidarisch sein mit den Menschen. Wie Jesus Diaz sagt: "Solidarisch, aber nicht einverstanden."



B L I C K
IN
D I E W E L T

Heinz-Gerd Hofschien

Wer hat uns denn nun eigentlich die deutsche Einheit gebracht? Der NATO-Doppelbeschluß, der die UdSSR tottrüßte? Gorbis Freundschaft oder Kohls Griff nach dem Mantel der Geschichte? Waren es die ostdeutsche Flüchtlingswelle im Sommer 1989 und die Bürgerrechtler Bohley, Klier und Co., die seitdem die Talkshows so dominieren wie vorher nur Harald Juhnke? Oder der Papst, der zunächst Polen erfolgreich destabilisierte? Alles falsch. Nur die FAZ weiß, wem der Preis gebührt: "Vergessen ist, welch großen Anteil die afghanische Widerstandsbewegung am Niedergang des Sowjetimperiums hatte. Ohne die Niederlage der mit allen modernen Waffen ausgerüsteten großen Sowjetarmee gegen die armselig gekleideten, unzureichend ernährten und schlecht bewaffneten, aber hochmotivierten islamischen Widerstandskämpfer in Afghanistan wäre die kommunistische Macht in Moskau und im sowjetisch beherrschten 'sozialistischen Lager' vermutlich nicht so schnell und so vollständig zusammengebrochen. Es mag vielen hierzulande übertrieben vorkommen, wenn Afghanen behaupten, die Wiedervereinigung hätten die Deutschen ihnen zu verdanken; aber es ist doch mehr als nur ein Korn Wahrheit in diesem Anspruch. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan begann sich der Niedergang der Sowjetmacht so zu beschleunigen, daß schließlich die deutsche Wiedervereinigung möglich wurde." Na, ob das unseren Patrioten gefallen wird, daß wir die Rückkehr Ostelbiens irgendwelchen muselmanischen Ausländern zu verdanken haben? Das bezweifelt auch der FAZ-Kommentator: "So geht es in der Politik zu. Sie kennt

keine Dankbarkeit." Auch die meine hält sich in Grenzen.

Noch einmal das lustige Zitat-Raten: "Es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir gegenüber der seit zwei Jahren wesentlich veränderten Weltlage im Hinblick auf die inzwischen erheblich modifizierten Zukunftsaussichten uns klar werden über die Haltung, die wir einzunehmen haben gegenüber den Vorgängen, die sich um uns herum abspielen ... Untätig beiseite stehen, wie wir das früher oft getan haben, entweder aus angeborener Bescheidenheit, oder weil wir ganz absorbiert waren durch unsere inneren Zwistigkeiten oder aus Doktrinarismus träumend beiseite stehen, während andere Leute sich den Kuchen teilen, das können wir nicht und wollen wir nicht. Wir können das nicht aus dem einfachen Grunde, weil wir jetzt Interessen haben in allen Weltteilen." War das Rühre auf der letzten Kommandeurstagung der Bundeswehr, Kinkel beim WEU-Treffen oder Waigel beim politischen Aschermittwoch? Könnte sein, ist aber falsch. Es ist aus der Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes und späteren Reichskanzlers Bernhard von Bülow (der das schöne Wort von Deutschlands Platz an der Sonne prägte) im Deutschen Reichstag am 11. Dezember 1899.

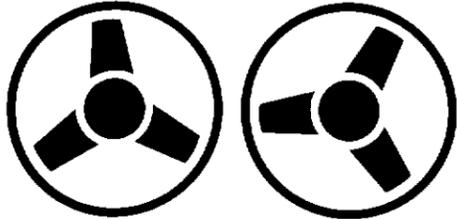
Es ist immer wieder erhehend, die Justiz bei der Wahrung der majestätischen Gleichheit des Gesetzes zu beobachten. Ein besonders schönes Exempel lieferte dieser Tage die thüringische Rechtspflege. Im Februar hat ein Kreisgericht den ehemaligen Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt, Gerhard Müller, wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt. Er hatte 1986 einem litauischen KPdSU-Funktionär bei dessen offiziellen Besuch in Thüringen ein 9.800 Mark teures Jagdgewehr geschenkt und dieses Präsent aus einem nicht dafür bestimmten Haushaltstitel des Bezirks bezahlt. Es ist schon beruhigend, daß es Gerichte gibt, die solche Mißwirtschaft verfolgen, selbst wenn keine persönliche Bereicherung vorliegt, und so wollen wir hoffen, daß solche Strenge bald überall

in unserer Republik üblich wird. Mit Genugtuung erwarten wir daher die Verfahren gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Späth, der sich Urlaubsreisen und Dienstflüge von den Firmen bezahlen ließ, denen er Millionensubventionen verschaffte, und gegen die Bundestagspräsidentin, die sich falsche Fahrkostenrechnungen auszahlen ließ. Die bisherige Vorverurteilung Späths zum Vorstandsvorsitzenden der Zeiss-Werke in Jena läßt da das Beste erhoffen. Was die Rolle der thüringischen Justiz bei dieser Anwendung der Gesetze ohne Ansehen der Person betrifft, so hat sie sich in einem zweiten Fall selbst übertroffen: Das Ermittlungsverfahren gegen den Thüringer Parteifunktionär und Innenminister Böck, der mehrere Zehntausend DM persönlich als Spende von einem hessischen Unternehmen erhalten hat, das dafür Raststätten-Konzessionen an den thüringischen Autobahnen erwartete, wurde rechtzeitig vor der Wiederwahl des Politikers zum Landesvorsitzenden von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Aber Böck ist natürlich kein SED-Funktionär, sondern Landeschef der CDU.

In einem neuen und sehr amüsanten Buch über den Umgang mit Statistiken wird empirisch stringent nachgewiesen, daß AIDS durch das Einatmen von Flugzeugbenzin hervorgerufen wird. Und ein norddeutscher Sozialwissenschaftler pflegt seit Jahren in seinen Vorlesungen als Beispiel für die nahezu unbeschränkten Manipulationsmöglichkeiten durch die Statistik auf die Korrelation von Geburtenhäufigkeit und Weißstorchbesatz in Ostfriesland hinzuweisen. Auch das Statistische Bundesamt geht neuerdings zu humoristischem Umgang mit seinem Gegenstand über: Bei der Vorstellung des neuen "Datenreports 1992" erklärte der Präsident des Amtes, daß es den Ostdeutschen viel besser gehe, als sie selbst glaubten. Den Ostdeutschen ginge es nach seinen Statistiken "in der Tat materiell gesehen nicht schlechter", dennoch sei ein großes Unzufriedenheitspotential vorhanden, weil ihre Ansprüche stärker wüchsen als ihr Wohlstand. Das Primat der Ideologie gilt offensichtlich auch in Post-SED-Zeiten.

Auf dem Weg in die Informations- gesellschaft?

Fiete Saß*



Wem die nüchterne Realität schon lange nicht mehr genügt, der soll bald eine echte Alternative bekommen: Ab in die virtuellen Realitäten computersimulierter Welten. Einen Hauch davon vermitteln schon neuere Computerspiele. Doch erst wenn die menschlichen Sinne ganz durch Computersimulationen überlistet werden, wird die Illusion komplett sein. Dann treffen wir uns über Telekommunikation in den virtuellen Welten, die wir gemeinsam nach Belieben verändern können, geben uns Phantasiegestalten, musizieren auf heute noch unbekannten Hyperinstrumenten, um nur einige der unendlichen Möglichkeiten zu nennen. Soweit die Propheten der virtuellen Realität. Science Fiction? Das eine oder andere davon wird wohl Wirklichkeit werden.

Doch auch die Realität von heute ist von Informatik und Telekommunikation geprägt:

- * Schon beim Frühstückfernsehen wird unser Informationsstand über den Rest der Welt auf den neuesten Stand gebracht. Zeitung, Autoradio und abends wieder Glotze, Zeitschriften oder ein Buch: Wir sind informiert!
- * Wenn wir zum Telefon greifen, können wir zwischen einigen hundert Millionen Direktanschlüssen wählen. Praktisch reicht es meist, zu wissen: Alle Leute, die ich kenne, kann ich jederzeit anrufen.
- * Wie ruhig und fad wäre unsere Existenz ohne Humphrey Bogart, Marilyn Monroe, Bob Dylan und all die anderen, deren Glanzleistungen konserviert für immer unseren Sinnen auf Abruf zur Verfügung stehen?

* Fiete Saß, Informatiker, Redakteur der spw, Köln

- * Wer rechnet heute noch im Kopf, ohne Taschenrechner? Wer bearbeitet noch Texte ohne Computer? Wieviel Tage kann eine Bank existieren, wenn die Computer ausfallen?
- * Welcher Dreher, Lackierer, Werkzeugmacher arbeitet so präzise und klaglos, Teil für Teil, Tag für Tag, wie ein Industrieroboter?
- * Keine Waschmaschine, kein Auto, keine Taschenuhr mehr ohne High Tech-Komponenten. In Form von mikroelektronischen Steuerungen, High Tech-Werkstoffen usf. werden den Produkten Informationen einverleibt, deren Wertanteil den Wert des Trägerprodukts oft übertrifft.

Wissen und Bildung nehmen schnell zu

Bis vor kurzem war es üblich, den Entwicklungsstand eines Landes durch sein Bruttosozialprodukt auszudrücken, und es ist auch noch nicht lange her, daß dafür kurzerhand die Produktion von Stahl und Energie herangezogen wurde. Die UNO verwendet inzwischen ergänzend den Human Development Index (HDI), der Lebenserwartung, Schulbildung und Einkommen kombiniert.

Die statistischen Daten zu Bildung und Forschung belegen eindrucksvoll den wachsenden Stellenwert von Wissen und Information. Von 1975 bis 1989 sind die staatlichen Bildungsausgaben weltweit von 348 Mrd. US\$ auf 1.057 Mrd. US\$ gestiegen, pro Einwohner von 88 US\$ auf 210 US\$. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der Studierenden in tertiären Bildungseinrichtungen (Hochschulen u.ä.) von 39,5 Millionen auf 61,3 Millionen Menschen gestiegen. Die staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind weltweit von 1980 bis 1990 von 208 Mrd. US\$ auf 452 Mrd. US\$ angestiegen und betragen jetzt 2,55% des Bruttosozialprodukts im Weltdurchschnitt.

In den meisten entwickelten Ländern lagen die staatlichen Bildungsausgaben Ende der 80er Jahre zwischen 4 und 8% des Bruttosozialprodukts. Die BRD nimmt dabei einen kläglichen Platz am Ende des Spektrums ein. In Entwicklungs- und Schwellenländern liegen die Anteile der Bildungsausgaben zwischen 2 und 17% des Bruttosozialprodukts. Der Anstieg des Bildungsniveaus ist auf allen Ebenen - vom Rückgang des Analphabetismus bis zum Wachstum der

wissenschaftlichen Qualifikationen - weltweit signifikant. Die Wachstumsraten sind am größten in Ländern und Regionen mit dem größten Nachholbedarf. Durchgängig ist der Anteil der Frauen dabei geringer und weist zugleich überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Entsprechend gestiegen ist die Zahl der Menschen mit akademischer oder vergleichbarer Ausbildung, in Deutschland z.Zt. ca. 6,5 Millionen. Binnen einiger Jahrzehnte haben sich die akademischen Stände in Massenschichten verwandelt. Daniel Bell ("Die nachindustrielle Gesellschaft") spricht mit Blick auf die USA von einer "Take off"-Phase der intellektuellen seit etwa 1880. Besonders dynamisch haben sich die wissenschaftlich-technische Intelligenz und die Lehrerschaft entwickelt - also jene Schichten, die vorrangig mit der Produktion, Bearbeitung, und Verbreitung von Wissen und Information befaßt sind. Allein durch ihre Zahl entziehen sich diese Schichten jeder Interpretation in den Kategorien der alten bürgerlichen Klassengesellschaft ("organische Intellektuelle" o.ä.). Längst sind sie Träger, Schöpfer und Produkte einer Produktionsweise, die tendentiell über das Kapitalverhältnis hinausweist.

Was ist Information?

Nach Shannon ist Information alles, was sich auf den Unterschied von 0 und 1 reduzieren läßt, also digitalisierbar ist: Zahlen, Texte, Bilder, Töne, Film, Computerprogramme. Die Produktion und Distribution solcher "Software" unterliegt anderen Gesetzen als die Produktion und Distribution materieller Güter, die zu perfektionieren das Projekt der bürgerlichen Epoche war und ist:

- * Während materielle Güter naturgemäß endlich sind, läßt sich Information beliebig vielfältigen, ohne daß dabei nennenswerte Kosten anfallen.
- * Während materielle Güter begrenzt nutzbar sind, können Informationen beliebig oft, an verschiedenen Orten und von beliebig vielen Personen genutzt werden. Der Gebrauchswert von Informationen läßt sich im Tausch für beide Seiten steigern - 1+1=3! Wer davon profitieren möchte, ist auf Kommunikation und Kooperation angewiesen.
- * Zugleich hat jede Information ihre Halbwertszeit, behält ihren Wert nur

bei beständiger Auffrischung, was den Sog zu Vernetzung und Kommunikation nach steigert.

- * Der Schutz und exklusive Besitz von Information ist nur begrenzt und zeitweilig möglich. Tendentiell entzieht sich Software den bürgerlichen Eigentumsbegriffen. Jeder Fotokopierer ist ein Hohn auf die Kategorien des bürgerlichen Rechts.
- * Die Komplexität von Informationen läßt sich beliebig steigern. "Die Komplexität von Computerprogrammen ist nur durch die Intelligenz des Programmierers begrenzt" sagt ein Programmierscherz. Die Fähigkeit von Menschen, Gruppen, Institutionen, die Komplexität zu meistern, wird zu einem wesentlichen kulturellen und ökonomischen Faktor.
- * Information schafft neue Arbeitsteilungen und Abhängigkeiten. In der wachsenden Informationsflut entstehen vernetzte Teilöffentlichkeiten von Wissenden, denen ihre gemeinsame Verfügung über bestimmte Wissenssegmente mit entsprechenden Gebrauchswerteigenschaften eine labile Autonomie gegenüber dem Rest der Welt verleiht. Institutionen und Hierarchien, die solche subtilen Machtverlagerungen mißachten, sind zum Blindflug mit Absturzgefahr verurteilt.
- * Software induziert neue Abhängigkeiten und Kooperationen. Was ist der Wert eines Autos, eines Computers, einer Maschine, wenn der Lieferant keinen qualifizierten Service bieten kann? Was wie eine einmalige Kaufentscheidung schien, wird zu einer dauerhaften Bindung. König Kunde findet sich in der konstitutionellen Monarchie wieder.

Der Wert der Ware Arbeitskraft - wie jeder anderen Ware - wird mehr und mehr durch ihren informationellen Gehalt bestimmt. Fatal für's Kapital: Wesentliche informationelle Produktionsmittel sind an die Arbeitenden ganz persönlich gebunden und verflüchtigen sich ggf. mit ihnen. Die beträchtlichen Anstrengungen, durch informationelle Infrastruktur diese Abhängigkeiten zu mildern, reproduzieren sie ironischerweise in immer neuer Qualität, erfordern sie doch immer qualifiziertere Informationsarbeiter. So gehen immer mehr Unternehmen dazu über, durch entsprechende Unternehmenskultur die informationellen Machtverhältnisse zu institutionalisieren, um das Gold in den Köpfen der Mitarbeiter

beisammen zu halten.

Nun, sind das nicht ganz phantastische Aussichten? Kooperation, Kommunikation, Bildung - ein unaufhaltsamer Trend zu menschlicheren, zivilisierteren Verhältnissen? Die Annahme wäre leichtsinnig.

Zwischen Zivilisation und Abkopplung

Die Informationsökonomie potenziert nicht nur die Produktivität, sondern auch die Mittel zu Gewalt und Zerstörung. Der Golfkrieg gab davon eine Kostprobe. Zwar läßt sich einwenden, daß die sensible Infrastruktur der Informationsgesellschaft gegen Gewalt extrem anfällig, im Prinzip kriegsunfähig sei. Doch wird diese Einsicht auch wirklich Kriege verhindern? Zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben der USA für Forschung und Entwicklung gehen in die Rüstung; auch in vielen anderen Ländern ist der Anteil sehr hoch. Das ist informationelle Kriegswirtschaft, mit ungeklärten Konsequenzen für die Weltordnung. Doch auch ohne Krieg geht von der Informationsökonomie strukturelle Gewalt aus. Schon die bürgerliche Industriegesellschaft hatte und hat eine grausame Schattenseite: Die Tendenz zur Ausbeutung, Ausgrenzung, Einschließung oder Vernichtung aller Verhältnisse, Beziehungen, Gruppen und Individuen, die in die industriegesellschaftliche Normalität nicht integrierbar sind, oder gar nicht integrierbar werden sollen.

Die Informationsökonomie stellt höchste Anforderungen an die kulturelle und technische Infrastruktur, an Ausbildung und "kompatible" Persönlichkeitsstrukturen. Völker, Klassen, Individuen, die da nicht mithalten können oder wollen, werden faktisch abgekoppelt und ausgeschlossen, sind noch nicht einmal als Ausbeutungsobjekt zu gebrauchen. Die Informationsökonomie böte wohl Mittel, diesen Gefahren zu begegnen. Information kann man teilen, ohne etwas zu verlieren. Die verzweifelte Aufholjagd der Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Volksbildung beweist, mit welcher bescheidenen Mitteln bemerkenswerte Fortschritte erzielt werden können. Doch das bleibt ein Wettlauf zwischen Hase und Igel, solange Wissen und Information in die Formen bürgerlichen Eigentums gezwängt, als Mittel für Macht und Profit monopolisiert werden. Eine Kritik der spätbürgerlichen Infor-

mationsökonomie wird sich mit diesen und vielen weiteren Fragen befassen müssen. Einiges spricht dafür, daß die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus - sinnvoll verallgemeinert - dabei noch von Nutzen sein wird.

Da öffnet sich ein weites, unbestelltes Feld für Theorie und Praxis, das die Linke weder den versponnenen Technofreaks der virtuellen Realitäten noch nüchtern-technophilen Machtstrategen überlassen sollte.

**Tabelle 1: Bildungsausgaben
der entwickelten Länder in %
des Bruttosozialprodukts**

Land	Prozent	Jahr
UdSSR	7,9	1989
Österreich	7,6	1989
Dänemark	7,6	1989
Norwegen	7,5	1989
Schweden	7,3	1989
Kanada	7,0	1989
Irland	7,0	1987
USA	6,8	1987
Niederlande	6,8	1988
Ungarn	6,0	1989
Neuseeland	5,9	1988
Australien	5,5	1987
Island	5,4	1988
Italien	5,0	1986
Schweiz	4,9	1988
Portugal	4,9	1989
Japan	4,8	1988
UK	4,7	1988
Spanien	4,3	1988
BRD	4,2	1988

Quelle: UNESCO, Statistical Yearbook 1991

**Tabelle 2: Anteil der Rüstungs-
ausgaben an den öffentlichen
Ausgaben für Forschung und
Entwicklung (Spitzenreiter)**

Land	Prozent	Jahr
USA	65,6	1988
UK	49,2	1986
Indien	22,8	1988
BRD	13,2	1987
Italien	10,3	1989
Kanada	9,5	1989
Australien	9,1	1988
Japan	8,8	1988

Quelle: UNESCO, Statistical Yearbook 1991

Anmerkung: Für die damalige UdSSR und verbündete Staaten werden keine Zahlen aufgeführt.

Nicht mehr Kino, nicht mehr Fernsehen

Foto: Stephan Hoppe, Ohne Titel



Siegfried Zielinski*

Am Anfang einer neuen historischen und kulturellen Form des audiovisuellen Diskurses

Peter Schwartz, ein professioneller Beobachter von Bewegungen des Finanzmarktes, war von 1981 bis 1986 leitender Kopf der Sektion Business Environ-

* Prof. Siegfried Zielinski, Institut für Publizistik u. Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Gezügelter Auszug aus: ders., *Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiel in der Geschichte*, Reinbek 1989. Mit freundlicher Genehmigung des Rowohlt-Verlages, Reinbek. Die Zwischenüberschriften hat die spw-Redaktion zu verantworten.

ment von Royal Dutch/Shell, einem der drei weltgrößten Unternehmen mit rund 100 Milliarden US-Dollar Jahresumsatz. Seiner Kenntnis des Marktes und seinen prognostischen Fähigkeiten wird vor allem zugeschrieben, daß Shell 1985 rechtzeitig auf den erneuten Ölpreiszusammenbruch reagieren konnte. 1987 wurde er von der Londoner Börse als "strategischer Berater, für die Entwicklung von Zukunfts-Szenarios für den globalen Finanzmarkt engagiert". Für Schwartz ist das "electronic entertainment", das für ihn sämtliche Reproduktions- und Verteilmedien umfaßt, der wirtschaftlich wichtigste Markt der neunziger Jahre. Für das letzte Jahrzehnt vor der Jahrtausendwende prognostiziert

er für diesen Bereich einen ähnlichen Kollaps, wie ihn die Siebziger bezüglich des Energiesektors und die Achtziger an der Börse erlebt haben.

Auch in der Welt der elektronischen Audiovisionen ist Bewegung alles geworden. Was hier alltäglich in Form von elektrischen Wellen, digitalisierten Daten oder Medienkonserven verteilt, verschickt und über Satelliten, durch Kabel oder auf herkömmlichem terrestrischem Wege gesendet wird, ist quantitativ kaum mehr zu erfassen und wird auch von niemandem mehr genau kontrolliert. Allein durch die verkabelten Haushalte West-Berlins wurden 1988 über 100.000 Stunden als TV-Zeit objektivierte Zeit geschickt. Der Ausstoß in New York, dem Mekka der globalen Television, betrug mehr als das Vierfache davon. Dabei sind dies nur zwei regional begrenzte Märkte. Televisuelles wird staatlich verordnet, gegen Gebühren verteilt oder als Sequenz innerhalb eines Teppichs von Reklamebotschaften angeboten; man bezahlt es als Abonnent eines Pay-TV-Service, oder der Tausch wird als Pay-Per-View-TV direkt organisiert, gestaltete Zeit gegen Geld, das vom privaten Konto abgebucht wird wie die Kosten für den Verbrauch von Gas und Elektrizität oder die Telefonrechnung. Und die großen Fernsehnetze wie Kabelsysteme stellen nur den breiten Strom des Flow of Broadcasting dar. Dazwischen gibt es zahllose Inseln des sogenannten "Closed Circuit TV", Fernsehen für eingeschränkte Benutzerkreise in Hotels, Hospitälern, Ausbildungseinrichtungen, Flugzeugen oder Unternehmen. In Japan zum Beispiel stellte "betriebsinternes Informationsfernsehen" für große Firmen mit Börsen- und Nachrichten, Wechselkursen, Handelsberichten, Nachrichten der Unternehmensleitungen und Entspannungsangeboten Mitte der achtziger Jahre einen wichtigen Realisierungsaspekt der propagierten elektronische(n) Träume der Nation dar². Das "Inflight Entertain-

ment" im internationalen Passagierflugverkehr mit in die Rücklehnen der Sitze eingebauten Monitoren gilt als einer der lukrativen Audiovisionsmärkte der neunziger Jahre. Der Rezeption von Filmischem im Akt der Grenzüberschreitung entspricht der tendenziellen Grenzenlosigkeit in der Distribution von audiovisuellen Waren.

Global weist die Landkarte der Televisionen kaum mehr weiße Flecken auf. Welche Entwicklungssprünge die Penetration der privaten Haushalte mit dem begehrten elektronischen Möbelstück gerade in der letzten Dekade gemacht hat, demonstriert eindrucksvoll die Volksrepublik China mit der neuen Variante der kulturellen Umgestaltung von oben: 1978 besaßen nur etwa zwei Prozent der chinesischen Haushalte ein Gerät, was aber schon 80 Millionen potentielle Zuschauer bedeutete. Nach einer Anfang 1988 von der zentralen Fernsehorganisation der Volksrepublik veröffentlichten Untersuchung verfügten zu diesem Zeitpunkt schon 47,8 Prozent der Haushalte über einen Apparat, was ein potentielles Publikum von 600 Millionen Chinesen bedeutete, die sich um 112 Millionen Geräte gruppierten.³ Aber die Schirme und Lautsprecher werden nicht mehr länger nur von zentralen Verteilstellen aus mit Bewegungsilusionen, ständigem Lichtwechseln, Musik und Geräuschen gefüllt. Wie in der VR China und der Sowjetunion, in Bahrain und in Alaska, in Thailand und in Venezuela, in Finnland und in Südafrika laufen darüberhinaus cassettierte Bandmaschinen, um zusätzliche Audiovisionen zu realisieren. Auf 120 Millionen Einheiten wurde der weltweite Bestand Ende 1986 geschätzt, mit rasch zunehmender Tendenz. In den USA stieg Anfang 1988 die anfangs kulturell diskriminierte Minderheit zur Majorität auf; die Sättigung der Haushalte mit Videorecordern übersprang dort im Januar die 50-Prozent-Marke. In der Bundesrepublik standen zu dieser Zeit in den privaten Haushalten etwa neun Millionen des begehrtesten langlebigen Gebrauchsguts der Achtziger. Mit den 4,4 Millionen an den Fachhandel abgesetzten industriell bespielten Cassetten warteten allein hierzulande über sechs Millionen Stunden Videozeit auf den Einkauf oder die Miete durch die Endverbraucher.⁴ Eine Bänderkapazität von knapp 200 Millionen Stunden lauerte 1987 zusätzlich darauf, mit Kopien industrieller Software oder mit Aufnah-

men aus den TV-Apparaten gefüttert zu werden. Bildplattenspieler, Videospielekonsolen und persönliche Computer, für die zunehmend auch Programme mit Bewegungsilusionen vermarktet werden, rundeten das Angebot ab. (...)

Der integrierte Medienmarkt der 90er Jahre

Was die Differenzen der Dispositive Kino und Fernsehen lange Zeit mit konstituierte, war das unterschiedliche Trägermaterial, auf das die Images und Töne in beiden Anordnungen jeweils aufgeschrieben wurden und das bis heute in der Regel als Ausgang für die spezifischen Zurschaustellungen dient: der photographische Film im 35 mm-Format einerseits und das elektromagnetische Videoband, bei dem sich die Reelformate in den letzten 30 Jahren vom zwei Zoll breiten bis zum ein viertel Zoll schmalen Band verringert haben. Gegen Ende des Jahrhunderts zeichnet sich ein Prozeß der Auflösung solcher Materialgrenzen ab. Der auf hoher Stufe integrierte internationale Medienmarkt der achtziger und neunziger Jahre mit seinen weltweiten Verteilkanälen verlangt nach dem kompatiblen Produkt, der einheitlichen Norm, wie sie in der Schallplattenbranche und der Toncassette lange Zeit existierte und gegenwärtig mit der Digitalisierung modifiziert wird. Diese kompatible Materialform muß für sämtliche dispositiven Anordnungen gleichermaßen leistungsfähig sein. Ästhetisch-technische Repräsentationsunterschiede der Audiovisionen, hier auf der Leinwand im öffentlichen Raum und da auf dem oszillierenden Bildschirm, dürften nicht mehr existieren bzw. nicht mehr ins Gewicht fallen. (...)

Die Perspektive der entfalteten Audiovision ist zu denken als ein integriertes System. Technologisches Herzstück dieses Systems ist ein tendenziell globales Netz aus Glasfasern mit Satellitenverbindungen, durch das die Datenströme mit unterschiedlichem Informationsgehalt in egalisierter Form fließen. Dies verbirgt sich hinter der internationalen Formel ISDN (Integrated Services Digital Network). Nach dem Eisenbahnnetz im 19. und dem Straßennetz im 20. Jahrhundert erhält die industrialisierte Welt ein neues Nervensystem, implementiert, das dazu in der Lage ist, die wichtigste Ware "Information", schnell und effektiv an jeden beliebigen Ort zu transportieren.

Die zentrale Funktion für die gesellschaftliche Reproduktion, die ehemals die Bahnhöfe und Schiffshäfen als Güterumschlagplätze innehatten, wird künftig von Teleports, übernommen, global verteilte Knotenpunkte der verschiedenen Informationskanäle, in denen die Hard- und Software für die Industrie- und Finanzbetriebe produziert werden, aber auch Kunst, Kultur, Kontemplations- und Zerstreuungsmaterial. Im Orwell-Jahr 1984 wurde in den USA eine Vereinigung ins Leben gerufen, die sich mit der Planung und Installierung solcher Gebilde für die Architektur der Neuen Medien beschäftigt, die die World Teleport Association. Eines ihrer Lieblingsprojekte ist der MediaPark, der in Köln auf dem rund 200 000 qm großen Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Gereon entsteht. In einem städteplanerischen Brennpunkt kommt hier das Prinzip der Vernetzung bisher getrennter Kommunikations- und Dienstleistungsbereiche exemplarisch zum Ausdruck. Die Welt der Arbeit (mit Medienmaschinen) soll strukturell durchdrungen werden durch die Welt der Zerstreuung (mit Medienmaschinen), architektonisch harmonisiert und zusammen eingebettet in einer prächtigen Parklandschaft. Musikproduktionszentrum Digiton, Design-Börse, Publicon, Telemathek, (Fernsehmuseum) - in solchen Codes für die geplanten Einrichtungen drückt sich vortrefflich die anvisierte Symbiose von Ökonomie, Technik und Kultur aus.

Binärer Code und multifunktionaler Bildschirm

Aber auch unabhängig von derartigen Projekten: Mit dem im Binärcode aufgelösten filmischen Material wäre der audiovisuelle Diskurs der Entspannung schließlich verbindbar mit den integrierten digitalen Datennetzen für die Büros, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Universitäten oder den individuellen Datenstationen in den privaten Haushalten. Das Fiktionale wäre verknüpfbar mit dem Faktischen des Arbeitsalltags: "Rambo", "Heimat", "Dallas" oder "Der Himmel über Berlin" aufgelöst in Zahlenreihen aus Nullen und Einsen wie die Bankanweisung, das Entlassungsschreiben, die Finanzkalkulation oder der architektonische Entwurf; der klassische filmische Diskurs als Subdiskurs des Audiovisuellen

wie das Teleshopping, das Telefaxing, das Temexing, das Videoconferencing, das Mailboxing oder das Telemarketing. Dies bedeutete die Verschmelzung von Arbeits- und Restzeit am Artefakt des multifunktionalen Monitors. Die derzeitige Generation von Nutzern privater Rechenmaschinen übt sich be-

schon Fernsehapparat verknüpft. Die Spielkonsolen, ausgerüstet mit Joysticks und anderen Steuereinrichtungen für die Bewegung einzelner Bildelemente, konnten über den Antenneneingang mit dem Fernsehempfänger verbunden werden. Analog zum Videoabspielgerät für Filmisches aller Art stellten die Reaktions-Konsolen aus den Häusern von Atari oder Mattell mit ihren dazugehörigen Softwarecassetten Erweiterungen des traditionellen Fernseherlebnisses dar, mit rohen Interaktionsangeboten an der Schnittstelle Mensch/Maschine. Der Spielzeugcharakter der Artefakte aus Plastik und Elektronik war offensichtlich und fand in den Sujets der Cassetten-vom Bildpunkte fressenden kleinen gelben Monster über zahlreiche Adaptionen von Helden jugendlicher Popkultur bis hin zu Abschlußspielen in allen möglichen Varianten - seinen offensichtlichen Ausdruck.

Mit der zunehmenden Penetration der privaten Haushalte durch Computer mit umfangreicheren Rechnerkapazitäten wurde jedoch das Spielerische immer mehr in die neue Mega-Maschine integriert. Das Keyboard mit der alphanumerischen Tastatur, an das

reits in dieser Synthese, indem sie den Computer nicht nur als Lern- und Arbeitsmittel aktiviert und sich damit unter Anspannung stellt, sondern ihn gleichermaßen als Spielobjekt begreift, ihn für die konzentrierte Entspannung heranzieht. Als mit den Tele-Games oder Videospiele Mitte der siebziger Jahre neue Objekte der Unterhaltungselektronik für den Massenmarkt durchgesetzt wurden, standen die Geräte zunächst an denjenigen Orten, von denen auch das Kinetographische in Form von Edisons Kinetoscopen einst auszog, die Welt zu erobern: In den Penny Arcades, den öffentlichen Spielhallen. Durch Einwerfen einer Münze konnte man hier Computer-Spiel-Zeit mieten. Auf der darauffolgenden Stufe wurden für das Spielen erforderliche Zusatzgeräte funktional mit dem heimi-

nun die offensichtlich libidinös besetzten Joysticks angeschlossen werden konnten, löste die ansonsten nutzlose Spielkonsole ab: an die Stelle der Cassetten traten mehr und mehr Floppy Discs, wie sie auch für Arbeitsprogramme benötigt wurden; der Fernsehapparat als Generierungsfläche für die Images wich dem nicht empfangstüchtigen Monitor. Den Videospiele folgten die Computerspiele, mit immer komplexeren dramaturgischen Strukturen und wachsender Auflösungsgüte der illuminierten Graphiken. Abenteuer, Fantasy, Adaptionen des Hollywood-Kinos und Pornographie, wie die Sinnlichkeitsangebote selbst grob gerastert in graphischen Konturen, schoben sich als neue Wahrnehmungsoberflächen auf die Mattscheiben der Terminals. Und im letzten Drittel der

achtziger Jahre werden von einigen Softwareherstellern bereits Programme angeboten, mit denen sich die kleinen Regenten über Kilo- oder Megabytes grob animierte Bewegtbilder selbst herstellen können, insofern ihre Rechner mit Beschleunigern, sogenannten Blittern, ausgestattet sind. Damit gelangt die Simulation von Visuellem allmählich auf jenes industrielle Niveau, auf dem sich die Musiksimulation schon befindet. Die Komposition von synthetischen Klangwelten aus vorgegebenen Versatzstücken hat den Markt der Heimcomputer bereits erreicht.

Paperback Movie und Watchman

Ein noch wichtigeres Nahziel im Projekt der Besetzung der Millionen Monitore von individuellen Terminals durch vorgefertigte Bewegungsimaginationen verbirgt sich hinter der Bezeichnung Paperback Movie⁵. Die begehrteste aller audiovisuellen Waren für die Ausfüllung von Restzeiten, nämlich der Spielfilm, soll dabei eine Verkaufsform erhalten, wie sie für den Buchmarkt seit langem existiert: ein Träger für das Informationsmaterial, der so billig ist, daß sich das Kopieren für den Konsumenten nicht mehr lohnt. Ziel eines einschlägigen Forschungsprojektes im Medienlabor des Massachusetts Institute of Technology ist es, vermittels Digitalisierung und Datenkompression die ungeheuren physikalischen Informationsmengen eines kompletten 35mm-Spielfilms auf einer Compact Disc unterzubringen, wie wir sie aus dem Musiksektor schon kennen. Die Materialkosten für eine derartige Scheibe in der Massenproduktion betragen nur Pfennige. Das Filmische gelangte damit auf ein Produktniveau, auf dem es in jedem Supermarkt, in jedem Kaufhaus oder am Kiosk als Billigware umschlagbar würde: audiovisuelle Traum- und Alpträumwelten, etikettiert mit digitalem Preiscode wie das Deodorant, die Schnapsflasche oder die Hochglanzillustrierte. Dies ist die ökonomisch-technische Offensive ihrer Produzenten und Distributoren gegen die gegenwärtig noch wichtigsten Formen, in denen der Spielfilm in den Besitz der privaten Haushalte gerät: über das Vermieten in Videotheken und das Aufzeichnen mit Hilfe von Videorecordern. Aber nicht nur die Warenkörper, in die das Filmische künftig verpackbar wird,

werden kleiner, flexibler und damit an beliebige Orte leicht transportierbar. Bei den Empfangs- und Reproduktionsgeräten für elektronische Images selbst hat dieser Prozeß mit der Vermarktung des Watchman Mitte der achtziger Jahre schon einen gewissen Höhepunkt erreicht. Damit erhielt die Formgestalt eines Konsumartikels, was seit den fünfziger Jahren für verschiedene industrielle und militärische Anwendungsformen von Fernsehen entwickelt wurde, nämlich der extrem verkleinerte Bildschirm. Die Ersetzung der herkömmlichen Bildröhren durch Waben mit lichtempfindlichen Flüssigkristallen machte den Monitor oder den TV-Apparat im Taschenrechner- oder Puderdosenformat möglich. Reproduktion von Audiovisionen wie ihr Empfang über eine Antenne sind damit nicht mehr an feste Orte gebunden, das Filmische wird in seiner Nutzbarkeit tendenziell ortslos. Es begleitet das grenzenlose mobile Subjekt auf seinen Wegen durch den Alltag. Ich gehe nicht mehr zum Film. Der Film kommt auch nicht mehr nur zu mir. Er geht mit mir.

Die psychosozialen Einfallstore (Wersig/Schuck Wersig)⁶ für eine derartig singularisierte und ungebundene Rezeption tönender und flimmernder Stimuli stehen weit offen. Die jahrzehntelange Propagierung von Flexibilität, örtlicher und familiärer Unabhängigkeit als Grundvoraussetzungen für einen fortgesetzten optimalen Verkauf von Arbeitskraft, aber auch die Internalisierung von Konkurrenzmechanismen zeitigen ihre Folgen in der Befindlichkeit der Subjekte. Der allorts und allzeit bereite Single ist zum willfährigen Objekt der Innovationszwänge der Unterhaltungsindustrie geworden. (...)

Diskontinuität und Zersplitterung: die Ästhetik moderner Audiovisionen

Dem Reproduktions- und Empfangsgerät für die singularisierte und in hohem Maße dezentralisierte Wahrnehmung entspricht eine Struktur von audiovisuellen Botschaften, die sich von der Kontinuität und Homogenität ebenso verabschiedet hat wie von der traditionellen Triade aus Information, Unterhaltung und Belehrung, die einst das Rundfunk-Fernsehen als Programm konstituierte. Audiovisionen für die zeitlich und örtlich unbegrenzte Mobilität haben sich

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung
Chefredakteur: Peter Glotz

Thema 8/92:

Paradigmawechsel in der Ökonomie?



Wolfgang Lecher
Schlanke Produktion –
dichte Arbeit

Thomas Kreuder
Clean Production

Claus Noé
Für eine Renaissance
der Wirtschaftspolitik

Weitere Beiträge

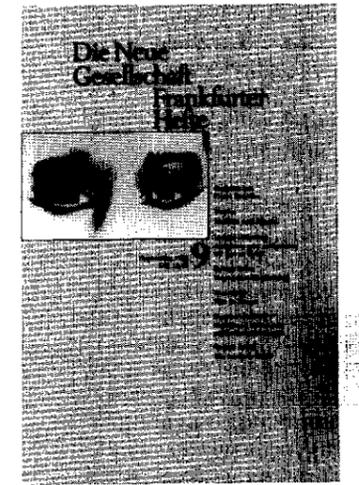
György Konrad
An Europas Horizont kichert
der Wahnsinn

Klaus Harpprecht
Kleine Stilkunde für Bonn
und Saarbrücken

René Weiland
Grenzbesinnungen – Zum 100.
Geburtstag Helmuth Plessners

Thema 9/92:

Medien und Macht



Ludger Lütkehaus
Amüsieren oder analysieren wir
uns zu Tode?

György Dalos
Ungarischer Medienkrieg

Klaus Eder
Film in Europa

Gespräch mit Pierre Bourdieu
Politik und Medienmacht

Weitere Beiträge

Damian van Melis
Katholische Kirche und
Politische Säuberungen

Verena Dohrn
Das russische Israel

Luc Rosenzweig
Frankreich vor dem
Europa-Referendum

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich.
Einzelheftpreis 12,80 DM frei Haus, Jahresabo 90,- DM frei Haus.

Abonnements und ältere Probehefte bei:
Redaktion DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE
Godesberger Allee 139, 5300 Bonn 2

durch Diskontinuität, Zersplitterung und Retardierung auszuzeichnen. Sie verlangen nach materialästhetischen Organisationsstrukturen, die auf den schnellen Augenblick und das kurze Zuhören konzentriert sind. Die Ausdehnung der einzelnen Elemente hat zu berücksichtigen, daß ihre Nutzer sie bruchstückhaft und oftmals sekundär neben anderen Alltagsaktivitäten wahrnehmen. Verlässlich muß nur das täglich wiederkehrende Zeitraster sein, das neben der besonderen akustischen und visuellen Atmosphäre die sogenannte Channel Identity der jeweiligen Anbieter von Audiovisionen konstituiert. Was im Bereich der auditiven Wahrnehmungsorganisation des Radios unter der Bezeichnung Service-Welle im vergangenen Jahrzehnt Karriere gemacht hat, könnte hier u. a. als Vorlage dienen: die Diktatur des Drei-Minuten-Taktes, die alle Vorkommnisse auf dieser Welt in die zeitliche Ausdehnung einer Single-Schallplatte zwingt. Für das Medium des Hör- und Sichtbaren hieße dies, einen rhythmischen Teppich aus kleinsten audiovisuellen Partikeln zu weben, deren Wahrnehmungsfläche gerade genug bietet für eine akustisch-optische Stimulanz, für den aktuellen Wetterbericht, die neuesten Börsennotierungen, für eine kurze Katastrophenskizze oder einige schnelle Images aus den Höhen und Niederungen des institutionalisierten politischen Alltags und natürlich - in diesem Falle paßt das Attribut "natürlich", denn eine solche Bezeichnungspraxis entspräche einer Ontologie der Reklame — Werbung. (...)

Zeitpuffer Fernsehen

Die auf die kommerzielle Ausbeutung von Restzeiten jenseits der Arbeit und

unmittelbaren Reproduktion der Arbeitskraft ausgerichtete Industrie beobachtet mit größerer Sensibilität und vor allem schneller als die wissenschaftliche oder journalistische Kulturkritik, wie sich die Organisationsschemata des Alltags bei ihren (potentiellen) Kunden ver-

ändern. Das Beispiel des Musikkanals MTV, bei dem Kommunikations- und Finanzkapital eine so hervorragende Liaison eingingen, ist nur ein besonders fortgeschrittenes, das zudem ganz auf die Ziel-respektive Käufergruppe pop-interessierter Jugendlicher ausgerichtet ist. Deren Zeitbudget für Televisionen besteht in der Regel nicht aus größeren homogenen Blöcken, sondern sie bedienen sich des von der Industrie zur Verfügung gestellten Materials in häufigeren kleineren Portionen zwischen Elternhaus und Schule, Ausbildung und Beruf, Musikhören und Computerspielen, Diskothek, Sport und vielen anderen Outdoor-Aktivitäten.

Als programmatische Reaktion auf verändertes subjektives Zeitbewußtsein läßt sich aber auch im Ansatz die Bezeichnungspraxis der übrigen Anbieter kommerzieller Audiovisionen in den terrestrischen und kabelgebundenen Netzen der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Nationen interpretieren. Bei der Aneinanderreihung von langlaufenden Serien, kurzen Magazinen, Spielsendungen, Börsenkursen, Nachrichten und Wettervorhersagen geht es - vordergründig - um die Realisierung eines möglichst billigen Ausstoßes. Es geht jedoch auch um das Ausprobieren von Veransta-

lungsstrukturen, die zu den traditionellen der öffentlich-rechtlichen Anstalten querliegen. Vor allem von Zeitstrukturen; denn Fernsehen ist nichts anderes als Dienstleistung oder Ware gewordene Zeitobjektivation. Den im Wochenverlauf immer wieder wechselnden, gehaltlich und in der zeitlichen Ausdehnung heterogenen Sendegefäßen bei ARD und ZDF, BBC, ORF oder SRG stehen bei den Privaten (SAT 1 oder RTL Plus, Tele 5, Super Channel oder, noch extremer, Sky Channel) relativ gleichbleibende Blöcke von 30- bis 60-Minuten-Elementen gegenüber mit immer wieder ähnlichen und sich fort-schreibenden thematischen wie dramaturgischen Besetzungen. Dies ist objektiv eine planerische Verarbeitung von Erkenntnissen, wie sie die "Freizeit"-forschung seit Beginn der achtziger Jahre verstärkt gewonnen hat. Fernsehen ist danach - mit Ausnahme von Programmhöhepunkten in der sogenannten Prime Time - nicht mehr primär eine Tätigkeit, während der dem Bildschirm über einen längeren Zeitraum konzentrierte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Beschäftigung mit dem technischen Kom-

munikator im Wohnzimmer hat für viele eher die Funktion eines "Zeitpuffers", den man, immer wieder unterbrochen durch oder auch parallel mit anderen Reproduktionstätigkeiten, benutzt. Ein derartiges Verhalten gegenüber dem audiovisuellen Angebot basiert auf der grundlegenden Erfahrung von "Zeitnot", in der ein Großteil der in rigide Zeitprozesse Eingespannten nach wie vor leben. Trotz sich allmählich verringernder unmittelbarer Arbeitszeiten hat sich dieses Phänomen objektiv und subjektiv verstärkt, bedingt durch die steti-ge Intensivierung von Arbeitsprozessen und dadurch, daß die Erledigung von alltäglichen reproduktiven Tätigkeiten zeitaufwendiger geworden ist, verbunden mit gestiegenen Ansprüchen an die Reproduktion: Verkehrswege vom und zum Arbeitsplatz, Einkaufen, Kochen, aktive Kinderbetreuung wie -erziehung, Körperertüchtigung und vieles andere mehr. Was sich insbesondere bei denjenigen auswirkt, denen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Organisation ihrer Reproduktionsarbeiten erheblich erschweren: Familien mit mehreren Kindern, alleinerziehende Väter oder Mütter, Erwerbstätige mit über-durchschnittlich hohen und vor allem wechselnden Arbeitszeiten. Die zeitliche Flexibilisierung des Dienstleistungs- und Produktionssektors - gegenwärtig für die neunziger Jahre vehement marktwirtschaftlich gefordert - wird die Einfallstore für die neuen Medien der privaten Mobilität noch immens vergrößern.

Audiovisuelle Zeitmaschine Videorecorder

Tempo der Zeit, Zeitdruck, Zeitnot ... reproduzierte Bewegungszusammenhänge als Reflexion von Befindlichkeiten, aber auch als Kompensation von Defiziten, wie sie die Beschleunigung des Alltags hervorgebracht hat: An diesem prinzipiellen Funktionszusammenhang hat die Geschichte seit der Herausbildung des Kino-Dispositivs festgehalten. Neu unter den Bedingungen der fortgeschrittenen Audiovision ist nicht nur, daß die assoziierten Mitglieder der auf Informationsprozessen mitbegründeten Gesellschaft neben dem Kino und dem Fernsehen eine Vielzahl von Möglichkeiten angeboten bekommen, sich mit industriell gestalteten Zeitprodukten in der intimen Privatsphäre beliebig zu ver-gnügen, zu beruhigen, zu betäuben, in

Spannung zu versetzen. Eine neue Qualität bedeutet es vor allem auch, daß Technik und Industrie dem Massenmarkt Geräte(anordnungen) zugeführt haben, mit denen von der Subjektseite her manipulativ in die von zentraler Seite fixierten Zeitstrukturen und -prozesse eingegriffen werden kann.

Der Videorecorder ist essentiell eine solche audiovisuelle Zeitmaschine. In dieser Gebrauchswertorientierung ist wesentlich seine Durchsetzung als weit verbreitete Kulturtechnik seit Mitte der siebziger Jahre begründet. Er ist in dieser Hinsicht ein zentrales Artefakt für den filmischen Diskurs auf dem besonderen Niveau der fortgeschrittenen Audiovisionen geworden. Sämtliche analytisch trennbaren Dimensionen des Gebrauchswertes der Videotechnik und seiner Realisierung durch ihre Benutzer haben ihre herausragende Bedeutung im Zeitbezug:

In Verbindung mit einer Kamera ermöglicht der Videorecorder Stücke von Lebenszeit, Ereignisse und Vorgänge, die von den einzelnen für aufhebenswert befunden werden, zu konservieren und sie bei Bedarf in technisch verfremdeter und unter Umständen bearbeiteter Form wieder abzurufen, sie neu zu schauen und zu bewerten. Im Unterschied zur seit den zwanziger Jahren für Amateure zur Verfügung gestellten Schmalfilm-technik¹⁰, mit der aus technisch-wirtschaftlichen Gründen immer nur knappe Versatzstücke auf photographischem Film aufschreibbar waren, können auf Magnetband auch längere Vorgänge ununterbrochen gespeichert werden. Die Materialkosten sind niedrig, Kosten für die chemische Entwicklung entfallen völlig. Darin steckt ebenfalls eine neue Qualität: Die von Kodak begründete Zwischenschaltung eines industriellen Prozesses zwischen der Aufnahme und die Reproduktion, die Filmentwicklung ("You press the button, we do the rest"), ist im Video aufgehoben. Der Videograph verfügt selbst über alle Stufen der Re-Visualisierung.

Die rasch und häufig geäußerte Kulturkritik, diese Technik werde lediglich für das Einfrieren von Urlaubsszenen, Familienfeierlichkeiten und anderes sehr Private bis hin zu erotischen Stimulanzen ausgenutzt, ist billig und will sich nicht um die Qualität dieses mit Medientechnik verbundenen kulturellen Prozesses kümmern. (Niemand hat sich bisher die Mühe gemacht zu erforschen, was und wie tatsächlich von den Amateuren

gespeichert wird.) Die gezielte Zurschaustellung von Zeitprozessen, gerade auch mit alltäglich banaler Besetzung, gehörte zum Beispiel in den frühen sechziger Jahren grundlegend zu den Aktivitäten der Happening- und Fluxus-Bewegung um Nam June Paik, Wolf Vostell, Charlotte Moorman, Joseph Beuys oder Bazon Brock, "das Empfinden der Ereignisse, Gesten (events) als eines Stücks durchlebter Zeit"¹¹. Die Konservierung von eigener "durchlebter Zeit", "biografische Lebenszeit zu manifestieren und auch zu dokumentieren"¹², leitete als auf die Spitze getriebene Grundidee die künstlerischen Objektivationen etwa On Kawaras, Stanley Brounns, Hanne Darbovens oder Roman Opalkas zu Beginn der siebziger Jahre. Bei Persönlichkeiten, deren Leben durch Öffentlichkeit okkupiert ist (und umgekehrt: die mit ihrem Leben Öffentlichkeit besetzen), gilt es als selbstverständlich und erstrebenswert, soviel wie irgend möglich von ihrer objektivierten Zeit zu speichern, wobei die - kaum mehr als solche herausdestillierbaren - privaten Momente besonders stark auf die Medienbegierde treffen. Die langlaufende Serie des ZDF "Zeugen des Jahrhunderts" zum Beispiel hat keinen anderen Zweck als denjenigen, seh- und hörbare Lebenszeugnisse zu erstellen und zu sammeln. Die fertiggestellten Kommunikate gelten schon heute als bedeutendes audiovisuelles Archiv des 20. Jahrhunderts. Mit dem "Kinematograph des Amateurs" wie Godard die verkleinerte und verbilligte Videotechnik bezeichnete, ist ein Privileg, das bisher den besitzenden und für bedeutend gehaltenen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten vorbehalten war, nach unten hin aufgehoben worden - in der kulturellen Bedeutung vergleichbar mit der massenhaften Verbreitung der Photographie im 19. Jahrhundert, welche die Portraitmalerei zu guten Stücken ablöste und es auch den weniger reichen und mächtigen Bürgern ermöglichte, sich abbilden zu lassen.

Zeitliche Selbstbestimmung und Flexibilität

Ursprünglich gereichte die Videotechnik dem US-amerikanischen Network-Fernsehen dazu, die real verschiedenen Zeit-zonen des Halbkontinents im Medialen des Fernsehprogramms zu synchronisieren. Der Videorecorder wurde in den



"Kino-Auge". Poster des Konstruktivistischen Alexander Rodchenko (1924)

fünfziger Jahren wesentlich entwickelt zur Herstellung von gleichzeitigen Fernseherlebnissen, zur Normierung von Fernsehzeit als sozialer Zeit.¹³ Zwei Jahrzehnte später, in die Hände der Zuschauer vor den TV-Apparaten gelangt, diente das Artefakt dem Gegenteil: der zeitlichen Destrukturierung der vom Veranstalter festgelegten, also für die Subjekte der Rezeption fremdbestimmten Programmraster; er diente der Herstellung nicht von gemeinsamen, sondern singularisierten audiovisuellen Erfahrungen, der Herstellung von anarchischen Fern-Sehverhältnissen im zeitbezogenen Sinne. In der Wechselwirkung von technisch-industriellen und sozio-kulturellen Faktoren war dies ein markanter Herausbildungsprozeß einer Innovation für den Massenmarkt: Sämtliche Versuche seit den sechziger Jahren, reine Abspelgeräte für filmische Waren durchzusetzen, scheiterten grandios und waren für die beteiligten Firmen Fehlinvestitionen großen Ausmaßes. Erst als das Artefakt in die Formgestalt des Fernsehrecorders gegossen wurde, mit relativ einfacher Bedienung und cassettierten Magnetbändern mit einer Aufzeichnungskapazität für mindestens einen Spielfilm, konnte es die Begierde vieler potentieller Käufer erwecken. Es traf zusammen mit Bedürfnissen nach mehr zeitlicher Flexibilität und Selbstbestimmung derjenigen, die mehr und mehr in die rigiden Zeitprozesse des Alltags eingebunden waren. Ein industrielles Angebot versprach ihnen, Defiziterfahrungen des Arbeits- und Reproduktionsprozesses kompensieren zu können, und ermöglichte ihnen dies auch, obgleich beschränkt auf Aspekte der Restzeitgestaltung.

Es ist nicht mehr Fernsehen im Sinne einer zentralen Organisation von Zirkularwirkungen, was da stattfindet. Die zwischen den Send- und Rezeptionsvorgang geschaltete Zeitmaschine führt zu eingreifenden Umstrukturierungen mit enormer Bedeutung für die Qualität der Erfahrung des Subjekts: Die Unmittelbarkeit der Ansprache durch das Rundfunkmedium, erzeugt sowohl durch Live-Sendungen als auch durch die ständigen verbalen und gestischen Einladungen von Ansager(innen) und Moderatoren zum Dabeisein, wird paralytisiert und ad absurdum geführt durch die zeitliche Versetzung der Sendesegmente. Konserviert, zum Beispiel am nächsten Mittag abgerufen, karikiert sich das "Guten Abend, meine Damen

und Herren! Wir freuen uns, daß Sie wieder bei uns sind!" selbst oder läuft zumindest ins Leere. Der kontinuierliche Fluß von Images und Tönen, der das "Broadcasting" des traditionellen Fernsehens auszeichnet, wird durch die Zeitmaschine unterbrochen und partiell eingefroren. Dem Kontinuum der Veranstaltung steht die Diskontinuität in der Betrachtung gegenüber. Die zentrale Organisation eines durch Technik vermittelten aristotelischen Publikums wird aufgebrochen in der Dezentriertheit vieler Sehvorgänge zu unterschiedlichen Zeitpunkten an verschiedenen Orten. Für die Rezeption via Videorecorder zählt nicht das Serielle des Supertextes Fernsehen, sondern das singuläre, das herausisolierte Ereignis.

Durch seine Extrapolierung wird ihm darüber hinaus eine besondere Wichtigkeit zugewiesen. Der Aufmerksamkeitsgrad gegenüber dem audiovisuellen Objekt erhöht sich, weil es nun nicht mehr Sequenz eines - unter Umständen nur sekundär wahrgenommenen - angelieferten Kontinuums ist, sondern gezielt für die eigene Anschauung bewahrter Gegenstand medialer Begierde. In diesem Vorgang enthalten ist die gehaltliche Umgruppierung des von den Fernsehmachern angelieferten Materials. Die Nutzer der Zeitmaschine setzen ihre eigenen Prioritäten, die vornehmlich bei den narrativen Fiktionen des Programms liegen. Spielfilme und Serienepisoden werden mit Vorliebe aufgezeichnet und reproduziert. Die komplexe, aus heterogenen Elementen zusammengesetzte Struktur des Sendeflusses interessiert die Aktivisten am Videorecorder nicht. Aus der themen- und formbezogenen Heterogenität des Angebots wird in seiner partiellen Nutzung eine eher homogene Ansammlung in hohem Maße ähnlicher Versatzstücke.¹⁴

Die Literarisierung der Audiovision

Vermittels des Videorecorders werden die in elektrische Impulse umgewandelten Bildsignale auf ein Magnetband "aufgeschrieben", wie es im Fachjargon heißt. Die Magnetköpfe, durch deren Schlitze der Strom der Impulse gezwängt wird, heißen "Schreibköpfe". Die Ingenieure bezeichnen mit dieser etymologischen Analogie unbewußt ein bedeutendes kulturelles Faktum; denn mit den privat zugänglichen Speicher-

techniken wird die Materialität von Audiovision quasi literarisiert. Was Günther Anders in "Die Welt als Phantom und Matrize", seinen "philosophischen Betrachtungen über Rundfunk und Fernsehen"¹⁵, Mitte der fünfziger Jahre noch sehr "fraglich" erschien, ist kulturtechnische Wirklichkeit geworden. Das durch die in den Wohnzimmern installierten "Kulturwasserhähne" Fließende ist über die Videocassette auch für die "Schmids und Müllers" verfügbar geworden. Audiovisuelle Konstrukte verbleiben nicht mehr länger nur in der Verfügungsgewalt von Produzenten, Verleihern und den Distributoren in den elektronischen Verteilkanälen. Der Tauschvorgang ist qualitativ ein anderer geworden. Die nach den Waren Begierigen mieten nicht mehr ausschließlich Filmzeit. Filmisches wurde besitzbar und damit der Möglichkeit nach auch der beliebigen Benutzbarkeit seiner neuen Eigentümer anheimgestellt. Zum ersten Mal in der Geschichte der synthetischen Bewegungsillusionen kann das zu imaginisierende Subjekt damit umfassend in deren Syntax eingreifen. Ihr Ablauf kann beschleunigt oder verlangsamt werden bis zum Einfrieren der einzelnen Images, ihrem Einzelabruf oder ihrer farblichen Veränderung; stroboskopische Effekte können aberufen, Sequenzen oder Einstellungen übersprungen oder beliebig wiederholt, die Reihenfolge der Bausteine eines Textes kann verändert, ein zweistündiges Epos zum Beispiel zum wenige Minuten langen Fragment von Höhepunkten komprimiert werden. Gegenstand der Veränderung wird sowohl die Zeit des Ausdrucks als auch die Zeit des Inhalts, wie Umberto Eco die beiden Komponenten von Kunst-Zeit semiologisch definiert.¹⁶ Die im Medienmaterial vergegenständlichte Zeit wird durch ihre Manipulierbarkeit als verbrauchte Zeit erfahrbar bis zur Konfrontation mit ihrer physischen Abnutzung im verschlissenen Magnetband.

Was lange als das Privileg der gestellten Schrift gegenüber den gestellten Bildern galt, ist an diese weitergereicht worden. Mit dem Magnetband oder - noch flexibler und rascher - mit der Bildplatte ist das Blättern im filmischen Text ebenso möglich wie das Unterstreichen oder Markieren von Textstellen für die beschleunigte oder selektive Zweit- oder Drittlektüre. In Bezug auf den Umgang mit audiovisuellem Material mußten damit die Belehrenden einmal mehr ein

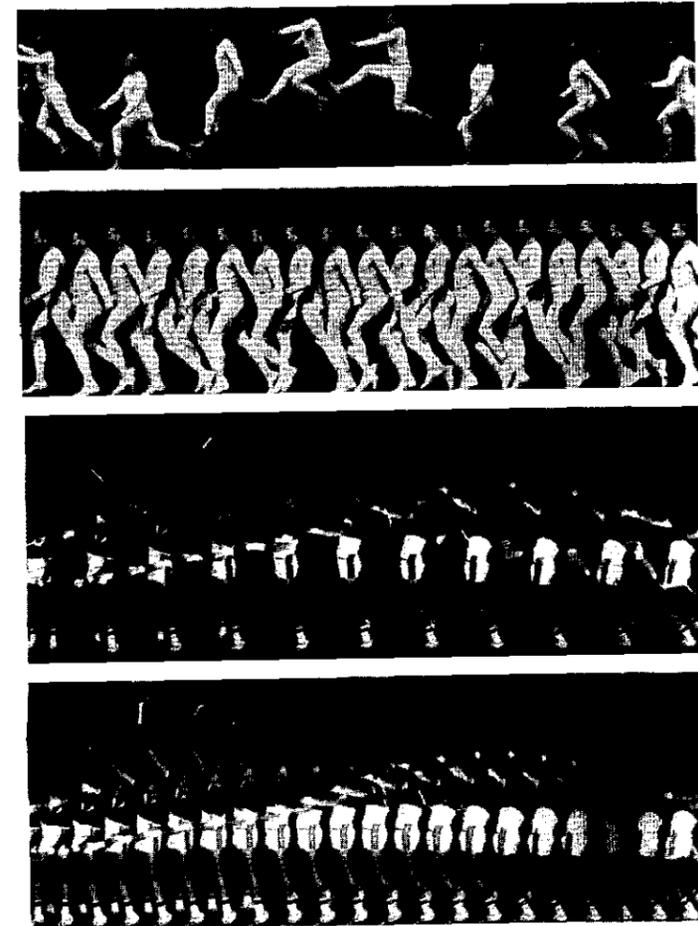
Privileg an die gemeinhin Belehrteten abgeben: das der Möglichkeit nach analytische und sezessierende Sehen mit Hilfe der Speichertechniken. Die harsche Kritik mit kulturpessimistischen Akzenten, die von den Belehrenden insbesondere in der ersten Phase der Herausbildung der Zeitmaschine für jedermann laut wurde, hatte u. a. in diesem Verlust eine Ursache. Bedeutsam ist der Literarisierungsprozeß von Audiovisuellem aber auch für die Konstrukteure und Lieferanten alltäglicher Audiovisionen. Ihr wichtigstes Argument dafür, daß ihre Botschaften deshalb so gleichmäßig und oberflächlich zu gestalten seien, weil sie nur flüchtig wahrgenommen werden, sie nicht dauerhaft präsent gemacht werden können, verliert immer mehr an Gültigkeit. Das Unvermögen, Filmisches zu gestalten, das auch der wiederholten Anschauung und der Überprüfung standhält im intellektuellen wie im ästhetischen Sinne, ist nicht mehr länger auf die starre Form des Materials abschreibbar. Der komplexeren und auch komplizierteren Geräusche-/Musik- und Image-Konstruktion sind damit neue Chancen gegeben. Sie müssen nicht notwendig auf die Produktionen der Avantgarde beschränkt bleiben, die seit jeher nicht von einer einmaligen, sondern von einer vielmaligen Nutzung ihrer Objektivationen ausgeht. Die Produzenten von unterhaltender, informierender und belehrender Massenkultur können in dieser Hinsicht viel von denjenigen lernen, die Audiovisionen für die Aus- und Weiterbildung zur Verfügung stellen. Hier ist der Filmtext mit gezielt eingebauten Eingriffsmöglichkeiten für den Nutzer in den achtziger Jahren längst geübt und ausgeteilte Praxis geworden. (...)

Verswindet die Realität?

Im Umfeld der disparaten Formen von "Computation" wie die Symbiose von kommunikativen Techniken und schnellen Rechnern von Apologeten gern bezeichnet wird, fixieren Kulturkritiker und andere professionelle Interpreten von Zeichensystemen eine prinzipielle Wende in der Geschichte. Die diversen Diskurse des Verschwindens aller möglichen Wirklichkeiten und Realitätsausschnitte, die in den achtziger Jahren geschrieben und gedruckt wurden¹⁷, nahmen hier ihren gemeinsamen Ausgangspunkt. Ein Totalverlust von sinnlicher

Erfahrung wird angeprangert, das völlige Incinsgehen von Sein und Schein, von Faktizität und Fiktionalität, von Wahrhaftigem und Illusion. Mit seit langem nicht mehr gekannter Sprachgewalt und überschäumender Metaphorik - ganz so, als müßte sich die kreativ organisierte Buchstabenreihe ein letztes Mal gegen die Hegemonie der Zahlenreihe aus Nullen und Einsen wie des visuellen behaupten - wird der sukzessive Verlust von Sprache und anderen Zeichensystemen als Signifikantenmaterial beklagt. Bedeutung verliere sich in Gänze als Beziehungsqualität zwischen Zeichen. In katatopischen Visionen verschwindet das Subjekt mit seiner Handlungsfähigkeit und Souveränität im Objektbezug in einer nur noch von "Simulakren" (Baudrillard) beherrschten Welt. Die Zirkulation der Zeichen habe die Zirkulation der Waren komplett ersetzt und sei zur herrschenden Form des gesellschaftlichen Tauschs geworden. Welt habe zum Medium permutiert oder sei auf dem besten Weg dahin, ein solches zu werden. Oder in denjenigen Fäl-

len, in denen das Militärische als die dominierende Superstruktur gesetzt wird, werde elektronische Zerstreung lediglich zur Beschäftigungstherapie vor dem großen Knall, zur Verplanung von menschlicher Restzeit vor dem informationstechnologisch begründeten Overkill. Zweifellos ist die Bruchstelle, an der Simulation der Möglichkeit nach all jenes substituierbar macht, was sich algorithmisch repräsentieren läßt, eine unerhörte kulturelle Provokation (und selbstverständlich auch eine soziale; denn mehr noch als die Unterhaltung und Belehrung wird unter ihren Bedingungen der gesamte Bereich der Arbeit umstrukturiert). Sich mit ihr auseinanderzusetzen, muß aber nicht zwangsläufig in der Entwicklung von Strategien der Gegenaufklärung münden, womit letztendlich nur die Angst vertieft werden, die viele in der Konfrontation mit dem undurchschauten Maschinellen und dessen Organisationsprinzipien haben. Das vernünftige Prinzip auch in seiner (historischen) Beschränktheit zu denken



Der Möglichkeit nach analytisches Sehen vermittels Medienmaschinen: Zwischen den Bildern liegen 100 Jahre; Mareys Verräumlichung von Zeit im Still-Photo (nach Talbot 1912), konventionelle und <Doppel-Superfein> zeitlupe vermittels eines modernen Heim-Videorecorders von Panasonic.

und dabei die Gefahr einzubeziehen, daß menschliche Vernunft durch Menschen in katastrophale Perspektiven gedrängt werden kann, muß nicht notwendig darin münden, jene gänzlich intellektuell über Bord zu werfen. So sehr auch die vertrauten Grenzen zwischen sinnlicher und medialer Erfahrung durch technische Systeme und die Modi, wie Menschen in sie eingebunden werden bzw. sich in sie einbinden lassen, verschoben oder gar fließend werden: Der soziale Raum, in dem (auch mediale) Interaktion stattfindet, ist dadurch nicht aufgehoben, auch wenn man ihn als in hohem Grade subjektabhängige Wirklichkeitskonstruktion begreifen mag. Das Mediale erhält auf dem Niveau der fortgeschrittenen Audiovision einen ungeheuren Bedeutungsschub, dessen Kraft noch längst nicht erschöpft ist. Aber es ist seinerseits real gebrochen, gebunden an Geräte und Programme, die herzustellen und auf Märkten zu veräußern sind, verbunden mit Warenkörpern und Körperwaren, die es anzupreisen und deren Zirkulation es zu unterstützen gilt, in der Benutzung verknüpft mit manifesten Strukturen der Makroarchitektur der Städte, Dörfer und Siedlungen wie der Innen- und Mikroarchitektur des Wohnens, in interdependenten Beziehungen sich entfaltend mit Arbeits- und Reproduktionsaktivitäten, mit Moden des Sichkleidens, des Essens, des Sichbewegens und der Selbstinszenierung an den sozialen Orten innerhalb und außerhalb der eigenen vier Wände. So sehr diese Diskurse und Teilpraxen ihrerseits auch zeichenhaft aufgeladen sein mögen.

Das Gesellschaftliche und das Private in Wechselwirkungen zu denken heißt immer auch, den Widerspruch als essentielle Kategorie der Bewegung einzubeziehen. Im Umgang mit hochentwickelter Informations- und Unterhaltungstechnologie befinden wir uns erst am Anfang, was ihre Benutzung außerhalb des Expertentums anbetrifft. Es ist viel zu früh, um definitive Standpunkte fixieren zu können, zumal schon oberflächlich eine Vielzahl von Dissonanzen erkennbar wird, die deutlich machen, daß auch der Hegemonie der neuen dispositiven Anordnung Grenzen gesetzt sind, vielleicht sogar in stärkerem Maße, als dies in der bisherigen Geschichte der audiovisuellen Medien erfahrbar war. Genauso wie eine "Dromologie", eine Lehre von der Geschwindigkeit, wie sie Paul Virilio unter anderem in seiner fas-

zinierenden Phänomenologie des Militärischen und des Kinos zu entwickeln versuchte, auch den Flugzeugabsturz systematisch zu berücksichtigen hätte, der Ende der Achtziger zum Regelfall des hyperschnellen Reisens geworden ist, sind die Brüche und Widersprüche essentiell, welche die Superstruktur Kulturindustrie in ihrer Entwicklung aufweist. In dieser Ansicht steckt auch Hoffnung.

Renaissance der Outdoor-Kultur

Inwieweit in den nachmodernen kapitalistischen Ländern das Mediale weiter an Boden gewinnt und wie weitgehend es die Köpfe und Herzen der Menschen zu besetzen in der Lage ist, hängt wesentlich davon ab, in welche Richtungen die übrigen gesellschaftlichen Praxen verändert werden, mit denen sich der audiovisuelle Diskurs überschneidet. Die beobachteten Phänomene der Medienentwicklung sind fast ausschließlich Erscheinungen der ökonomisch-industriell am meisten fortgeschrittenen Gesellschaften. Sie werden nicht unbeeinflusst bleiben durch die Aufbrüche zur ethnischen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung, wie sie gerade in den letzten der achtziger Jahre unter der Hegemonie der großen Blöcke in verschiedenen Ländern der Erde sich manifesten Ausdruck verschafften. Aber auch wenn wir gedanklich zu Hause bleiben: Mit Richard Sennett ist zum Beispiel die Erwartung zu teilen, daß der "Tyrannei der Intimität", dem idealen psychosozialen Nährboden für die erweiterte Imaginierung der Subjekte in den elektronischen Wehrdörfern des singularisierten Wohnens, der Dünger entzogen werde durch die Neubelebung der Städte, die Wiedereroberung und -aktivierung des urbanen Lebensraums als "Brennpunkt eines aktiven gesellschaftlichen Lebens, Austragungsort von Interessenkonflikten und -ausgleich und Schauplatz der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und Möglichkeiten"¹⁸. Alexander Kluge knüpft daran unmittelbar an, wenn er fordernd drängt: "Die wirksamste Aushilfe gegen einen Überhang an Telekratie sind illuminierte Städte am Abend: klassische Öffentlichkeit, darin unmittelbares Leben unter Anwesenden."¹⁹ In dem Maße, in dem an der Re-, aber auch der Neu-Institutionalisierung von Öffentlichkeiten gear-

beitet würde, erhielten Ausbruchversuche aus der Abgeschottetheit ausschließlich intimer Identifikationsbezüge Ziele. Dieser Prozeß scheint bereits in Gang gekommen zu sein. Der Verlust an klassischer kommerzieller Outdoor-Kultur großen Stils wird in den urbanen Zentren konterkariert durch eine wachsende Vielfalt von Veranstaltungsaktivitäten von unten: Zimmertheater, mobile oder stationäre Kleinkunsthäuser, auf denen das Varieté mit seinen heterogenen Unterhaltungsangeboten reaktiviert wird, Live-Musik in Cafés, Kneipen oder alten Werkstätten und Fabrikhallen, Kabarett, Puppentheater für Kinder, Flohmärkte, Tauschbörsen, Straßenfeste, die Wiederentdeckung der öffentlichen Parks als Orte der Kommunikation und der Inszenierung (angestoßen nicht zuletzt von den Migranten aus den Ländern mit ausgeprägter Kultur der öffentlichen Plätze). In diese Bewegung haben sich längst auch die professionellen Warenhändler in konzentrierter Aktion mit den kommunalen Planern des Spätkapitalismus eingeklinkt. Innenstädte werden zu gigantischen parzellierten Warenlandschaften ausgebaut, in denen das traditionelle fest strukturierte Kaufhaus aufgehoben wird. Lichte Arkaden überall, Passagen und kommerzielle Ereignisräume, in denen weniger gutsituierte Müßiggänger flanieren als die plebejischen Bewohner der Vorstädte und innerstädtischen Wohnsiedlungen, vermischt mit nationalen wie internationalen Kauftouristen. Und selbst die traditionellen Rundfunkmedien beteiligen sich notgedrungen an diesem Prozeß. Sie benötigen die lebendige kulturelle Veranstaltung als Programmattraktion und sind verstärkt dazu übergegangen, sie initiativ für die Aufzeichnung oder Direktübertragung zu organisieren.

Die Entwicklung der Medientechnik mag ihrerseits schon dazu beigetragen haben, daß sich die Voraussetzungen für eine erneute Entfaltung außerhäuslicher Kulturaktivitäten verbesserten. Die Speichergeräte für das Aufnehmen und Abspielen von Audiovisionen, unabhängig von den organisierten Zeitsternen der Veranstalter, erleichtern denjenigen, die ohnehin eine Affinität zum Amusement und erweiterter kultureller Erfahrung außerhalb der eigenen vier Wände haben, die Entscheidung gegen die Teilnahme am fremdbestimmten Programm. Ihre Durchsetzung als Wa-

ren des Massenmarktes korrespondierte Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre mit der Umorientierung zu mehr ereignis- und erlebnisbezogener Restzeitgestaltung. Die Chancen dafür, daß die Renaissance der Outdoor-Kultur keine rasch vorübergehende Erscheinung, sondern gar weiterentwickelbar ist, stehen um so besser, je mehr die klassische Familie als Bollwerk gegen öffentliche Erfahrung an Bedeutung verliert und Gruppenzusammenhänge pluralisierter Lebensbeziehungen sich weiter entfalten.

Neue Formen individualisierter Gesellschaftlichkeit

"Mobile Privatisierung" nannte Raymond Williams zu Beginn der achtziger Jahre den Bedingungs Zusammenhang zur allmählichen Herausbildung einer neuen Identität für die Subjekte. "Die Identität, die uns angeboten wird, ist eine neue Art von Freiheit in dem Bereich unseres Lebens, den wir innerhalb der gesellschaftlichen Determinationen und Zwänge abgesteckt haben. Sie ist privat. Sie schließt ziemlich viel Konsum ein. Vieles davon ist auf das Heim, den Wohnort ausgerichtet. Vieles davon nimmt eine Menge der produktivsten, vorstellungsreichsten Impulse und Aktivitäten der Menschen in Anspruch - überdies auf ganz vernünftige Weise, verglichen mit den konkurrierenden Forderungen orthodoxer Politik."²⁰ In lediglich affirmativer Entfaltung führt diese Identität zu jener Singularisierung, wie wir sie als Einfaltstore für das kulturindustrielle Dispositiv beschrieben haben. Aber die mobile Privatisierung, ist ambivalent. Sie ist auch verbindbar mit alternativen Lebensentwürfen und im Gruppenzusammenhang verallgemeinerbar.

Konstituiert werden die neuen Formen individualisierter Sozialität freilich immer weniger durch die traditionellen gesellschaftlichen Organisationsformen wie Parteien oder Gewerkschaften als vielmehr durch spezialisiertere und stärker in den Subjektzusammenhang geholt Interessensbezüge mit schillernder Heterogenität: vom subversiven oder apologetischen Zielen verpflichteten Computerclub, Filmclub, Nachbarschafts- oder Kulturverein über Frauengruppen, Geschichtswerkstätten und Umweltinitiativen, die Arbeitsgemeinschaft kritische Polizei, oder das Berli-

ner Agitprop-"Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" bis hin zu den Selbstorganisationsformen der an den Rand gedrängten Minderheiten wie Ausländer-, Behinderter-, Schwulen- oder Seniorengruppen. In derartigen Erfahrungszusammenhängen von Sozialität rekonstituiert sich Öffentlichkeit nicht im Sinne großer, unüberschaubarer disperser Strukturen, sondern dezentralisierter und auch intimer. Für solche Gruppen bieten die neuen Kommunikationstechniken, mit deren Hilfe sie ihre Botschaften nach innen und außen selbst produzieren können, Möglichkeiten, die bereits intensiv genutzt werden, nicht nur in Form von Videofilmen und Gedrucktem (selbst die Nicht-Seßhaften, die Berber, der Bundesrepublik haben mittlerweile ihre eigene Zeitschrift), sondern bereits in Ausnutzung elektronischer Datenverarbeitung im Netzverbund. So installierten beispielsweise Studierende der Freien Universität Berlin während ihres Lehrboykotts im Winter 1988/89 "Strike Net" ein Computer-Mailbox-System, über das sie schnell und authentisch ihre Nachrichten verbreiten konnten: Vernetzung im Medialen, um die notwendige Vernetzung im Realen zu unterstützen und zu flankieren. Im weit verbreiteten Bildschirmtextsystem Frankreichs ist das auch subversive - Spiel mit der "Volks-EDV" längst zu einer elektronischen Variante des Alltagsports geworden. "Die Einheit von Öffentlichkeit und Intimität wäre eine starke Organisationsform."²¹

Es ist gegen Ende der achtziger Jahre spannend zu beobachten, wie sich an den Universitäten eine neue Generation von künftigen Informatikern, Kommunikationstechnikern oder Elektroingenieuren die neuen Technologien anzueignen versucht. Das Stadium der reinen Faszination von den Apparaten hat die Avantgarde unter ihnen längst überwunden. Sie wollen die Maschinenorientierung verbinden mit stärkerer Kulturorientierung und sind gerade auch für den Reichtum der (Medien-)Geschichte leicht sensibilisierbar. Das am meisten zu beklagende Defizit besteht darin, daß es kaum akademische Lehrer und Lehrerinnen gibt, die entsprechendes Wissen zwischen den Diskursen anzubieten haben. Gleichwohl haben viele der Studierenden damit begonnen, an ihren künftigen Ausdrucksmöglichkeiten unter Einbeziehung hochentwickelter Kommunikations- und Informationstechnik kreativ zu arbeiten, sich in eingreifen-

dem Handeln mit den neuen technischen Sachsystemen zu üben. Mit dem starren Blick auf die klassischen Dispositive Kino und Fernsehen werden die vielfältigen Resultate solcher Aktivitäten lediglich nicht oder bestenfalls in spektakulären Ausschnitten sichtbar. Es wird Archäologen künftiger Epochen vorbehalten bleiben, sie als Begleiterscheinung der Gründerzeit der Neuen Medien auszugraben.

- 1 Stewart Brand: *The Media Lab. Invention in the Future at M.I.T.*, New York/London 1987, S.229ff
- 2 Zit. aus "Japan". Vierteljahresschrift, 8. Jh., Nr.4/1985, S.1ff.
- 3 Vgl. "World Broadcast News", March 1988, p.12.
- 4 Vgl. die Daten in: Manuel Alvarado (ed.): *Video World-Wide. An International Study*, London/Paris 1988; "Variety" vom 17.2.1988, S.166 und 9. Jahreswirtschaftsbericht des Bundesverbandes Video (BVV), Hamburg 1988.
- 5 Vgl. Brand 1987, S.77f.
- 6 Gernot Wersig/Petra Schuck-Wersig: *Das Potential des Bildes: Funktionsveränderung visueller Kommunikation*, in: *Rundfunk und Fernsehen* Nr.1/1986, 44-63
- 7 Vgl. Wolfgang Neumann-Bechstein: *Zeitnot - Veränderungen der Zeitstrukturen und Folgen für das Programmfernsehen*, in: *Rundfunk und Fernsehen* Nr.2/1988, 174-188
- 8 a.a.O., S.177
- 9 Christiane Müller-Wichmann: *Zeitnot*, Weinheim/Basel 1984
- 10 Vgl. dazu exemplarisch Patricia Zimmermann: *Trading Down - Amateur Film Technology in 50's America*, in: *Screen*, Vol.29, No.2, Spring 1988, 40-51.
- 11 Zit. Margarethe Jochimsen: *Zeit zwischen Entgrenzung und Begrenzung der Bildenden Kunst heute*, in: *Michael Baudson* (Hg.): *Zeit, die vierte Dimension in der Kunst*, Weinheim 1985, S.222.
- 12 Zit. a.a.O., S.230.
- 13 Konkretisiert in: S. Zielinski, *Zur Geschichte des Videorecorders*, Berlin 1986
- 14 Vgl. dazu im Detail Zielinski 1986; Sean Cubitt: *Time Shift*, in: *Screen*, Vol.18, No.2, Spring 1988, 74-81
- 15 Günter Anders: *Die Antiquiertheit des Menschen. 1.Bd.: über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution*, München 1956, 5.Aufl. 1980, S.98ff
- 16 Vgl. Eco: *Die Zeit der Kunst*, in: *Baudson* 1985, S.73
- 17 Vgl. dazu Klaus Bartsch: *Das Verschwinden der Fiktion. Über das Altern der Literatur durch den Medienwechsel im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Bohn/Müller/Ruppert: Ansichten einer künftigen Medienwissenschaft*, Berlin 1988, S.239f.
- 18 Richard Sennett: *Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Die Tyrannei der Intimität*, Frankfurt 1983, S.428.
- 19 Alexander Kluge: *Die Macht der Bewußtseinsindustrie und das Schicksal unserer Öffentlichkeit*, in: *Klaus v. Bismarck u.a. (Hg.), Industrialisierung des Bewußtseins*, München 1985, S.125.
- 20 Zit. Raymond Williams: *Mobile Privatisierung*, in: *Das Argument* März/April 1984, S.261.
- 21 Zit. Oskar Negt/A. Kluge: *Geschichte und Eigensinn*, Frankfurt 1981, S.339.

Computer im

Paradigmen- wechsel

Ulrich Klotz*

Die Tatsache, daß Computer immer kleiner, preiswerter, leistungsfähiger und zahlreicher werden, hat weitreichendere Konsequenzen als uns oft bewußt wird. Ganz allmählich erhält der Computer eine völlig neue Rolle in der Gesellschaft. Aus der Maschine für Spezialisten wird ein allgegenwärtiges Medium, das als Katalysator kulturellen Wandels die Identität unserer Gesellschaft ähnlich tiefgreifend verändern wird, wie es vordem der Buchdruck tat. Dieser Rollenwechsel verlangt grundlegendes Umdenken und die Entwicklung eines neuen Verständnisses für diese Technologie.

Die Entwicklung des Computers erinnert in mancherlei Hinsicht an die Entstehung der Schrift, denn zwischen der Historie des Schreibens und den signifikanten Entwicklungsstufen der Computernutzung lassen sich aufschlußreiche Parallelen aufzeigen - obwohl die Geschichte des Schreibens vor mehr als 40000 Jahren begann und die der praktischen Datenverarbeitung bislang nur wenig mehr als 40 Jahre umfaßt.

Die erste bedeutsame Umwälzung in der Geschichte der Schrift brachte der Übergang von bildhaften Wandinschriften zu handgeschriebenen und später holzschnittbedruckten Papierrollen und Büchern. Mit der Ablösung der Schrift von den Wänden wurden Texte dem 'Benutzer' ein großes Stück nähergebracht und in frühen Bibliotheken erstmals einer größeren Gemeinschaft von Schriftgelehrten zugänglich.

Läßt man einmal die Frühzeit des Computers außer acht, so war die erste bedeutsame Revolution in der EDV der Übergang von der Stapelverarbeitung (batch processing) zum Timesharing-Betrieb. Die ursprüngliche Zugangsmöglichkeit zur EDV - eine Luke in der Wand durch die man den Operatoren im hermetisch abgeschlossenen Maschinenraum einen Lochkartenstapel übergab - wurde zunächst durch Fern-

schreiber und später durch die heute noch gebräuchlichen Bildschirmterminals ersetzt. Damit konnte die Schnittstelle zum Computer von ihrem starren Platz im Rechenzentrum herausgelöst und näher zu den Anwendern gebracht werden. Erstmals konnten mehrere Personen gleichzeitig einen Computer interaktiv benutzen, was allerdings anfänglich nur in speziellen Terminalsälen möglich war. Fotos solcher Räume ähneln nicht nur äußerlich den Stichen früher Lesehallen, in denen einige Dutzend Folianten auslagen, jeder angeketet auf einem separaten Pult. In beiden Fällen mußte der Benutzer sich an eine Institution wenden, der das gesamte Inventar gehörte; er mußte sich bestimmten Regeln und Anordnungen fügen, um überhaupt Zugang zu erhalten und so fort.

Buchdruck und persönliches Buch (PB)

Eine zweite Revolution wird bei uns vor allem mit dem Namen Gutenberg verbunden. Seine Erfindung der beweglichen Lettern ermöglichte es, Bücher zum persönlichen Gebrauch ihrer Leser herzustellen. Allerdings waren Gutenbergs Druckwerke noch in Form und Inhalt weitgehend von ihren Vorläufern geprägt. Da er mit seinen Lettern die damalige Handschrift imitierte, sahen seine prachtvoll verzierten Bücher nicht nur genauso aus wie vordem die Manuskripte. Sie blieben auch ähnlich unhandliche und kostbare Raritäten, die sich nur wenige Menschen leisten konnten. Wichtiger noch: Ihre Inhalte blieben breiten Bevölkerungsschichten nach wie vor verschlossen, weil sie - wie die berühmte Gutenberg-Bibel - weiterhin in lateinischer Sprache abgefaßt waren.

Mit den ersten Personal Computern, die ab Mitte der 70er Jahre das Ende der Timesharing-Ära signalisierten, verhielt es sich ähnlich. Zwar konnten damit erstmals einzelne Menschen über ihren 'persönlichen' Computer verfügen und mußten nicht mehr vorher bei einer Institution um eine Benutzungserlaubnis nachsuchen. Auch war es nicht mehr nötig, bestimmte Räume aufzusuchen und dort die Technik nach strikten Regeln mit anderen Benutzern zu teilen. Jedoch waren Form und Inhalt des Umgangs mit den ersten kommerziellen Arbeitsplatzcomputern, wie des Apple II oder Commodore PET, noch weitgehend von ihren Vorläufern geprägt. Noch heute ist

dies bei der Mehrzahl der PC unverkennbar: Wenn man den Bildschirm eines typischen MS-DOS-PC betrachtet, so könnte es sich dabei ebensogut um ein Timesharing-Terminal handeln. Denn dieses verbreitete PC-Betriebssystem basiert noch immer auf derselben Art der Mensch-Maschine-Interaktion wie vordem 'dumme' Bildschirme und Fernschreiber. So wie Gutenberg zuerst nur die Handschrift nachahmte und auch das Latein beibehielt, so nutzten Computertechniker den Bildschirm anfänglich nur zur Imitation eines Fernschreibers, also lediglich zur geräuschlosen Ausgabe von Buchstaben und Ziffern. Das verstümmelt-kryptische Englisch der sattem bekannten Zeichenketten à la: `xcopy C:\smdir*txt D:\smdir*txt` (MS-DOS), das auch heute noch zahllose PC-User pauken, ist deshalb im Grunde lediglich ein überkommenes Relikt aus der Fernschreiber-Ära. Der Benutzer muß noch immer 'Schriftgelehrter' sein, um mit einem Computer umgehen zu können; der Mensch muß sich der Maschine anpassen, so wie er anfänglich Latein pauken mußte, um ein Buch überhaupt lesen zu können.

Die mit dem persönlichen Buch (PB) verbundene Revolution kam erst mit den Schöpfungen des venezianischen Buchdruckers Aldus Manutius richtig in Gang. Aldus erkannte wohl als erster den revolutionären Charakter der von Gutenberg erfundenen Technologie; vor allem erkannte er, daß gedruckte Werke nicht aufwendige Handschriften nachzuahmen brauchten. Unter Verwendung einer neuartigen Typographie, die auf alles überflüssige Beiwerk verzichtete, schuf Aldus einen vollkommen neuen handlichen Buchtyp, der bequem in eine Mantel- oder Satteltasche paßte. Diese tragbaren Bücher mußte man auch nicht mehr anketten, vielmehr waren es die ersten in hohen Auflagen hergestellten Massenprodukte, die für zahlreiche Menschen erschwinglich waren. Damit nahm die Popularisierung des Lesens und die spätere Industrialisierung des Buchdrucks - also die massenhafte Verbreitung des Wissens in den jeweiligen Landessprachen - ihren Anfang.

Was die Computerei betrifft, so befinden wir uns heute irgendwo zwischen Gutenberg und Aldus Manutius. Zwar existieren weltweit inzwischen einige 'zig Millionen persönliche Computer - die vergleichsweise wenigen Computer älterer Gattungen lohnen hingegen

kaum noch das Zählen - gleichwohl ist der Umgang mit dieser Technik noch immer die mehr oder weniger exklusive Betätigung einer Minderheit. Noch immer sind mehr oder weniger umfangreiche systemspezifische 'Latein'-Kenntnisse vonnöten, um einen Computer nutzbringend anwenden zu können. Denn die Mehrzahl unserer EDV-Systeme ist noch immer dem überkommenen tayloristischen Paradigma verhaftet, demzufolge der Umgang mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen in erster Linie etwas für technisch versierte Experten sei. Man unterscheidet zwischen 'Programmierer' und 'Benutzer', wobei erstere in den Befehlsstrukturen der Software minutiös festlegen, was letztere zu tun und zu lassen haben. Obgleich Softwarekonzepte à la Taylor in hohem Maß die Anpassung des Menschen an die Technik und oftmals völlig 'unnatürliche' Arbeitsweisen erzwingen, zählt diese Art der Arbeitsteilung noch immer zu den kaum hinterfragten Selbstverständlichkeiten. Untersucht man Hintergründe für diesen Umstand genauer, so erhellen sich weitere Parallelen zur Entwicklungsgeschichte des Schreibens und Lesens.

Was eingangs mit wenigen Worten skizziert wurde, war natürlich in Wahrheit ein ungeheuer konfliktreicher Prozeß, der sich über Jahrhunderte hinzog. Im gleichen Maß, in dem dank des technischen Fortschritts Texte der exklusiven Verfügung von Eingeweihten entzogen und allgemein zugänglich wurden, schwanden Macht und Einfluß der schriftkundigen Hohepriester, die jahrhundertlang breite Bevölkerungsschichten in Abhängigkeit und Unmündigkeit gehalten hatten. In welcher Weise die herrschenden Eliten versuchten, ihre Geheimnisse zu hüten und jegliche Demokratisierung des Wissens zu verhindern, zeigten Fälle wie Luther, Kopernikus, Galilei, ... zahllose Namen stehen für zahllose Konflikte, die den Weg in unsere heutige Zeit ebneten. Nicht zuletzt die jüngste Geschichte zeigt uns, welche Schlüsselrolle die Techniken der Informationsverbreitung, die Medien, spielen, wenn es um Erhalt oder Sturz von autoritären Strukturen geht. Selbst das Latein der Mediziner oder ähnliches sind noch immer lebendige Relikte, mit denen bestimmte Gruppen wie ehemals ihre Besitzstände zu wahren suchen und die uns lehren: Wissen ist Macht.

Vom Herrschaftsinstrument zum Alltagsgegenstand

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte läßt ansatzweise bereits erkennen, daß sich die Rolle des Computers in der Gesellschaft ganz allmählich umkehrt. Solange diese Maschinen ausschließlich in Hochsicherheitstrakten standen und lediglich ein kleiner Kreis von Gralshütern die Botschaften der geheimnisumwobenen 'Denkmaschinen' deuten und verkünden konnte, solange waren Computer nicht bloß Apparate zum Kalkulieren sondern durchaus auch Herrschaftsinstrumente. Mit der Schrift war es in der Anfangszeit ähnlich. Solange nur eine kleine Gruppe versierter Fachleute des Lesens und Schreibens mächtig war, solange waren die Schrift und ihre Träger eher Instrumente der Unterdrückung als der Demokratisierung. Erst als mit verbesserter Technik Texte allgemein zugänglich wurden kehrte sich ihre Rolle um und das Medium Schrift wurde zu einem entscheidenden Faktor gesellschaftlichen Fortschritts.

werk der Technik, so hat er sich für andere längst zum praktischen Arbeitsgerät und profanen Gegenstand des Alltags gewandelt. In dem Maße, in dem eine rasch wachsende Zahl von Anwendern erfahrener und mündiger wird, werden langgehegte Mythen über das 'Elektronenhirn' durch Fakten und Sachkenntnis verdrängt.

"Computerpower to the people"

Einige Wurzeln dieses folgenreichen Prozesses finden sich in der kalifornischen Gegenkultur im Umfeld von Berkeley, in der die ersten 'Hacker' Anfang der 70er Jahre gegen die Macht des großtechnologischen Computer-Establishments aufbegehrt. Die Spuren dieser Bewegung ziehen sich wie ein roter Faden durch zwei Jahrzehnte Computergeschichte. Als 1975 die radikale Hackerzeitschrift 'People's Computer Company' die ersten Selbstbau-Kits mit dem Slogan: 'Computerpower to the People' propagierte, entstanden



"Rendez-vous à Montréal", Bogart als Detektiv Marlowe und Marilyn Monroe begen sich in einer Computersimulation von Magnem/Thalman/Thalman

Seit etwa Ende der 70er Jahre befinden wir uns dieser Übergangsphase, in der die elektronische Informationsverarbeitung autoritäre und demokratische Technik zugleich ist. Ist der Computer für die einen noch unnahbares Wunder-

bekanntes Zitate, wie das von Apple-Gründer Steven Jobs: "Trau keinem Computer, den Du nicht hochheben kannst!" Als drei Jahre später diese Welle nach Europa schwappte und in 'Undercurrents', dem Organ der briti-

* Ulrich Klotz, geb. 1948, Dipl.-Ing., zur Zeit in der Abt. Automation/Technologie/Humanisierung der Arbeit beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt am Main. Mitglied des Sachverständigenkreises: 'Menschengerechte Anwendung neuer Technologien in Büro und Verwaltung' beim BMFT.

Verlag Westfälisches Dampfbrot

Dieter R. Knoell

Kritik der deutschen Wendeköpfe

Frontberichte vom publizistischen Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs über die zersetzende Gesellschaftskritik

ca. 120 S. - ca. DM 19,80 - 3-924550-71-9

Spätestens der Golfkrieg hat vor Augen geführt, daß das häufig gepflegte Bild von den Intellektuellen als einer einheitlichen Gruppe, die den kritischen Dialog zur Förderung des Fortschritts betreibt, eine Verzerrung darstellt. Die Debatten über die 'deutsche Einheit' hatten einen Vorgeschmack geliefert. Selten zuvor gab es derart heftige Kontroversen unter Intellektuellen wie die über Sinn und Unsinn des Golfkriegs oder der Einheit, insbes. unter sich bis dahin als links verstehenden Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern brachen Konfliktschichten auf, gleichzeitig entstanden ungeahnte Koalitionen.

Eimar Altvater

Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(um)ordnung
ca. 250 S. - ca. DM 29,80 - 3-924550-72-7

Die westliche, marktwirtschaftlich-kapitalistische Welt hat in Rio de Janeiro ihre Chance, ein neues Modell des Wirtschaftens, des Umgangs mit der Natur, nicht wahrgenommen. Die Belastbarkeit der natürlichen Ressourcen ist an der Grenze der Tragfähigkeit. Eimar Altvater geht in seinem neuen Buch den Ursachen und Folgen der Übernutzung der natürlichen Sphären des Planeten Erde nach. In umfassender Weise wird gezeigt, wie der Fluß von Energien und Stoffen international reguliert wird, um die Steigerung von Produktivität und Wohlstand zu ermöglichen. Dabei wird aufgewiesen, warum die Entwicklung in den Ländern der südlichen Erdhälfte blockiert ist.

Jürgen Hoffmann/Hildegard Matthes/
Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

Der Betrieb als Ort ökologischer Politik - am Beispiel einer Schadstoffgruppe
306 S. - DM 38,00 - 3-924550-64-6

Barbara Böttger und Gert Fleguth (Hrsg.)

Zukunft der Informationstechnologie
Beiträge von H. Kubicek, M. Cooley,
O. Ulrich, B. Metter, M. Böhm, M. Domke u. a.
282 S. - DM 36,00 - 3-924550-53-0

Gesamtwirtschaftliches Verlagsamt, 4400 Münster,
Dortmunderstr. 25a, Tel. 0251/606600

schen Radical-Technology-Bewegung, ein Artikel mit dem programmatischen Titel: 'Micro is beautiful' erschien, riefen solche 'revolutionären' Ansichten zunächst noch heftigste Kontroversen unter eingefleischten Technikkritikern hervor. Doch als 1984 die hiesige Alternativszene einen internationalen Kongreß über den alternativen Einsatz des Computers unter das vielsagende Motto: 'Sympathy for the Devil' stellte, war der bevorstehende Dammbbruch abzusehen. Inzwischen lehren einige Hacker von damals als Gründer global erfolgreicher Computerkonzerne dem alteingesessenen EDV-Establishment allmählich tatsächlich das Fürchten. Ihre vor 20 Jahren noch utopisch klingenden Parolen werden Allgemeingut: 1990 stand die international angesehene Konferenz CHI (Computer Human Interaction) unter dem Motto: 'Empowering People'. Zahlreiche Referenten betonten dort vor allem die Schlüsselrolle der Software für eine Emanzipation der Benutzer mit Hilfe des Computers.

Damit wurde der entscheidende Punkt hervorgehoben: Denn genausowenig wie ein Haufen beweglicher Lettern und eine Druckerpresse hinreichend waren, um eine Revolution auszulösen, genausowenig ist die bloße Miniaturisierung der Hardware hinreichend, um den Personal Computer zu einem Werkzeug für alle zu machen. So wie es seinerzeit auf die Texte ankam, die gedruckt wurden, so kommt es heute auf die Software an, die in der Hardware abläuft. Denn die Software verhält sich zum Computer wie der Text zum Buch. Nicht Gehäusegröße oder Gewicht, nicht MIPS und MHz, sondern die Software ist entscheidend, ob der Computer uns als mystisches Spezialisteninstrument oder als nützliches Werkzeug erscheint.

Personal Workstation und neuartige Software

Das hatten schon in den späten 60er Jahren einige Computerwissenschaftler erkannt, die es sich - ähnlich wie Aldus Manutius - in den Kopf gesetzt hatten, aus der programmierbaren Rechenmaschine für Experten ein universelles Werkzeug zum direkten Gebrauch für jedermann zu entwickeln. Hier ist allen voran der amerikanische Informatiker Alan C. Kay zu nennen, der die Gestalt zeitgemäßer Computer wie kaum ein

zweiter geprägt hat und heute oft als Vater des Personal Computing bezeichnet wird.

Da ihm ohnehin klar war, daß das übliche Computer-'Latein' völlig ungeeignet für eine Popularisierung des Computers war, konzentrierte sich Kay vorrangig auf die Suche nach grundlegend neuen Formen der Computerbedienung, die auch EDV-Laien einen Umgang mit dieser Technik ermöglichen sollten: Computer sollten intuitiv zu bedienen sein, nicht schwieriger zu handhaben als ein Buch - "Wenn Kinder ein System nicht verstehen", sagte Kay, "dann ist es auch nicht gut."

Entscheidende Impulse für die Forschungen von Kay lieferten die erkenntnispsychologischen Arbeiten von Jean Piaget, der ein Leben lang beobachtete, wie Kinder die Welt begreifen lernen. Hiervon ausgehend wurden während der frühen 70er Jahre im von Kay mitgegründeten Xerox-PARC (Palo Alto Research Center) umfangreiche Experimente mit Kindern und unerfahrenen Computerbenutzern durchgeführt. Vor allem bei den Versuchen mit Kindern zeigte sich, wie wenig menschengemäß die traditionellen Bedienungskonzepte mit ihren abstrakten Kommandosprachen und starren Menüstrukturen sind. Statt abstrakter Masken-, Menue- und Kommandosequenzen in der kryptischen Sprache der 'dummen' Bildschirme verlangten Kinder - die Fingerfarben, Musikinstrumente, Farbfernsehen und ähnliches gewohnt waren - nach anschaulicher Handhabbarkeit. Wie es Piaget immer wieder hervorgehoben hatte, zeigte sich auch hier, daß die Sprache, die Menschen intuitiv verstehen, nicht aus Worten sondern aus: Sehen, Zeigen, Bewegen, ... - eben: 'Begreifen' besteht. Das ist die eigentliche 'Muttersprache' des Menschen und nicht das, was wir lernen, wenn wir sprechen lernen.

Ausgehend von diesen grundlegenden Erkenntnissen erfand man während der 70er Jahre im PARC neuartige Softwarekonzepte mit grafisch-objektorientierten Interaktionsformen. Per direkter Manipulation konnte man den Computer erstmals intuitiv durch Sehen, Zeigen und Bewegen von simulierten Objekten, also durch einfache Handbewegungen - wie bei gewöhnlichen Werkzeugen - steuern. Statt starre Maskenfolgen abzuarbeiten und auswendiggelernte Befehle explizit eingeben zu müssen können die Benutzer in einer solchen Arbeitsumge-

bung direkt agieren und - ähnlich wie in einer Werkstatt - zwischen anschaulich dargebotenen (Werkzeug-)Alternativen frei wählen. Während bei herkömmlichen Interaktionskonzepten der Mensch oft nur Bediener der Maschine ist, kann man hier vom 'Benutzer' sprechen, weil er und nicht mehr der Computer die Arbeitsabläufe steuert und kontrolliert. Mit anderen Worten: Man verwirklichte im PARC zum ersten Mal Interaktionskonzepte, die mehr am Benutzer als am Computer orientiert waren.

Ähnlich wie die Erfindung der beweglichen Lettern eine notwendige technische Voraussetzung für die Popularisierung des Lesens war - so ist allerdings auch das technische Konzept des persönlichen Computers notwendige Voraussetzung für eine benutzergerechte Softwaregestaltung - und damit für eine Demokratisierung der Computernutzung überhaupt. Denn erst leistungsfähige Arbeitsplatzcomputer, sog. Workstations - die inzwischen über Prozessorleistungen verfügen, von denen ein Rechenzentrumsleiter vor zehn oder fünfzehn Jahren nur träumen konnte - ermöglichen die Realisierung der technisch höchst aufwendigen Formen moderner Mensch-Computer-Interaktion. Die noch immer verbreiteten Großrechner mit den sogenannten 'dummen' Bildschirmen sind hingegen für ergonomische Bedienungskonzepte prinzipiell ungeeignet, da sie nicht genügend Interaktionsleistung bieten. Um komfortable, benutzergerechte Interaktionsformen überhaupt erproben zu können, entstand Anfang der 70er Jahre im Xerox-PARC das System 'Alto', das als erste Personal Workstation der Welt der Urahn aller heutigen Personal Computer ist.

Daß das Xerox-Management seinerzeit nicht erkannte, welche bahnbrechenden Erfindungen ihren Forschern gelungen waren, ist ein Teil der Geschichte. Daß es hingegen zwei jener kalifornischen Hacker waren, die bei einem PARC-Besuch die darin schlummernden Chancen blitzschnell erkannten und im Orwell-Jahr mit dem 'Macintosh' den ersten kommerziell erfolgreichen Computer präsentierten, der nach diesen revolutionären Prinzipien konzipiert war, ist ein anderer Teil dessen, was später einmal von Historikern als Übergang von der Ära der klassischen EDV in die Neuzeit der Informationsverarbeitung bezeichnet werden dürfte.

Dieser Übergang von der institutionellen Datenverarbeitung zum Individual

Computing kann durchaus als Paradigmenwechsel bezeichnet werden, denn mit diesem folgenreichen Umbruch ändern sich die Einstellungen der Menschen zum Computer und ihr Umgang mit ihm grundlegend. Zu Zeiten des Stapel- und Timesharing-Betriebs mußten sich viele Benutzer geradezu minderwertig vorkommen, quasi als Dienstleister für die Maschine. Durch den Personal Computer erhielten sie eine gewisse Unabhängigkeit und gewannen neue Souveränität im Umgang mit der Technik. Im Jahr 1991 ergaben Umfragen erstmals, daß die Mehrheit der Bundesbürger lieber mit Computer als ohne arbeiten würde. Eine entsprechende Prognose wäre noch vor zehn Jahren wohl schwerlich geglaubt worden.

Die EDV-Hohepriester fürchten um ihre Macht

In dem Maße, in dem Computern eine neue Rolle in der Gesellschaft zuteil wird, ändern sich auch die Rollen der an diesem Prozeß Beteiligten. Standen früher Computerexperten noch im Ruf von 'High-Tech-Magiern', die phantastische Gehälter verlangen konnten, um Maschinen zu betreiben, die ebenfalls phantastische Summen kosteten, so wird dieser Mythos durch den Personal Computer zerstört, da die

Arbeit mit dem Computer etwas Normales wird. Vor allem die innovativen Softwarekonzepte, die auch von Laien handhabbar sind, gefährden die Machtpositionen, Qualifikationen und Besitzstände der etablierten Datenverarbeiter. So schildert Christian Betschon, Bereichsleiter des Wild-Leitz-Konzerns, in einem Interview dem Fachblatt 'Computer & Elektronik':

"Wenn ich jahrelang mit Fleisch und Blut programmiere und mich in Betriebssysteme wie RSX, MS-DOS oder UNIX einarbeite, habe ich am Ende eine gewisse Macht im Unternehmen erlangt. Wenn jetzt irgendein Laie innerhalb von ein paar Tagen genauso gut und effizient mit einem Computer umgehen kann wie ich, muß ich all mein jahrelang mühsam erarbeitetes Wissen über Bord werfen. Der Vorsprung, den ich mit viel Mühe gewonnen habe ist plötzlich weg."

Die Geschichte der Schrift lehrt uns, daß es naiv wäre, zu glauben, die elektronische Priesterschaft würde in Anbetracht der technischen Überlegenheit innovativer Systeme kampfflos das Feld räumen.

Je komplizierter und rückständiger die EDV, desto umfangreicher ist das oft beträchtliche Spezial- (oder auch: Herrschafts-)Wissen, das sich die EDV-Mitarbeiter aneignen müssen und desto vehementer wehren sie sich gegen dessen radikale Entwertung. Dies erklärt die Heftigkeit der vielfach zu beobachtenden 'Glaubenskriege' um Systemarchitekturen und Softwarekonzepte. Hinter so manchem Konflikt um scheinbar harmlose technische Sachfragen wie Systementscheidungen, Standards, Betriebssysteme, Risikoabschätzungen usw. verbirgt sich letztlich oft nichts anderes als die Innovationsangst derjenigen, die mit vorgeschobenen technischen Sachzwängen eigene Ambitionen verschleiern und die Anwender mit veralteter Technik weiterhin in Abhängigkeit halten wollen.

Im Wirtschaftsmagazin WNO beklagte Michael Henry dieses Verhalten: "Stellt man einem Computerexperten die Frage: 'Welchen Computer kaufe ich mir?' sollte man sich nicht beschweren, wenn man eine entsprechende Antwort bekommt. Er wird nämlich garantiert ein Produkt empfehlen, das im späteren Einsatz nicht ohne einen Spezialisten auskommt. Es wird so kompliziert zu bedienen sein, daß der spätere Anwender nie vergessen wird, was die Computerexperten doch für geniale Menschen sind. In Gestalt der MS-DOS-PC haben solche Empfehlungen reichlich zu dem verbreiteten Computerfrust in den Büros beigetragen. Dafür lieben die DV-Beauftragten diese Rechner, machen DOS-Systeme sie doch unentbehrlich und sorgen für neue Planstellen in der Systembetreuung."

Bessere Zeiten prognostizierte William F. Zachmann, weltweit renommierter Marktanalytiker und EDV-Branchenguru, schon vor Jahren:

"Die klassische EDV-Abteilung war nur eine Übergangslösung. Die elektronische Datenverarbeitung als etwas Eigenständiges, das ausgefuchste Spezialisten in abgetrennten Räumlichkeiten betreiben, wird uns in 20 Jahren als reines Kuriosum vorkommen. Die glorreichen Zeiten der Hohepriester gehen langsam, aber sicher ihrem Ende zu, und die Computertempel werden geräumt. Wer sich dagegenstemmt oder den Kopf in den Sand steckt, läuft Gefahr, am Schluß mit leeren Händen dazustehen. Kandidaten für dieses Schicksal sind, so paradox es klingt, ausgerechnet jene EDV-Spezialisten, die

vor 20 Jahren die revolutionäre Computertechnologie überhaupt erst einführt. Die Erfahrung zeigt, daß viele von ihnen sich in der Zwischenzeit zu erkonservativen und reaktionären Elementen entwickelt haben - zumindest was die Informationstechnologie betrifft. Sie möchten am liebsten weiterhin ihre Mainframes hätscheln, COBOL und FORTRAN programmieren und mit all dem 'modischen Amateurzeugs', wie Personal Computern, lokalen Netzen usw. gar nichts zu tun haben.

Schützenhilfe leisten ihnen die Verkäufer, die ihre Kunden warnen vor dem PC-Chaos, das bei vernetzten Systemen unweigerlich entstehe: 'Hüten sie sich davor, den Anwendern eigene Diskstationen zu geben!

Wenn Sie unsere einfachen disklosen Arbeitsstationen am Mainframe anschließen, wissen Sie immer genau, was jeder wann tut und haben so viel bessere Kontrolle.'

Das ist nun wirklich dumm - ein ausgekochter Blödsinn sogar. Wer diese Strategie verfolgt, wer es als EDV-Profi nötig hat, auf diese Art Kontrolle und Macht auszuüben, wo es doch vielmehr darum geht, dem Unternehmen als Ganzes zu dienen, wird zu den Verlierern gehören. Firmen, die versuchen, die Anwender mit einem Haufen Vorschriften und veralteter Technologie bei der Stange zu halten, werden genau das Gegenteil erreichen und laufen Gefahr, vor lauter Bürokratie das eigentliche Business zu vernachlässigen. Die Gewinner werden jene Unternehmen sein, die ihr Personal bei guter Laune halten statt es zu demotivieren." (Zachmann 87)

Taylorismus und traditionelle EDV-Konzepte in der Sackgasse

Damit ist ein zentraler Punkt angesprochen, auf Grund dessen sich die konservativen EDV-Hohepriester zwangsläufig ihre eigenen Gräber schaufeln und ein Ende ihrer Herrschaft abzusehen ist. Denn der Paradigmenwechsel in der Informationsverarbeitung muß als Teil - und auch als Triebfeder - eines umfassenden Paradigmenwechsels gesehen werden, der allmählich unser gesamtes Wirtschaftssystem erfaßt. Mit dem zunehmend rascheren Wandel ökonomischer Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Wertesysteme gerät unser heutiges tayloristisches Produktionssystem immer mehr an seine Grenzen. Es

wird immer unverkennbarer, daß die überkommenen Strategien fortgesetzter Arbeitsteilung, tiefgestaffelter Hierarchien und bürokratischer Kontrolle der falsche Weg sind, um in einem hochdynamischen Umfeld wachsende Komplexität in den Griff zu bekommen. Weil vor allem Qualität und Zeit zu entscheidenden Erfolgsfaktoren werden, beginnt man einzusehen, daß Unternehmen künftig nur überleben können, wenn sie mit neuen Managementkonzepten vor allem auf die Innovationsfähigkeit, Kreativität, Kompetenz und Motivation ihres 'Humankapitals' bauen und dem Menschen eine neue Rolle im Produktionsprozeß zuteil werden lassen. Zeitgemäße Organisationsleitbilder basieren deshalb auf einem Menschenbild, in dem Menschen nicht länger als zu minimierende Kostenfaktoren, sondern als zu maximierende Ressource angesehen werden. Inzwischen viel diskutierte Beispiele modernen Managements zeigen, daß Organisationsprinzipien, in denen man sich mehr auf die Erfolgsrezepte der Natur besinnt, flexibler und zukunftsreicher sind. Statt ein Unternehmen quasi als Maschine zu betrachten, in der die Menschen lediglich 'bewegliche' Teile darstellen, ist es ungleich erfolgreicher, wenn man ein Unternehmen als 'lernende Organisation' in Form eines Netzwerks aus selbstoptimierenden Regelkreisen gestaltet. Die aktuelle Diskussion um 'Lean Production' ist insofern nur eine Facette dessen, was man allgemeiner als den Übergang in eine Ära nach Taylor bezeichnen könnte.

In dem Maße, in dem die traditionelle funktional und hierarchisch gegliederte Unternehmensorganisation in Frage gestellt wird, werden natürlich auch die traditionellen EDV-Konzepte, die nämlich zu eben diesen Organisationsstrukturen 'kompatibel' sind, in wachsender Zahl als Sackgassen enttarnt. Computersysteme, mit denen Programmierer den Menschen zum bloßen 'Maschinen-Anhängsel' degradieren konnten, werden von der Bildfläche verschwinden, denn auch immer mehr Manager erkennen, daß die seit langem beklagte 'Akzeptanzkrise' im Grunde nur ein Frühwarnsignal für das unvermeidliche Scheitern von Konzepten war, auf die das Schlagwort 'Computer Aided Taylorism' paßt. Denn das Taylor-Modell - demzufolge nur ein Teil einer Organisation für das Denken zuständig ist und der Rest lediglich Arbeitsanwei-

sungen zu befolgen hat - findet in der traditionellen Datenverarbeitung eine ebenso subtile wie wirksame Manifestation. Was für Taylor die Betriebsleitung war, die "eine Menge von Regeln, Gesetzen und Formeln aufstellt, welche an Stelle des Gutdünkens des einzelnen Arbeiters treten" (Taylor), sind in herkömmlichen EDV-Konzepten die System-Analytiker und Software-Entwickler, die gemäß der Philosophie des 'One-Best-Way' betriebliche Prozesse auf klassische Weise in kleinste Abschnitte zerlegen und auf Bildschirmmasken darstellen. "Die ehemals menschlichen Fähigkeiten werden zergliedert, formalisiert und quantisiert, aufgesaugt von der Maschine und kehren als Zwang wieder, als Zwang zur permanenten Anpassung an die Maschinerie" (U. Lupp).

Im Grunde sind traditionelle EDV-Systeme, die mit restriktiven Kommandosprachen und in Menühierarchien fixierten starren Ablaufstrukturen ihre Anwender durch Vorgabe selbst kleinster Arbeitsschritte gängeln, ein Abbild bürokratischer Kommando-Wirtschaft in der Mikrophysik der Mensch-Maschine-Beziehung. Dies betrifft insbesondere die gesamte Phalanx der konventionellen Office-Systeme, die auf Timesharing-Konzepten (Abteilungs- oder Großrechner) mit den charakteristischen 'dummen' Bildschirmen basieren. Mit solchen Systemkonzepten, bei denen 'dumme' Benutzer den in zentralen Programmen vorgegebenen Befehlen zu folgen haben, wird der "Computer zum Trojanischen Pferd für den Taylorismus" (Cooley). Aus arbeitstagesperspektivischer Perspektive meist eine Zumutung, haben diese zentralistisch-hierarchischen Systeme mehr mit dem Fließband als mit benutzerfreundlichen Werkzeugen gemein - sie machen, wie Barbara Gerson im Titel ihres Buches prägnant formulierte: "das Büro von morgen zur Fabrik von gestern."

Der Bezug zu den Produktionsmethoden Henry Fords ist angebracht, denn im Grunde werden in den meisten Organisationen Softwaresysteme noch immer nach Prinzipien gestaltet und implementiert, die aus der Massenproduktion stammen. Es ist die fortwährende Steigerung der Produktivität durch die klassische Form der 'Rationalisierung', bei der Menschen zu bloßen Lückenbüßern werden, weil ihnen in den Automatisierungslücken lediglich die Tätigkeitsreste verbleiben, deren Totalautomatisierung

(noch) zu teuer ist. Jedoch, was in früheren Zeiten großer, stabiler und meist regional begrenzter Märkte durchaus erfolgreich war, erweist sich inzwischen zunehmend als Handicap: In wachsender Zahl gehen Firmen nicht etwa wegen mangelnder Produktivität in Konkurs, sondern weil sie die falschen Produkte anbieten.

Mit dem Ende der Ära der Massenproduktion wird immer unübersehbarer, daß tayloristische EDV-Konzeptionen mit zentral verordneten Programmabläufen und standardisierten Lösungen, in denen alles 'über einen Kamm geschoren' wird, die in der Praxis existierende Vielfalt rasch wechselnder Anforderungen immer weniger befriedigen können. Angesichts der Schwerfälligkeit der tradierten EDV-Kommandowirtschaft kann kaum erstaunen, wenn immer mehr EDV-Systeme und Projekte sich nicht nur als Katastrophen für die Gestaltung von Arbeit, sondern auch ökonomisch als lehrgeldintensive Fehlschläge entpuppen. Was viele Manager insgeheim schon lange befürchteten, aber selten offen auszusprechen wagen, konstatieren inzwischen Marktbeobachter der renommierten Gartner Group Inc. ganz nüchtern: "White-Collar Productivity in 1987 was exactly at the same level as it was in 1967. This is after all of the huge investments in integrated office systems." Breitangelegte EDV-Wirtschaftlichkeitsanalysen (Morgan Stanley) zeigten gegen Ende der 80er Jahre in den USA, "daß die Produktivität der 'Informations-Arbeiter' nicht proportional zu den steigenden Kapitalinvestitionen stieg; tatsächlich sank die Produktivität sogar." Wenn sogar amtliche US-Studien (US-Congress) feststellen, daß trotz Computer die Produktivität in den Büros nicht nennenswert wuchs, ist kaum verwunderlich, daß auch hierzulande manche Urteile recht schroff ausfallen: "Der Versuch, Flexibilität via Computer in die betriebliche Organisation zu tragen, ist in den meisten beobachtbaren Fällen schlichtweg gescheitert" (G. Sauerbrey). Angesichts der zahllosen ungelösten Versprechungen - man denke nur an das 'papierlose Büro' - brauchen die Hersteller auch für den Spott nicht zu sorgen, wenn etwa die Initialen einer bekannten Computerfirma mit 'Immer Besser Manuell' übersetzt werden oder wenn gefrotzelt wird: "Der Computer ist die Lösung für Probleme, die wir ohne ihn gar nicht hätten."

Ganzheitlichere Formen der Informationsverarbeitung

Das offene oder verdeckte Scheitern zahlloser EDV-Projekte und die verbreitete latente Unzufriedenheit vieler Computeranwender wurzeln letztlich vor allem in der hochgradig arbeitsteiligen Struktur der EDV herkömmlichen Stils, aufgrund derer die Arbeit eher verkompliziert statt erleichtert wird. Ganz anders kann die Sachlage aussehen, wenn man fachliche Kompetenz und praktische Problemlösung wieder zusammenführt, indem man den Mitarbeitern der Fachabteilungen zeitgemäße Software-Werkzeuge auf Workstation-Basis zur Verfügung stellt, mit denen sie Aufgaben selbst lösen können, für die es zuvor noch eines ausgebildeten Programmierers bedurfte. Insbesondere grafischobjektorientierte Programmierumgebungen (wie z.B. 'HyperCard' oder 'NeXTStep') eröffnen vielfältige Möglichkeiten zu einer Rücknahme der Taylorisierung von Arbeitsabläufen; mit ihrer Hilfe können aus ehemals abhängigen Benutzern emanzipierte Gestalter werden. Schon bei gewöhnlicher Tabellenkalkulation oder Datenbankverwaltung 'programmiert' so mancher, ohne jemals programmieren gelernt zu haben - man benutzt einfach. Für viele Benutzer solcher modernen Systeme ist heute kaum mehr vorstellbar, daß bis Ende der 70er Jahre Computer ausschließlich von technischen Fachleuten bedient wurden.

Bei zeitgemäßer Systemgestaltung und vernünftiger organisatorischer Einbettung zeigt sich in der betrieblichen Praxis, daß der Computer weniger ein Instrument zur Produktivitätssteigerung ist, als vielmehr ein Hilfsmittel zur Verbesserung der Qualität von Arbeit - und dies in doppeltem Sinn. Ganzheitlichere Formen der Informationsverarbeitung bringen neben vielfältigen Arbeitserleichterungen meist auch praxiserleichtertere Resultate, weil die Mitarbeiter der Fachabteilungen mit ihrem Erfahrungswissen in der Regel über die gründlichere Kenntnis des jeweiligen Fachgebietes verfügen. Dies gilt gleichermaßen für den Sachbearbeiter im Büro wie für den Facharbeiter in der Werkstatt, der 'seine' computergesteuerte Maschine selbst programmiert. Da diese IDV (Individuelle DV) überdies meist kostengünstiger, flexibler und weniger zeitraubend ist als die alte tayloristische EDV, ergeben sich durch den

NEU erscheinungen 1992

Bischoff/Boris/Briel/Conert/Deppel
Dorestal/Heininger/Huffschmid/
Kremer/Melber/Piermont u.a.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung

Beiträge einer gemeinsamen Tagung von IMSF, "Sozialismus", "utopie kreativ" und "Z"

Themen: Die Linke nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" - neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens; Die "one world" des Kapitals: unilateral oder konsortial?; Was wird aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR?; Nord-Süd: Vom Gegensatz zum Dauerkonflikt?

IMSF Forschung und Diskussion Bd. 10 ISBN 3-88807-96-1, Frankfurt/M. 1992, 133 S., DM 15,-

Heinrich/Hund/Jahn/Jungnickel/
Mazzoni/Mohl/Reichelt/Sandkühler/
Schafmeister/Schweicher/Sozialistische
Studiengruppen

Defizite im Marxschen Werk

Themen u.a.: Ware, Wert, Geld bei Marx; Defizite in der Rezeption der klassischen politischen Ökonomie; Ausbeutung und Umverteilung; Produktivkraftauffassung; Anthropologie, Arbeit und Geschichte bei Marx und Engels; Polemik und Paradigmenwechsel bei Marx; Erkenntnistheorie; J. Bidets "Theorie der Moderne"

IMSF Forschung und Diskussion Bd. 9 ISBN 3-88807-95-3, Frankfurt/M. 1992, 136 S., DM 15,-

Bestellung bei IMSF e.V.
Kölner Str. 66
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: 069/7 39 29 34

Umbruch in der Informationstechnik interessante neue Interessenkonstellationen in den Unternehmen. Wenn sich ganzheitlichere Formen der Arbeit mit benutzergerechten Werkzeugen als produktiver und flexibler erweisen, entsteht eine partielle Interessenidentität zwischen Management und Endbenutzern - da dann ökonomische Ziele und humane Anforderungen Hand in Hand gehen. Computerbenutzer, die man hier und da noch 'Betroffene' nennt, können also für bestimmte Belange Bündnispartner unter 'aufgeklärten' Topmanagern finden. Gegner dieser neuen Allianz sind vor allem diejenigen, die von einem Erhalt des Status Quo zu profitieren glauben, also insbesondere EDV-Leute alter Schule und manch andere, die die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben oder die größere Informationstransparenz fürchten.

Der Rollenwechsel der Informationstechnik erfordert also gründliches Umdenken von allen Beschäftigten eines Unternehmens, egal ob Manager oder Lehrling, Betriebsrat oder Sachbearbeiter. Im selben Maß, in dem die Informationstechnik integraler Bestandteil der Arbeitswelt wird, wird sich ein neues Verständnis für diese Technologie entwickeln. So wie es uns heute absurd erschien, wenn man Bleistifte, Papier, Schreibmaschinen usw. ausschließlich in separate 'Schreib-Abteilungen' verbannt hätte, so dürfte es späteren Generationen absurd erscheinen, daß wir zeitweilig diese Technologie ausschließlich in speziellen EDV-Abteilungen betreiben haben.

In dem Maße, in dem Computer allgegenwärtig werden, wird auch erkennbar, daß die bislang dominierende Betrachtungsweise - den Computer als Maschine oder Werkzeug mit bestimmten Funktionen zur effektiveren Verrichtung von menschlichen Tätigkeiten zu sehen - nicht falsch, aber unvollständig ist. Denn in weit höherem Maße als dies bei klassischen Maschinen der Fall ist, sind wir mit Hilfe von Computern in der Lage, das kommunikative Geschehen sozialer Systeme zu verändern und zu gestalten. Stand in der ersten Ära der Informationstechnik noch vorwiegend die Technisierung lokaler Arbeitsprozesse (z.B. Textverarbeitung, Datenverwaltung, CAD) im Mittelpunkt des Computereinsatzes, so wird jetzt deutlicher, daß Informatik zunehmend auch als Soziotechnik verstanden werden muß. Denn das eigentlich revolutionäre

und produktivitätssteigernde der Computertechnik ist keineswegs, daß die Systeme immer 'intelligenter' werden, sondern daß diese Leistungssteigerung neue Formen des Softwaredesigns und damit die Schaffung neuartiger, aktiver Medien erlaubt, die die Gestaltung sozialer Interaktionsformen mit noch nie dagewesener Flexibilität ermöglichen (Vgl. Müller 91).

Es ist geradezu symptomatisch für eine mechanistisch-tayloristische Denktradition, daß bei uns der Computer als eine programmierbare Maschine für irgendwelche Aufgaben betrachtet wird - und nicht als ein Medium, mit dessen Hilfe Menschen zusammenwirken. Ein solcher Wechsel der Perspektive als Beginn eines neuen Verständnisses für diese Technologie wird in Zukunft fruchtbareren Anwendungsformen den Weg ebnen. Statt Arbeitsläufe den engen Grenzen einer Technologie anzupassen kann künftig "Software als Medium sozialer Selbstorganisation" (Müller) dienen und so die Art und Weise unterstützen, wie in Organisationen tatsächlich gearbeitet wird. Denn - wie beispielsweise die PARC-Anthropologin Lucy Suchman in umfangreichen Untersuchungen herausfand - entsprechen die formellen Büroabläufe nicht im mindesten dem, was die Menschen tatsächlich bei Ihrer Arbeit tun. Weil aber die meisten Informationssysteme auf formellen Arbeitsabläufen beruhen und nicht auf den informellen Verfahren, die zur Erledigung der Arbeit notwendig sind, verschlechtern sie oft die Situation, statt sie zu verbessern.

Die Möglichkeiten des Computers haben wir noch nicht begriffen

Mit großer Weitsicht wies der Kommunikationstheoretiker Marshall McLuhan schon vor dreißig Jahren in seinem Buch 'Understanding Media' darauf hin, daß der Computer ein neues Medium mit weitreichenden sozialpsychologischen und kulturellen Auswirkungen darstellt:

"Das Rad ist eine Erweiterung des Fußes. Das Buch ist eine Erweiterung des Auges. Die Kleidung ist eine Erweiterung der Haut, die elektrische Schaltungstechnik eine Erweiterung des zentralen Nervensystems. Durch Veränderung der Umwelt rufen Medien in uns einzigartige Beziehungsverhältnisse

zwischen den Sinneswahrnehmungen hervor. Die Erweiterungen irgendeines Sinnes verändert die Art und Weise, wie wir denken und handeln - die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen. Wenn diese Verhältnisse sich ändern, dann ändern sich auch die Menschen. ... Gesellschaftsformen sind schon immer stärker durch die besondere Natur der Kommunikationsmedien, von denen sie Gebrauch machen, als durch den Inhalt der Kommunikation geformt worden." McLuhan wies zugleich darauf hin, daß "es sehr aufschlußreich ist, das Embryonalstadium einer neuen Entwicklung zu verfolgen, denn während dieser ersten Wachstumsperiode wird sie oft falsch verstanden, ob es sich nun um den Buchdruck, das Auto oder das Fernsehen handelt. ... Jede Generation, die am Rande einer gewaltigen Wandlung steht, ist von der Kraft der neuen Technik hypnotisiert und deshalb unfähig, die kommende Entwicklung vorauszusehen."

McLuhan zeigte, daß bei jedem neuen Medium die ursprünglichen Formen und Inhalte zunächst von seinen Vorgängern geprägt werden. So wie Gutenberg zunächst nur die Handschrift imitierte und den Vorgang des Abschreibens technisierte, so wurde der Computer zunächst nur dazu genutzt, bereits bekannte Vorgänge - insbesondere das Rechnen - schneller auszuführen. Und wie die Druckmaschine im Mittelalter faszinierte, so ist es heute die Rechenleistung, die imponiert - und die den Blick für das in der Geschichte der Technik beispiellose Gestaltungspotential des Computers verstellt. Vor allem Alan Kay weist deshalb unermüdlich darauf hin, "daß der Computer quasi neu erfunden werden muß - und zwar als universales Medium, das alle klassischen Medien in sich aufhebt." Nicht zuletzt die insbesondere in Sozialwissenschaftlerkreisen langgeführte Diskussion darüber, ob der Computer nun eine Maschine oder ein Werkzeug sei, ist eigentlich nicht anderes als ein weiteres Indiz dafür, daß man das Wesen dieser Technologie bislang vielerorts noch nicht verstanden hat: "Ist die Datenverarbeitungsanlage wie ein Auto, das gefahren, oder wie ein Aufsatz, der geschrieben werden soll? ... Der Computer ist so wandelbar, daß er als Maschine auftreten kann oder als Sprache die gestaltet und angewendet sein will. Er ist ein Medium, der jede Einzelheit eines anderen Mediums dynamisch simulieren kann - auch Medien, die in der dinglichen Welt

gar nicht möglich sind. Er ist kein Werkzeug, obwohl er sich wie viele Werkzeuge verhalten kann. Er ist das erste Metamedium, und als solches besitzt er Freiheitsgrade der Darstellung und des Ausdrucks, die es noch nie gab." (Kay, 84). Kay warnt aber auch vor der weitverbreiteten Mystifizierung und Überschätzung des Computers, wobei er immer wieder seine Vergangenheit als professioneller Musiker in bildhafte Vergleiche einfließen läßt: "Ein Piano kann im besten Fall als Verstärker der Ideen und Gefühle von uns Menschen fungieren, von Komponisten wie Interpreten. Die Musik selbst ist keineswegs im Piano zu entdecken. Die kommt aus uns - im guten wie im schlechten. Ich sehe den Computer als das universellste Klavier, das wir Menschen bisher erfunden haben. Dessen sind wir uns aber noch nicht recht bewußt."

In diesem Sinne - die kalifornischen PC-Pioniere nannten den Computer 'Wheels for the mind' (etwa: Flügel für den Geist) - wird das neue Medium alle vorhergehenden Techniken in den Schatten stellen. Denn in der bisherigen Geschichte waren die Interaktionen der Menschen mit ihren Medien vorwiegend passiv - passiv in dem Sinne, daß Bilder an der Wand, Schrift auf Papier aber auch 'bewegliche' Bilder im Kino oder Fernsehen sich nicht auf Wunsch ihres Betrachters hin verändern. Mit dem Computer ist das anders, er ist ein (inter-)aktives Medium. Zugleich kann er jedes beliebige Medium simulieren, wie es erste Anwendungen in Film, Musik, Graphik und Literatur bisweilen schon recht eindrucksvoll erkennen lassen. Allerdings handelt es sich hierbei nur um frühe Vorboten einer Entwicklung, die sich noch in den Kinderschuhen befindet und deren längerfristige Konsequenzen sich derzeit kaum erahnen lassen. Wie es etwa die heutigen Anfänge von Hypermedia, Groupware, Virtuality oder Cyberspace zeigen, ermöglicht der Computer in Gestalt vernetzter multimedialer Systeme auch vollkommen neuartige Formen der Gestaltung, der Kommunikation und des Lernens, da er Vorgänge simulieren kann, die real nicht möglich sind und die dem Vorstellungsvermögen und der Phantasie kaum noch Grenzen setzen (Vgl. Rheingold 91).

Derzeit haben wir noch nicht einmal die passenden Bezeichnungen für die Fülle neuartiger Ausdrucksmöglichkeiten, die der Computer dem Menschen eröffnet.

Um zu begreifen, in welcher Weise das neue Medium die Gesellschaft durchdringen und verändern wird, muß man sich zuerst von allen überkommenen Metaphern lösen, die - wie etwa der Begriff 'Rechner' - falsche Vorstellungen suggerieren, die dem Wesen des universellen Simulationsinstruments nicht gerecht werden und die das kreative Nachdenken über dessen neue Qualität behindern. In einer interdisziplinären Arbeit aus den Bereichen Theaterwissenschaft und Informatik zeigt Brenda Laurel, wie der Ursprung des Dramas - als im alten Griechenland wichtigsten Medium des Lehrens und Lernens - einen Schlüssel zum Verständnis der Zukunft liefern kann: "Computer sind Theater. Die interaktive Technologie bietet wie das Drama eine Plattform zur Darstellung kohärenter Wirklichkeiten, in denen Akteure Handlungen von kognitivem, emotionalem und künstlerischem Wert vornehmen ... Zweitausend Jahre Theorie und Praxis des Schauspiels haben zu einem Ergebnis geführt, das bemerkenswerte Ähnlichkeit mit der noch jungen Disziplin der Konstruktion von Mensch-Maschine-Interaktionen aufweist, nämlich die Schaffung künstlicher Wirklichkeiten, die die Möglichkeit zu kognitiv, emotional und ästhetisch erweitertem Handeln bieten." (Laurel 91).

Dies alles wird das Verhältnis der Menschen zu ihren Informationsträgern noch einmal qualitativ verändern. Schon bei der Flut des Gedruckten ist es schwierig, den Wert und die Gültigkeit von Informationen kritisch zu beurteilen und ihre Entstehungszusammenhänge zu erkennen. Mit immer mehr verfügbaren Informationen werden diese Fähigkeiten immer bedeutsamer. Damit stellt der Computer vor allem unser Bildungssystem vor Herausforderungen, die vielleicht nur mit denen bei der Einführung der Schrift vergleichbar sind. Es darf künftig nicht mehr nur darum gehen, lediglich die Fertigkeiten zur Bedienung von Computerprogrammen zu erlernen - dies entspricht nur der Fertigkeit, mit Papier und Bleistift umzugehen. Die 'Grammatik' zu kennen genügt nicht, um verantwortungsbewußt und kritisch mit Texten und Informationen umzugehen oder sich kreativ die Ausdrucksmöglichkeiten eines neuartigen Mediums zu erschließen.

Langfristig gesehen wird die allgegenwärtige Nutzung des Computers zu einer neuen Kulturtechnik heranreifen, zu einer Selbstverständlichkeit, so wie es für

uns heute das Lesen und Schreiben ist. Wenn uns auch noch eine griffige Bezeichnung für diese Computer-Kompetenz fehlt, so kann doch kein Zweifel mehr daran bestehen, daß das, was sich derzeit in manchen Büros vollzieht, die ersten Anfänge einer Kulturrevolution sind. Die aktuelle Entwicklung zeigt, daß die vorgebliche Fachwelt gründlich irrt - wie so oft zuvor und danach. Der Rollenwechsel des Computers zu einem "dynamischen Medium für kreatives Denken" (Kay) erfordert ein gesellschaftsweites Umdenken - also einen Paradigmenwechsel. Wie Thomas S. Kuhn, der Schöpfer des Begriffs 'Paradigmenwechsel', in seinem Buch 'Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen' lapidar feststellt, braucht es allerdings hierfür mindestens 25 Jahre - die Verfechter des alten Paradigmas müssen erst aussterben. Auch deshalb dürfte zutreffen, was Alan Kay behauptet: "Wir befinden uns erst am Beginn einer neuen Renaissance. Öffnete zur Zeit da Vincis das Buch die Schleusen für Entwicklungen jeder Art, so ist es heute der Computer. Sehr weit sind wir dabei allerdings noch nicht ..."

Literatur

- Chew, Jane Carrasco und John Whiteside (Hrsg.): Empowering People. CHI '90 Conference Proceedings. Seattle 1990.
- Gerson, Barbara: Schöne neue Arbeitswelt - Wie Computer das Büro von morgen zur Fabrik von gestern machen. Frankfurt/New York 1991.
- Giesecke, Michael: Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien. Frankfurt 1991.
- Kay, Alan: Software. In: Spektrum der Wissenschaft, 1984, Nov., S. 34-43.
- Kay, Alan: Neue Informationssysteme und Bildung. In: Spektrum der Wissenschaft, 1991, Nov., S. 136-147.
- Klotz, Ulrich: Die zweite Ära der Informationstechnik. In: HARVARDmanager, Heft 2, 1991, S. 101-112.
- Laurel, Brenda: Computers as Theatre. Reading, Mass. u.a. 1991.
- McLuhan, Marshall: Die magischen Kanäle - Understanding Media. Düsseldorf/Wien 1968.
- McLuhan, Marshall: The Gutenberg Galaxy. Toronto 1962.
- Müller, Rolf A.: Software als Medium sozialer Selbstorganisation. Vortragsmanuskript zum Symposium: Evolutionäres Chaos im Forschen - Entwickeln - Gestalten. Berlin 1991.
- Rheingold, Howard: Virtual Reality. New York 1991.
- Sauerbrey, Gerhard: Betriebliche Organisation im Informationszeitalter. Heidelberg 1989.
- Schmitz, Karl: Computer und Mitbestimmung. Hamburg 92, im Druck.
- Vallee, Jacques: Computemetze. Reinbek 1983.
- Verity, John: Rethinking the Computer. In: Business Week, 26. Nov. 1990, S. 76-83.
- Zachmann, William F.: Die Zukunft gehört den PC-Netzen. In: Technische Rundschau, Heft 15, 1987, S. 71-79.

Gabriele Hooffacker*

Vernetzung ist ein Modewort mit gesellschaftlichem wie ökonomischem Hintergrund: In den gegenwärtigen Krisenzeiten setzen multinationale Konzerne auf Downsizing und Profit Centers, auf selbständige, aber vernetzte Einheiten und auf "Information" als vierten Produktionsfaktor. Die Linke war mal wieder schneller: Seit über fünf Jahren gibt es den Mailboxverbund LINKSysteme mit dem deutschsprachigen CL-Computernetz für politisch und ökologisch interessierte Gruppen und Menschen. Dessen Schlagwort heißt: Dial locally, act globally (lokal wählen, global handeln). Einige Thesen zum Thema, und eine Erläuterung für alle Computeranwender, wie's geht.

Der Linken fehlte es lange am passenden Medium. Statt themenbezogener Vernetzung und Zusammenarbeit konnte man Zersplitterung beobachten, die sich in entsprechend kleinräumigen und zersplitterten Einzelmedien äußert. Auch von den traditionellen Massenmedien ist derzeit wenig Hilfreiches zu erwarten. Die Probleme sind bekannt:

- Es handelt sich um unidirektionale Medien. Kommunikation ist nur in eine Richtung vorgesehen: vom Medienproduzenten zum Konsumenten. Information wird zum Konsumartikel und zur Ware; ihr Fetischcharakter läßt sich an den zeitgenössischen Kommunikationstheorien ablesen.
- Massenmedien erfordern einen technischen und organisatorischen Aufwand, der nur mit entsprechendem Kapital zu realisieren ist. Entsprechenden ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegen die Medienfabriken: Konzentrationsprozesse bei scheinbarer Medienvielfalt sind die Folge, und damit zersplitterte Medienwelten: Im Zeitalter von Kabel und Video ist per Massenmedium kaum mehr eine zusammenhängende Öffentlichkeit herzustellen. Man kann das auch "neue Unübersichtlichkeit" nennen.
- Von Verfügbarkeit der Massenmedien für kritische oder aufklärerische

Denkansätze, zur Verständigung über gesellschaftliche Zusammenhänge kann derzeit keine Rede sein. Das war nicht immer so: Die neu erfindene Drucktechnik stellte zur Zeit von Bauernkrieg und Reformation ein Instrument zu Verfügung, mit dem sich zielgerichtet Öffentlichkeit herstellen ließ. Die Arbeiterbewegung schuf sich ihre eigene Presse — bis hin zum Münzenberg-Konzern.

Auch die ehemals progressiven Medien unterliegen beobachtbaren Phasen und Abläufen. Anhand der Umbruchszeit der Frühen Neuzeit (16./17. Jahrhundert), der Zeit des Paradigmenwechsels zwischen Mittelalter und Neuzeit, und ihren Medien, lassen sich einige Beobachtungen über die Zusammenhänge zwischen ökonomischer Veränderung, sozialen Schichten und Medien machen.

1. Eine veränderte ökonomische Situation führt zur Entstehung Neuer Medien.
2. Eine (aufsteigende) soziale Schicht greift sich das Medium und verwendet es zur Herstellung von Öffentlichkeit für sich.
3. Mit zunehmender Verbreitung und Akzeptanz, technisch verbessert, wird das Medium selbst zum politischen und ökonomischen Faktor ("Information als Ware").

Diese Thesen lassen sich anhand der "neuen Medien" des 17. Jahrhunderts, den Zeitungen, Einblattgedrucken und Flugschriften, ebenso wie an den Computernetzen der Gegenwart verifizieren.

Von der Drucktechnik ...

Die ersten Zeitungen ("Zeitung" = Nachricht) aus der Frühzeit des Kapitalismus waren Handelsbriefe: Die Agenten der großen patrizischen Handelshäuser wie z. B. der Fugger informierten ihre Chefs über ankommende Schiffe, Mangelsituationen, Truppenbewegungen; nach diesen Informationen wurde die Firmenpolitik entschieden. (vgl. These 1).

Gleichzeitig entwickelte eine europäische Intellektuellenschicht, die Humanisten, ihre Brief- und Druckkultur (in der damaligen Verkehrssprache Latein). Hier wurden die großen geistigen Umwälzungen der Neuzeit vorbereitet und

deren Inhalte transportiert. Soziologisch waren die Humanisten Angehörige des niederen Adels oder der aufstrebenden Kaufmannsschicht. Etwas flapsig formuliert, vertrat sie die Interessen dieser aufsteigenden Schicht auf ideologischer Ebene.

Luther und die Reformation bauten auf diesen Traditionen auf. Die protestantische späthumanistische Gelehrtenkultur, wie sie zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu beobachten ist, wurde zum Nährboden der Verbreitung aufklärerischen Gedankenguts mittels Flugblättern und Flugschriften. (vgl. These 2).

Damit verbunden war eine Aufklärungs- und Bildungstätigkeit dieser Schicht, die sich um Alphabetisierung der Bevölkerung und um die Akzeptanz des neuen Mediums bemüht. Umgekehrt waren als Gegenbestrebungen von staatlicher Seite heftige Zensurmaßnahmen, Verfolgung der Verfasser und Drucker der Schriften zu beobachten, von konservativer (katholischer) Seite Versuche, das Medium als solches zu diffamieren. Durch die Verbindung von Text und Bild, die technischen Verbesserungen, die entstehenden Vertriebswegen des Neuen Mediums ("Der Zeitungssinger kömpt und singt die Neue Zeitung") und die steigende Akzeptanz des gedruckten Wortes wurde das Medium politisch wie kommerziell interessant.

Im dreißigjährigen Krieg (1618-1648) setzte vor allem die protestantische Union das Medium zur Propaganda ein und nützte damit den "revolutionären Touch" des Flugblatts. Es beginnt die massenhafte Verbreitung: Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts sind Medienkonzerne wie Paulus Fuest in Nuernberg die grossen kommerziellen Produzenten und Nutzniesser. In ihrem Auftrag arbeiten ganze neue Berufszweige. Die Inhalte werden allgemein, unverbindlich, unpolitisch. (vgl. These 3).

... zum Computernetz

Um Gegenöffentlichkeit herzustellen, liegt es im Zeitalter der Weltkonzerne und deren multinationaler Vernetzung nahe, auf das Medium der Datenetze und der Telekommunikation zuzugreifen. Wie kann eine solche politische Verwendung der Datenetze aussehen? Das selbstorganisierte Computernetz-

werk LINKSysteme (CL) hat für die "Neuen Sozialen Bewegungen" einen Informationszusammenhang geschaffen, der schnell und dezentral ist. Die Besonderheit: Es handelt sich um ein bidirektionales Medium; jeder Teilnehmer kann passiv (rezipierend) wie aktiv (produzierend und publizierend) daran teilnehmen.

Jeder Netzknoten enthält das komplette Nachrichtenangebot und arbeitet unabhängig. Mehrmals täglich erfolgt der Nachrichtenaustausch per Telefon — programmgesteuert, doch nach Wunsch individuell anpaßbar. Jeder Netzknoten kann mit jedem anderen direkt Verbindung aufnehmen oder die Nachrichten über die regulären Netzwege schicken ("routen"). Fällt ein Knoten aus, übernimmt sofort ein anderer seine Funktion. Das CL-Netz verhält sich hier wie ein neuronales Netzwerk.

Wer ist übers Netz erreichbar?

Gruppen und Initiativen wie Greenpeace, das "Forum InformatikerInnen für den Frieden (FIFF)" oder amnesty international (ai) nutzen die LINKSysteme (CL) ebenso wie Friedens- oder Klimagruppen, Alternativradios, Stadtzeitungen und Spezial-Infodienste. Parteien von den Grünen über die SPD bis hin zur PDS nutzen das Netz zur Veröffentlichung und Diskussion mit der Basis. Das erste LINKSystem entstand übrigens aus einer Computergruppe von Falken und Jusos in München.

Texte, die einmal per Computer erfaßt sind, weil sie in der Verbands- oder Parteizeitung oder auf einem Flugblatt abgedruckt werden oder weil ihr Verfasser ohnehin mit dem PC arbeitet, können ins Netz eingespielt und damit einem landesübergreifenden, internationalen Publikum zugänglich gemacht werden. Umgekehrt ist das CL-Netz ein unzensuriertes Informationsmedium: Nach Themen wie "Antifaschismus", "Frieden", "Umwelt" oder "Wirtschaft" geordnet findet man hier Texte und Hintergrundberichte "direkt vom Erzeuger".

Fallbeispiel: ai

Die "urgent actions" von amnesty international informieren über Verhaftung, Rechtsbruch, Folter, Todesstrafe in den Ländern der Welt. Sie rufen dazu auf, Protestbriefe an die Regierungsschefs zu schreiben. Die "urgent actions" (ua) enthalten Vorschläge für das Formulieren des Briefes, die Anschriften der Regie-

rungen, der Botschaften und der Presse sowie Hintergrundinformationen zu jedem einzelnen Fall. Die ua-Texte können Menschen, die aktiv bei amnesty international mitarbeiten, aus dem Computernetz LINKSysteme (CL) abrufen. Dieses Netz besteht aus rund 150 einzelnen Mailboxen im alten und neuen Bundesgebiet, in Österreich und der Schweiz. Jede davon enthält dieselben Nachrichten; die Mailboxen tauschen täglich die neu hinzugekommenen Texte aus. In der Rubrik (Verzeichnis) /MENSCHENRECHTE beispielsweise sind, nach Kontinenten geordnet, wöchentlich die aktuellen "urgent actions" zu lesen, in der Rubrik /GRUPPEN/GREENPEACE Mitteilungen lokaler Greenpeace-Organisationen.

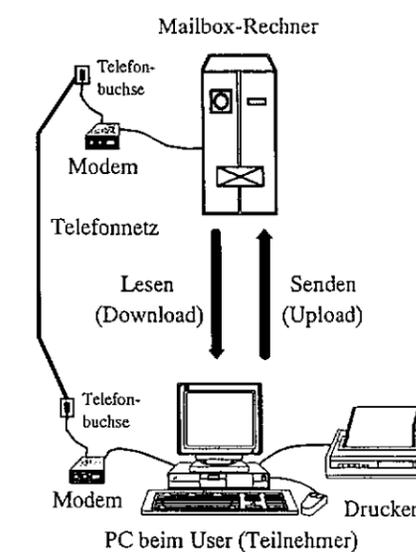
Was bringt das?

Wer bisher seine Briefe mit einem Textverarbeitungsprogramm geschrieben hat, spart nun Tipparbeit: Mit den "urgent actions" aus der Mailbox kann man die ua-Texte per Telefon abrufen und am eigenen PC weiterverwenden. Einfach bei der nächstgelegenen CL-Mailbox anrufen, den Text im Verzeichnis /CL/MENSCHENRECHTE/SUED-AMERIKA lesen und auf dem eigenen Computer mitspeichern. Das ist eine Sache von wenigen Minuten.

Jetzt ist der Text auf dem eigenen Computer gespeichert. Man kann nun die Mailbox verlassen und den Text per Textverarbeitung verändern, ihn mehrmals ausdrucken, an verschiedene Adressen senden und, wenn man das möchte, auch an andere Teilnehmer schicken oder faxen. Dazu braucht es vor allem einen Computer. Fast jeder kann inzwischen mit Textverarbeitung umgehen. Zum Bedienen einer Mailbox ist es nur mehr ein kleiner Schritt. Genauer: Der Griff zum Telefon.

Mailbox

Eine Mailbox ist noch wesentlich schlauer als Textverarbeitung. Der Mailboxcomputer ist rund um die Uhr übers Telefonnetz erreichbar. Am besten kombinieren Sie beides: Textverarbeitung und Datenfernübertragung (DFÜ). Das ist der postalische Fachausdruck für den Telefonkontakt zur Mailbox. Allgemein spricht man auch von "Telekommunikation".



Jeder Mailbox-Teilnehmer kann Nachrichten senden und empfangen

tion".

Folgende Möglichkeiten sind denkbar:

- die eigenen Texte in den Computer schreiben (und speichern, weiterbearbeiten, drucken ...)
- diese Texte per Telefon an die Mailbox senden. Dort können andere Teilnehmer sie lesen, an ihrem Computer weiterbearbeiten, drucken ...
- Texte aus der Mailbox lesen und am eigenen Computer speichern und weiterverarbeiten ...;
- einem anderen Teilnehmer gezielt Informationen zuschicken, der mit seinem Computer vielleicht am anderen Ende Deutschlands oder der Welt sitzt, der hat die Nachricht innerhalb von 24 Stunden (!).

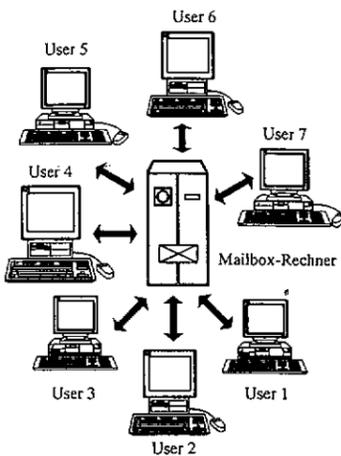
Man kann über die Mailbox also nicht nur Nachrichten empfangen, sondern auch selbst welche verbreiten — an einen bestimmten Teilnehmer oder über ein öffentliches "Brett" (Rubrik) an alle Teilnehmer des Netzes. Das sind allein im deutschsprachigen Raum derzeit mindestens 10.000 Menschen. International kommen noch etwa 20.000 Teilnehmer dazu.

Das braucht's dazu

Ohne Computer geht es nicht. Benötigt werden:

1. ein Computer. Egal welchen Fabrikats (!). Das ganze sogenannte Kompatibilitätsproblem - IBM-kompatibel oder nicht - entfällt; ob Apple Macintosh, Atari oder PC: Hauptsach-

* Dr. Gabriele Hooffacker, München, E-Mail-Adressen: G.HOOFFACKER@LINK-M oder SYSOP@LINK-Nnbg.sub.org



Mit einem Mailbox-Knoten können abwechselnd einige hundert Teilnehmer arbeiten, wenn es mehrere Zugangsleitungen gibt, sogar mehrere gleichzeitig.

nen "Account", das heißt, eine Zugangsberechtigung oder einen "Schlüssel" zur Mailbox. Er besteht aus dem eigenen Namen und einem Passwort. Wie man beides bekommt, erklärt einem die Mailbox.

Kostenpunkt: Ein Akustikkoppler kostet im Fachhandel rund 250,— Mark. Ein Modem mit Postzulassung ist etwa zum gleichen Preis schneller und preisgünstiger zu haben. Jedes Gerät muß vom Hersteller eine "Postzulassung" mitbekommen haben. Weitere Anmeldeformalitäten bei der Post sind nicht notwendig.

Die Kommunikationssoftware ist in vielen Softwarepaketen wie zum Beispiel "Works" oder "Windows" bereits enthalten. Viele EDV-Händler geben beim Kauf eines Modems oder eines Akustikkopplers ein Kommunikationsprogramm kostenlos mit dazu. Während die Telefonverbindung zur Mailbox besteht, zahlt man die üblichen Telefongebühren. Deshalb versuchen die Betreiber des Mailboxverbands LINKSysteme (CL), in möglichst vielen Orten der Bundesrepublik, in Österreich, der Schweiz und Norditalien eine Mailbox anzubieten: Fast überall erreicht man ein LINKSystem zum Ortstarif oder wenigstens innerhalb der Fernzone I.

Hintergrund: Informationsdienst LINKSysteme / LINKSYSTEME (CL)

Der Mailboxverbund LINKSysteme (CL) ist ein dezentrales Netz. Engagierte Gruppen oder Einzelpersonen betreiben die einzelnen Mailboxen, darunter mehrere Juso-Gruppen. Für organisatorischen Zusammenhalt sorgt der Trägerverein Kommunikation und Neue Medien e. V., München.

In jedem LINKSystem stehen Texte und Informationen zu Themen aus dem Umweltbereich, aus Kultur und Politik. Der Name hat einen Doppelsinn: engl. "links" heißt Verbindungen; LINKSystem ist aber auch die Abkürzung für Linkes Internationales Netzwerk und Kommunikationssystem. LINKSysteme (Com-

Link), kurz /CL, ist ein gemeinsames Netz von politischen und Umwelt-Mailboxen. /CL ist in Rubriken (Computerjargon: "Bretter") zu Themen wie Antifaschismus, Bildung, Frauen, Frieden, Gesundheit, Kultur, Medien, Recht, Soziales, Wirtschaft und den einzelnen Ländern.

In den LINKSystemen stehen Informationen aus der Bürgerrechtsbewegung, aus dem Umwelt- und Politikbereich, die man in der Presse vergeblich sucht. Außerdem bietet jedes LINKSystem eine Art Archiv: Die wichtigsten Meldungen und Informationen zu Themen wie Aids oder Atom lassen sich hier schnell und bequem abrufen. Mit einem wesentlichen Unterschied: Alle Informationen sind kostenlos. Denn der Inhalt des Mailboxverbundes stammt von den Lesern (im Computerjargon: Usern) selbst - politisch oder sozial engagierte, Grüne, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Friedensbewegte, Journalisten... Deren gesamte Arbeit ist ehrenamtlich.

Diese Texte finden sich im Verzeichnis /CL. Hier gibt es beispielsweise das erwähnte Brett /CL/MENSCHENRECHTE. Weitere Nachrichten aus der ganzen Welt in englischer oder spanischer Sprache liest man im Verzeichnis /APC. Darüber kann man auch direkten Kontakt mit Gruppen in Nicaragua, den USA, Australien etc. aufnehmen.

Nähere Informationen

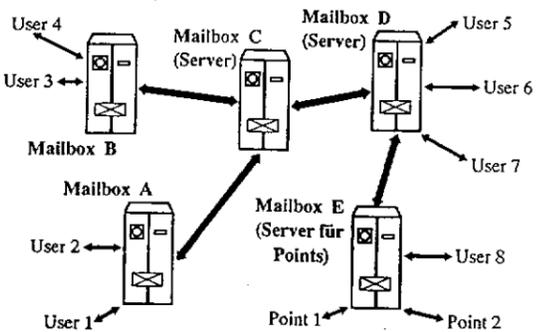
Weitere Informationen gibt es bei Kommunikation und Neue Medien e. V., Postfach 190520, 8000 München 19, Tel. 089/167 51 06, Fax: 089/13 14 06, dem gemeinnützigen Trägerverein der LINKSysteme. Hier gibt es auch die aktuelle Telefonnummernliste. Wer sich einmal in einem LINKSystem umsehen möchte, kann das in der LINK-N unter der Telefonnummer 0911/45 27 77 tun. Dort meldet sich ein Modem, das alle Baudraten von 300 bis 19.200 bit/sec beherrscht (Parameter 8/n/1). Bei Username bitte GAST eintippen und mit + weitergehen.

Die wichtigsten Befehle:

- ! Liste mit Mailbox-Befehlen
- BRETT Liste aller Themenrubriken
- ** (Bretter)
- BRETT Brett wählen, z. B. BRETT /
- (name) CL/GRUPPEN/SPD
- + ins nächste Brett wechseln

1. ein serielle Schnittstelle (V24 oder RS 232). Ein solches Gerät hat inzwischen fast jeder am Arbeitsplatz stehen;
2. einen Akustikkoppler (besser: ein Modem);
3. ein Telefon;
4. einigen Kleinkram wie serielle Kabel und Kommunikationssoftware. Programme wie "Windows" oder "Works" zum Beispiel enthalten ein solches einfaches Terminalprogramm.

Das Modem schließt man an Computer und Telefonbuchse an. Es sorgt für die Übermittlung der Texte in beide Richtungen. Dann startet man die Kommunikationssoftware. Nach dem Installieren und Speichern der Telefonnummer ruft der Computer selbstständig die Mailbox an. Wer hier neu ist, tippt das Wort "GAST" ein. Man benötigt nämlich ei-



Mailbox-Knoten sind untereinander über Server vernetzt. Auch der Server kann Mailbox-Teilnehmer bedienen. Auch wenn an einer Mailbox sogenannte "Points" hängen, arbeitet für sie die Mailbox als Server.

Im CL-Netz sind Jusos als Betreiber mehrerer LINKSysteme vertreten, so in Dortmund (LINK-DO) oder Regensburg (LINK-R). Sie veröffentlichten Texte in den themenorientierten Rubriken (Brettern), im eigenen Brett /CL/GRUPPEN/SPD und der Rubrik /JUSOS. Hier laufen sowohl Diskussionen über Sozialismus als auch Informationsaustausch zur praktischen Arbeit. Auf einem Computerseminar der Friedrich-Ebert-Stiftung in Weidenberg wurden folgende Thesen erarbeitet: Empfehlungen des Arbeitskreises Mailboxen auf dem Seminar politisch Arbeiten mit dem Computer am 11.7.1992 in Weidenberg

Eine Mailbox bietet die Möglichkeit, Daten aller Art (Texte, Bilder, etc.) an eineN andereN BenutzerIn oder eine BenutzerInnengruppe auf elektronischem Wege zu verschicken. Durch die Vernetzung vieler Mailboxsysteme besteht die Möglichkeit, mit geringem Aufwand Informationen einer großen Anzahl von BenutzerInnen zugänglich zu machen. Folgende Vorschläge wurden auf dem Seminar erarbeitet:

A) bestehende politische Mailboxnetze nutzen, fördern und flächendeckend ausbauen.

Wir betrachten es als erfolgsversprechender, bestehende Netze zu nutzen und zu fördern, als den sehr hohen finanziellen und arbeitsintensiven Aufwand zu betreiben, ein neues Netz zu installieren. In Bayern bzw. auf der Bundesebene gibt es schon lange ein politisches Netz von Mailboxen, welches bereit wäre, die SPD zu unterstützen, indem es seine Infrastruktur zur Verfügung stellt. Allerdings muß hierzu dieses Netz von der SPD mit unterstützt und dessen flächendeckender Ausbau gefördert werden.

B) Qualifikation und Organisation der Mitarbeiter

Zur mittelfristigen Vernetzung von allen bayerischen UBs (und KV's) wäre eine entsprechende Schulung und Qualifizierung der bestehenden haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter nötig. Dazu müßte sich die SPD Bayern entschließen, die notwendigen Bildungsmaßnahmen durchzuführen, bzw. zu finanzieren. Eine Vernachlässigung dieses Bereiches würde zur mangelnden Akzeptanz und damit zum Scheitern des Vorhabens führen. Der momentane Mehraufwand für Schulungen wird langfristig zu einer Zeiteinsparung und zu einer effektiveren Arbeit führen.

C) Bezuschussungen von Gliederungen

Es ist zu erwarten, daß finanzschwache UBs und KV's Zu-

schüsse für die Anschaffung der technischen Ausstattung benötigen werden. Durch Einsparungen im Bereich der Porto- und Druckkosten können diese Kosten langfristig wieder erwirtschaftet werden. Bei dem langfristigen Ziel, alle OV's in Bayern zu vernetzen, wäre eine z.T. 100%ige Bezuschussung unumgänglich.

D) Offenheit und Transparenz

Mailboxen bergen die Gefahr einer Monopolisierung der Informationen für einige wenige Funktionäre in sich. Um dem entgegenzuwirken muß die Zugänglichkeit der Mailboxen für alle Parteimitglieder gewährleistet sein. Mandatsträgern sollten auf ihre Verantwortung den anderen GenossInnen gegenüber noch einmal deutlich gemacht werden. Geschlossene Benutzergruppen innerhalb der Mailbox müssen von Gremien - nicht von einzelnen Funktionären - beschlossen werden.

E) Zentrale Datenbank mit Zugriff via Mailbox

Für die Arbeit vor Ort ist es wichtig, schnell auf vorhandene Informationen zugreifen zu können. Die Speicherung aller Statistiken, Studien, Untersuchungen etc. auf allen lokalen Mailboxen ist aus Gründen der Speicherkapazität, des Arbeitsaufwandes und der mangelnden Rentabilität kaum sinnvoll. Daher bietet sich die Einrichtung einer hauptsächlich geführten und zentralen Datenbank im Bundesgebiet an, auf die von allen Mailboxen aus bei Bedarf zugegriffen werden kann.

F) Datenschutz/Datensicherheit

Sämtliche persönliche Daten sind von Anderen nicht abrufbar. Die Benutzung der Mailbox ist nur in Verbindung mit einem individuellen Passwort möglich. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß dieses Sicherheitssy-

LESEN einen Text am Bildschirm lesen, z. B. LESEN 83

SENDEN einen Text an jemanden senden, z. B. SENDEN SYSOP

Den "Account" — das persönliche Postfach im Computer, das durch ein Passwort geschützt ist — erhält man bei jedem LINKSystem. Die Benutzungsgebühren vor Ort liegen zwischen fünf und zehn Mark im Monat. Spenden oder Mitgliedsbeiträge an den Trägerverein (Postgirokonto Mchn 467566-800,

Adresse für Spendenquittung angeben) sind darüberhinaus gern gesehen, denn daraus finanziert sich das ganze.

Nachbemerkung: Diesen Text schreibe ich auf dem Notebook am Küchentisch in Leipzig. Nebenan installiert der Systembetreiber des Leipziger LINKSystems die neue Mailbox LINK-L. Die Vernetzung Ost-West hat begonnen, und damit die Zusammenarbeit politischer Gruppen aus alten und neuen Bundesländern. Mit der ehemaligen Sowjetunion (Mailboxknoten GlasNet) und mit der Dritten Welt bestehen bereits Kon-

stem Mißbrauch weitestgehend ausschließt. Eine 100%ige Datensicherheit kann grundsätzlich nie und nirgends gewährleistet werden.

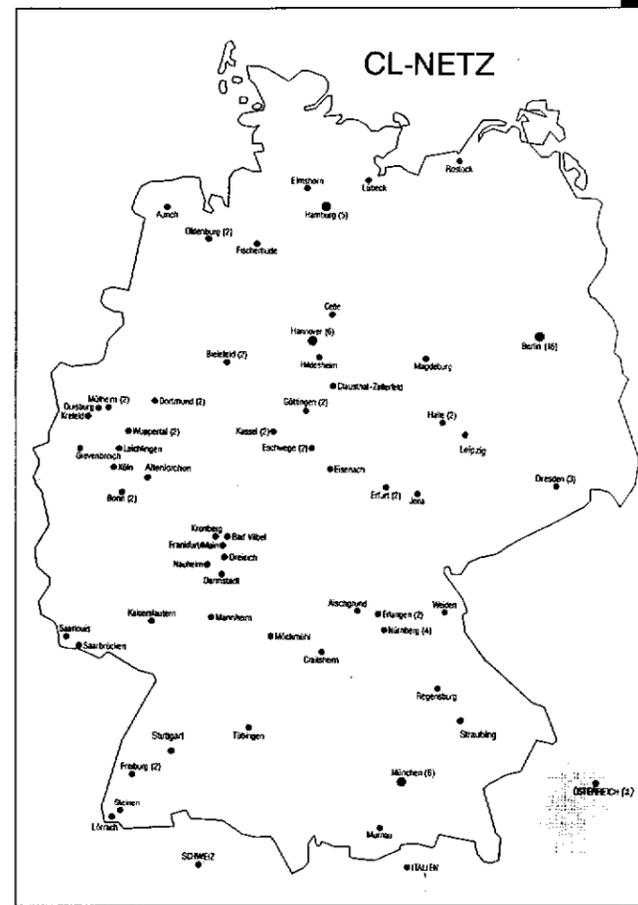
Florian Baumgartner, Straubing

Der komplette Text steht im Brett /CL/GRUPPEN/SPD. Der Verfasser ist übers Netz unter F.BAUMGARTNER@LINK-SR zu erreichen.

takte übers Datennetz. Im Wirtschaftsraum EG kommt der Neuen Öffentlichkeit über Computernetze neue Bedeutung zu. Die Zukunft hat schon begonnen.

Literatur:

- Martin Goldmann/Gabriele Hooffacker: Politisch arbeiten mit dem Computer, Reinbek 1991;
- Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Darmstadt und Neuwied 1962;
- Jacques Vallee: Computernetze. Träume und Alpträume von einer neuen Welt, Reinbek 1984;
- Joseph Weizenbaum: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft, Frankfurt am Main 1977.



Zur Replik

“Unregulierte Einwanderung als linke Programmatik?” von Birgit Zoerner

*Uwe Ostendorf**
Ich muß schon sagen, daß mich die Ungenauigkeit und Analyseschwäche dieser Replik sehr verwundert hat. Doch ich will dies gleich konkret machen. Vorweg sei nur noch gesagt, daß ich genau wie Birgit Zoerner die Autorin und den Autor mit den GegnerInnen des Einwanderungsgesetzes gleichsetzen werden.

1. Zum Abschnitt: “Linke und rechte Argumentationen verwechseln sich”

Die Behauptung, die Einwanderungsgesetz-(EWG)-GegnerInnen würden die Unregulierbarkeit der Zuwanderung propagieren, ist falsch. Vielmehr soll das Problem der mehr oder minder zwangsweisen Migration durch die Ursachenbekämpfung gelöst werden. Dies ist eine Regulierung, jedoch im Gegensatz zum EWG mit seiner Kontingentierung keine formale. Sie ist vielmehr eine Regulierung, die an den Bedürfnissen der Menschen ansetzt. Bis jetzt halte ich dies durchaus für eine Herangehensweise, die sich mit dem Adjektiv sozialistisch versehen läßt. Den Nachweis, wo es hier zu Überschneidungen mit rechten Argumentationen kommt, bleibt Birgit Zoerner schuldig. Allein die mit der Ablehnung des EWG verbundene Forderung nach verbesserten Einbürgerungsmodalitäten mit der Möglichkeit der Mehrstaatlichkeit müßten doch eigentlich Unterscheidungskriterium genug sein.

II. Zum Abschnitt “Konkrete politische Etappen bestimmen”

Sollte, wie in diesem Abschnitt gefordert, Popularität zum Kriterium werden, welchem politische Forderungen untergeordnet werden, so können wir uns ja gleich Herrn Kronawitter anschließen. Hier wird gerade so getan, als ob sich Popularität aus sich selbst heraus entwickelt. Damit wird die Zweckbestimmtheit des derzeit um sich greifenden Rassismus übersehen. Daß falsche Annahmen zu falschen Schlußfolgerungen führen ist bekannt. Weiterhin unterstellt Birgit Zoerner den EWG-GegnerInnen, sie sprächen von einer absoluten Unfähigkeit der Politik, das Migrationsproblem zu lösen. Dies ist falsch. Schon die Tatsache der Entwicklung einer eigenen Lösungsstrategie impliziert, daß man als politisches Subjekt von der Lösbarkeit des Problems ausgeht. Wer von der politischen Unlösbarkeit ausgeht, verhält sich dagegen fatalistisch. Der letzte Satz in diesem Abschnitt ist dann wirklich fürchterlich. Ich hoffe, daß der Begriff “Nicht-Einwanderungsgesetz” nur ein sprachlicher Fehlgriß ist, da er ein Gesetz

zur-Verhinderung der Einwanderung bedeutet. Der nicht konkretisierte Prüfstein einer progressiven Politik ist leider nur eine leere Worthülse, die einer ernsthaften Diskussion nicht förderlich ist.

III. Zum Abschnitt “Asyldebatte und Einwanderungsdebatte von einander trennen”

Da heißt es: “Wer gegen das Einwanderungsgesetz eintritt, erhöht damit auch den Druck auf das Asylrecht.” Inkonsequenterweise werden nach der Feststellung einer notwendigen Trennung beider Debatten, diese von der Autorin dann selber wieder vermengt. Die in diesem Satz suggerierte Kausalität existiert nur, wenn die Lösungsstrategie der EWG-GegnerInnen ausgeblendet und von der Richtigkeit einer quantitativ nicht mehr tragbaren Immigration ausgegangen wird.

Es ist natürlich einfacher, Aussagen zu widerlegen, die man sich vorher mundgerecht formuliert hat. Und so führt die Autorin auch im folgenden eine Argumentation gegen eine Position, die real nicht existiert. Diesmal fügt sie etwas hinzu, nämlich die Horrorszenerien einer Übervölkerung und Überfremdung der BRD. Die Zufügung ist notwendig, um die EWG-GegnerInnen mit den Rechten in einen Topf zu werfen. Oder handelt es sich nicht um eine Zufügung, sondern um die Interpretation der aufgezeigten Tatsache, daß es eine weltweit zunehmende Migration gibt, welche sich nicht durch bundesdeutsche Gesetze verbieten läßt. Dies wäre allerdings ein Indiz für Realitätsverlust nach dem Motto: “Was nicht sein darf, ist nicht.” Die auf soviel Merkwürdigkeiten folgende Forderung nach der Rückkehr zur rationalen Auseinandersetzung läßt sich dann nur noch als Demagogie klassifizieren.

IV. “Für ein Einwanderungsgesetz mit Kontingenten”

Unter erstens wird hier davon ausgegangen, daß bei der Kontingentsbemessung die Migrationsgründe ausschlaggebend sein werden. Wer die Forderung der Arbeitgeber und aus Teilen der CDU verfolgt, sieht, daß hier fast ausschließlich die Qualifikation eine Rolle spielt. Unterstellt, daß dies bei einer SPD geführten Bundesregierung anders wäre, so würden die Kontingente je nach Regierungsmehrheit mal humanitär, mal ökonomisch bemessen. Unter 2. in diesem Abschnitt folgt dann die Behauptung, ohne EWG würden 100.000 Menschen in unserem Land in die Zweitklassigkeit gedrängt. Schon wieder wird so getan, als ob es außer dem EWG keine andere Lösung gäbe. Durch permanentes Wiederholen wird diese Aussage auch nicht richtiger. Diesen 100.000 ist auch anders zu helfen, siehe unter erstens. Doch diesmal muß ich wenigstens die sprachliche Genauigkeit loben. Denn die Aussage bezieht sich explizit nur auf die Menschen in unserem Land. Menschen, die qua EWG-Kontingentierung nicht mehr in unser Land kommen können, sind ausgeblendet. Wohin sie gedrängt sind, interessiert offenbar nicht. Zumindest wird die Autorin diesem Problem nicht gerecht. Es drängt sich daher der Verdacht auf, es geht den BefürworterInnen des EWG nur um die Herstellung multikultureller Fassaden, um sich im Wohlstand eine helle Welt vorzugaukeln.

Desweiteren wirft die Autorin den Linken vor, das Migrationsrecht nur moralisch begründen zu können. Ja, wie bitte schön, soll das Migrationsrecht denn sonst begründet werden? Wirtschaftlich? Liegt nicht allem Handeln ein wie auch immer geartetes Wertesystem zugrunde? Logischerweise zeichnet sich die Linke dadurch aus, daß sie den Menschen aus humanitärer und nicht aus Verwertungssicht beurteilt. Wenn dies kritikwürdig ist, bedeutet dies in Konsequenz gedacht, daß nur das Ernstzunehmen ist, was sich der Kapitallogik unterwirft.

Leider muß man bei den weiteren Ausführungen der Autorin den Eindruck gewinnen, daß dies genau zu ihren Forderungen gehört. So soll über eine neue Weltwirtschaftsordnung diskutiert werden, wenn das Problem sozusagen kontingentiert, handhab- und verwertbar gemacht wurde. Diese Aussage wird dann unter 4. in diesem Abschnitt weitergeführt. Dort stellt die Autorin dann die Behauptung auf, daß dann der Rassismus abnimmt, wenn die kontingentierten (polemisch: handverlesene) AusländerInnenzahl sozial nivelliert ist. Die These, daß viele AusländerInnen viel Rassismus bedeuten, ist nun von der Rechten hinlänglich bekannt. Doch daß für den Rassismus auch noch erhalten muß, daß diese AusländerInnen deutlich sichtbar sozial deklariert sind, stellt eine neue Qualität dar.

Unter 5., um die logischen Sprünge und Brüche der eigenen Argumentation wissend, muß dann der DGB als Argument herhalten. Dabei hat sich doch dieser mit seiner “Ausländer machen unsere Drecksarbeit Kampagne” für dieses Thema selber diskreditiert. Das hernach aufgeführte Argument, zu viele AusländerInnen nehmen uns unsere Arbeit weg, muß wohl in der spw nicht mehr widerlegt werden. Bei solchen geistigen Entgleisung hilft es dann auch nicht mehr, ohne Herleitung und Belege zu behaupten, die EWG-GegnerInnen riefen nach marktähnlichen Lösungen. Mit real-sozialistischen Platitüden läßt sich der Schein der sozialistischen Gralshüterin nicht wiederherstellen. Das abschließende Beschwörungsritual zur linken Einheit und der darauf folgende Vorwurf, dem bösen Feind zuzuarbeiten, wirken da nur hilflos.

Geopolitische Strategien der USA in einer nach-amerikanischen Welt

*Immanuel Wallerstein**

Am Weihnachtstag 1991 sprach US-Präsident Bush aus Anlaß des Rücktritts Gorbatschows zu seiner Nation. Er redete von einem US-“Sieg” im Kalten Krieg. Aber war es wirklich ein Sieg? Und wenn es einer war, welche geopolitische Strategie ist für die USA denkbar in einer Welt ohne ‘kalten Krieg’?

Die USA seit 1945

Die USA sind seit 1945 der mächtigste Staat innerhalb des internationalen Staatensystems und dessen Hegemonialmacht gewesen. Ihr zentrales strategisches Ziel war die Erhaltung und Erweiterung dieser hegemonialen Macht. Aber wenn wir das Ziel in dieser Weise und so offensichtlich formulieren, sagt uns dies wenig über seine Übersetzung hin zu konkreteren geopolitischen Zwecken. Davon gab es vier.

Der primäre Zweck war es, “die UdSSR einzudämmen”, die (gemäß Reagans denkwürdigem Ausdruck) als das “Reich des Bösen” angesehen worden war. Dies wurde als ursprüngliches Ziel erklärt, und die anderen drei Ziele galten als wesentliche Erweiterungen zur Erreichung dieses Primärzieles. Die anderen drei Zwecke bestanden darin, die Einheit der “freien Welt” zu erhalten; eine kontinuierliche, gemäßigte politische und ökonomische Entwicklung der Dritten Welt zu sichern; und eine geeinte Heimatfront in den Vereinigten Staaten zur Unterstützung dieser hegemonialen Rolle der USA aufrechtzuerhalten.

Die Vereinigten Staaten hatten beträchtlich mehr Schwierigkeiten, diese vier Ziele einzuhalten, als sie öffentlich oder sogar sich selbst gegenüber eingestanden haben. Das trifft insbesondere zu für die letzten drei, als sekundär erachteten Ziele. Die Heimatfront der USA war durch interne soziale Unruhen erschüt-

tert worden, die in den späten sechziger Jahren explodiert waren, und die nun in den neunziger Jahren wieder aufzubrechen drohen. Die Dritte Welt war schon immer konfliktfreudiger, als die USA gehofft hatte, beginnend mit der chinesischen Revolution über den Vietnamkrieg bis zum als provokativ empfundenen kubanischen Regime, und von der iranischen Geiselnahme in der dortigen US-Botschaft bis zum Krieg am persischen Golf. Und Japan und die NATO-Verbündeten wandelten sich zu wichtigen ökonomischen Gefahren für das Wohlergehen der USA.

Doch bis 1989 wurden all diese Schwierigkeiten daheim, in der Dritten Welt und mit den OECD-Ländern in ihrer Auswirkung durch die Möglichkeit der USA begrenzt, mit der ideologischen Gefahr des Kommunismus zu winken und dadurch die Legitimität und faktische US-Führungsposition in der politischen Arena der Welt aufrechtzuerhalten.

Die sowjetische “Gefahr” für das Weltsystem ist von Vertretern und Ideologen sowohl der USA als auch der UdSSR schon immer überbetont worden. Die Konflikte waren immer vorsichtig orchestriert und begrenzt worden und wurden nach Grundsätzen durchgeführt, die die Hegemonie der USA in der Welt nach 1945 nicht wirklich bedrohten. Aber nichtsdestoweniger erschienen die Konflikte für die meisten Menschen glaubwürdig genug, um sie von der Durchführung von Dingen zurückzuhalten, welche die Stabilität des kalten Krieges hätten gefährden können.

Stabilität ist hier der Schlüsselbegriff. Der kalte Krieg garantierte eine relativ stabile Weltordnung, was natürlich das Gegenteil dessen ist, was uns die Propaganda hat glauben machen wollen. Aber gerade der Glaube an eine instabile Weltordnung war ein wesentlicher Teil dieses Gesamtpaketes, mit der sie in der Realität zu einer recht stabilen transformiert wurde.

Die USA nach 1989

Heute gibt es den kalten Krieg nicht mehr. Die UdSSR hat aufgehört zu existieren, und Rußland und die osteuropäischen Staaten sind nicht länger “kommunistisch”. Das bedeutet nicht einen Sieg für die USA, sondern eine Niederlage, weil gerade der kalte Krieg der wichtigste Stützpfiler der US-amerikanischen geopolitischen Strategie war. Ohne ihn fehlt den USA die Stärke, um weiterhin eine hegemoniale Rolle zu spielen.

Zunächst ist sie nicht länger das überragende Produktionszentrum in der Welt. Japan und Westeuropa haben nicht nur aufgeholt, sondern verbessern kontinuierlich ihre Position relativ zu den Vereinigten Staaten. Es besteht überhaupt kein Grund zu erwarten, daß dies beim Übergang in das einundzwanzigste Jahrhundert weniger wahr werden könnte.

Die finanzielle Position des US-Staates ist noch schlimmer. Die katastrophale Verschwendung während der Reagan-Jahre (der militärische Keynesianismus, die Umverteilung zugunsten der Reichen und die gewaltigen Finanzspekulationen auf Kosten der US-Steuerzahler) belasteten die USA mit einer massiven Verschuldung. Der Umfang der Schulden wird es für die USA erschweren (mehr als für Europa oder Japan), mit der derzeitigen Weltrezession umzugehen, und dadurch die USA noch weniger konkurrenzfähig machen.

In ideologischer Hinsicht werden die USA erkennen, daß sie ohne Anti-Kommunismus sehr wenig bedeuten. Der klassische Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts - politischer Reformismus und marktorientierte Wirtschaften - besitzt trotz zunehmender Verwendung in Parolen nur noch geringe Anziehungskraft. Die Menschenrechte haben zwar diese Anziehungskraft, doch dürften sie als Slogan wohl kaum die US-Hegemonie stärken, denn sie können zwar für, gleichzeitig aber auch gegen die Interessen der USA benutzt werden.

* Uwe Ostendorf, Bezirksgeschäftsführer der Falken Weser-Ems, Oldenburg

* Prof. Immanuel Wallerstein, Historiker, Leiter des Fernand-Braudel-Center an der State University of New York. Der Text erschien zuerst in: Katrin Fuchs/Joachim Schuster (Hg.), Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik. Bausteine für einen neuen Internationalismus, spw-Verlag, Köln 1992, 164 Seiten, DM 19,80

Die USA haben noch zwei wichtige Machtfaktoren, die jedoch beide gefährdet sind. Die eine ist ihre militärische Stärke. Immer noch sind die Vereinigten Staaten in diesem Bereich beeindruckend stärker als jeder andere Staat. Aber es wird unmöglich sein, diese Macht weiterhin aufrecht zu erhalten. Es gibt keine ideologische Rechtfertigung dafür, und die Kosten sind derart gestiegen, daß sie keine Unterstützung mehr finden. Das US-Militär wird im Laufe des nächsten Jahrzehnts einschneidenden Sparmaßnahmen unterzogen. Es ist zudem zu bezweifeln, daß US-Streitkräfte weiterhin außerhalb der USA stationiert sein werden.

In ideologischer Hinsicht werden die USA erkennen, daß sie ohne Anti-Kommunismus sehr wenig bedeuten. Der klassische Liberalismus des neunzehnten Jahrhunderts - politischer Reformismus und marktorientierte Wirtschaften - besitzt trotz zunehmender Verwendung in Parolen nur noch geringe Anziehungskraft.

Der zweite bleibende Machtfaktor ist die Forschungskapazität der Vereinigten Staaten, die weiterhin größer ist als die jedes anderen Landes. Doch sie ist in zweifacher Hinsicht bedroht - einerseits durch die andauernden Fortschritte der Forschungskapazitäten von Japan und Westeuropa, und andererseits durch die derzeitigen Ausgabenkürzungen im Bildungssektor der USA. Es mag dreißig Jahre dauern, bis dieser Vorsprung eingeholt ist, aber er schwindet. Selbstverständlich wirken alle diese negativen Faktoren mindestens schon seit den späten sechziger Jahren, aber ihre Auswirkungen wurden bislang durch die Möglichkeit der USA abgeschwächt, Parolen des kalten Krieges benutzen zu können. Da sie dies nun nicht mehr länger tun können, wird sich ihr relativer Abstieg beschleunigen. Darüberhinaus stehen den Vereinigten Staaten neue Gefahren bevor. Drei sind hier hervorzuheben. Wenn die neue Kondratieff-A-Phase beginnt, sobald wir aus der jetzigen Depression herauskommen (welche bei weitem noch nicht ihren Tiefpunkt erreicht hat), müssen die Vereinigten Staaten damit rechnen, im

Dreierwettkampf Japan - EG - USA um die Erreichung relativer Monopole bei neuen führenden Produkten weit abgeschlagen zu sein.

Die zunehmende ökonomische und demographische Polarisierung zwischen Nord und Süd hat eine Süd-Nord-Migration geschaffen, die trotz gesetzlicher Hürden zu einem enormen Anwachsen der internen Dritten Welt ("Third World within") in den OECD-Staaten während der kommenden Jahrzehnte führen wird.

Die zweite Gefahr kommt aus der Dritten Welt. Angesichts der Aussicht auf immer weitere Marginalisierung in den kommenden fünfzig Jahren und ohne wirkliche Gründe, zukünftig reale Aussichten für eine "nationale Entwicklung" innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft zu erwarten, wird die Dritte Welt zunehmend dem neigen, was ich als die Ayatollah-Khomeini- und die Saddam-Hussein-Option bezeichnen würde. Die eine ist die Behauptung eines totalen Anders-Seins in einer äußerst militanten Form. Die andere ist der Versuch, eine direkte militärische Herausforderung gegenüber den OECD-Staaten aufzubauen. Beide Bedrohungen waren während der letzten Jahrzehnte nur mit ausgesprochener Mühe eingedämmt worden. In den kommenden Jahren werden daraus größere, nicht kleinere Bedrohungen - unterstützt durch die unaufhaltsame Weiterverbreitung nuklearer Waffen. Die dritte Gefahr entsteht aus der Aussicht auf harte interne, soziale Auseinandersetzungen ("warfare") in den USA selbst. Und die OECD-Staaten stehen derselben Realität gegenüber: Die zunehmende ökonomische und demographische Polarisierung zwischen Nord und Süd hat eine Süd-Nord-Migration geschaffen, die trotz gesetzlicher Hürden zu einem enormen Anwachsen der internen Dritten Welt ("Third World within") in den OECD-Staaten während der kommenden Jahrzehnte führen wird. Obgleich dies für alle OECD-Staaten zutrifft, wird es zu dem relativ höchsten Ausmaß in den USA kommen (aus historischen Gründen). Angesichts der für die USA zu erwartenden wirtschaftli-

chen Schwierigkeiten wird dies zu einer Mixtur für akute interne soziale Konflikte führen.

Geopolitische Problemstellungen

Was können die Vereinigten Staaten in Anbetracht dieser düsteren Situation tun? Das heißt, welche Art geopolitischer Strategie werden sie voraussichtlich verfolgen? Das dringendste Problem wird das Aufhalten des relativen wirtschaftlichen Niedergangs sein. Innerhalb des Dreierwettkampfs für Wettbewerbsvorteile zwischen Japan, der EG und den USA wird die optimale Strategie für den schwächsten der drei, also die USA, darin bestehen, mit einem der beiden anderen eine Allianz einzugehen. Für mich ist es viel wahrscheinlicher, daß wir eine Allianz zwischen Japan und den Vereinigten Staaten sehen werden, als eine EG - USA - Allianz. Obwohl die kulturellen Beziehungen zwischen den USA und Europa offensichtlich enger sind als zwischen den USA und Japan, wird dies tatsächlich gegen eine europäisch - US-amerikanische Verbindung wirken. Die europäische Integration wird heute - und kann auch nur - gegen die Vereinigten Staaten geschmiedet werden. Dies ist der einzige Weg, auf dem Europa sich selbst kulturell behaupten kann. Japan hat ein solches Problem nicht. Es ist und wird auch weiterhin kulturell sehr verschieden von den USA bleiben.

Zweitens benötigt Europa die militärische Stärke der USA nicht mehr in dem Maße wie Japan. Das wichtigste militärische Problem ist das politische Vermächtnis des Zweiten Weltkrieges. Die Remilitarisierung sowohl von Deutschland wie von Japan bringen weiterhin politische Probleme hervor, und zwar sowohl intern für beide als auch extern für die zuvor gegnerischen Länder. Dies mag in zwanzig bis dreißig Jahren vergessen sein, aber es ist heute noch nicht der Fall. Doch hat Deutschland die Möglichkeit, eine Remilitarisierung als Teil Europas zu legitimieren. Japan hat einen solchen Vorwand nicht und benötigt deshalb die USA.

Drittens verbünden sich traditionell und aus offensichtlichen Gründen See- (Luft-) Mächte gegen militärische Kontinentalmächte mit einem Hinterland. Obgleich dies vielleicht weniger wichtig ist als in früheren Jahrhunderten, spielt

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im September 1992:

Jugoslawien: Die Intervention ist längst erfolgt - Interview • Mexiko: Der Sprung nach Norden / VW-Mexiko nach vier Wochen Streik und Aussperrung • Südafrika: Politische Gewalt • Israel: Regierungswechsel • Hintergrund Rio: Unser Lebensstil steht nicht zur Verhandlung - Ergebnisse und Streitfragen der Umweltkonferenz • Ein globales Umweltregime - ohne Kurswechsel • Maastricht: Das Nein der Dänen • § 218 - und kein Ende • BRD: Zur Malaise der Parteienpolitik.



Mit Beiträgen von: Silvia Kontos, Wolf-Dieter Narr, Carlos M. Fuentes, Georg Simonis, Zeljco Cunovic, Christoph Görg, Lothar Brock, Amos Wollin, Henrik Kaare Nielsen, Holm-Detlev Köhler, Peter Schröder, Arno Klönne u.a.

Ich bestelle

○ 1 Exemplar links Heft 9/92 zum Preis von 7,- DM (nur gegen Vorkasse: Briefmarken, Scheck etc.)

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

es im Denken von Militärstrategen immer noch eine Rolle.

Daher erscheint es mir wahrscheinlich, daß eine politische und ökonomische Allianz zwischen Japan und den USA auftauchen wird mit den Vereinigten Staaten als Juniorpartner im Wirtschaftsbereich (dessen Stärke insbesondere im Forschungssektor liegen würde), der aber weiterhin den Großteil der militärischen Anstrengungen offerieren würde. Selbstverständlich würde die Allianz nicht einfach zu schmieden sein, und dies dürfte auf keiner Seite großen öffentlichen Enthusiasmus erwecken, doch wäre sie auch nicht die erste Verunftete ("mariage de convenance") der Geschichte.

Die Vereinigten Staaten haben keine plausible geopolitische Strategie, um die Unruhen in der Dritten Welt der nächsten dreißig bis fünfzig Jahre meistern zu können.

Das zweite Problem wäre die unruhige Dritte Welt. Die dringendste taktische Notwendigkeit wird darin bestehen, die Länder der Dritten Welt auseinander zu dividieren. Zu diesem Zweck werden sich Japan und die USA darauf konzentrieren, China an den Vorteilen ihres neuen Einflusses teilhaben zu lassen. China außen vor zu lassen, würde eine bedeutende Gefahr darstellen. China einzubeziehen wäre dagegen ein bedeutender Aktivposten, ein großer neuer Markt. Noch wichtiger wäre Chinas großes und billiges Arbeitskräftepotential. Zudem sollten sowohl seine militärische als auch seine politische Stärke nicht unterschätzt werden. Europas Ergänzung wäre Rußland, aus genau den gleichen Gründen.

Wenn China und Rußland integriert wären, müßten die OECD-Länder nicht unbedingt andere Länder der Dritten Welt einbeziehen. Sie könnten die Einbeziehung von noch mehr Ländern nicht richtig handhaben, da jede "Einbeziehung" ihren ökonomischen Preis hat. Natürlich mag es unbedeutende Ausnahmen geben - entweder aufgrund geographischer oder kultureller Nähe (Teile von Osteuropa, Korea, etc.), oder wegen des spezifischen wirtschaftlichen Wertes bestimmter, entfernter Enklaven. Doch im großen und ganzen wird der Rest der Dritten Welt in ökonomischer Hinsicht ignoriert werden.

Die ignorierten Gebiete werden dies nicht anerkennen und damit beginnen, die Optionen der Typen Ayatollah Khomeini und Saddam Hussein auszuprobieren. Die USA wird versuchen, sie mittels Warnungen, Drohgebärden und durch Vorführung ihrer militärischen Stärke unter Kontrolle zu halten.

Aber ich kann mir nicht vorstellen, wie dies besonders wirksam sein soll. Und soweit sie nicht wirken, wird der US-Isolationismus zunehmen und die Möglichkeiten für Interventionen weiter reduzieren. Kurzum, die Vereinigten Staaten haben keine plausible geopolitische Strategie, um die Unruhen in der Dritten Welt der nächsten dreißig bis fünfzig Jahre meistern zu können.

Das dritte geopolitische Problem wird die interne Einheit der USA sein. Die UdSSR ist auseinandergefallen, obwohl nur wenige dies vor zehn Jahren vorausgesagt hätten. Es scheint nicht jenseits des Bereiches der Möglichkeiten zu sein, daß die Vereinigten Staaten während der nächsten ein oder zwei Jahrzehnte zum Schauplatz disintegrativer Erschütterungen werden. Die USA hatten bereits einen Bürgerkrieg, von dem sich zu erholen es einhundert Jahre gedauert hat. Es könnte zu einem zweiten Bürgerkrieg kommen, der weniger offenkundige interne geografische Fronten hätte, und dem deshalb weniger leicht zu begegnen wäre. Eine derartige Disintegration ist nicht unausweichlich, doch nur eine fundamentale politische Kehrtwende könnte das Risiko verringern. Benötigt wäre einfach ein Richtungswechsel hin zu größerer interner Gleichheit in ökonomischer und rassistischer Hinsicht. Jeder, der die USA gut kennt, weiß daß beides nicht leicht, auch nicht unmöglich wäre. In der Tat würde ich wetten, daß einer der politischen Schlüsselkämpfe im Weltsystem der nächsten zwanzig bis dreißig Jahre der interne soziale Kampf in den USA sein wird, eine Auseinandersetzung über die Identität und das Wesen ("the soul") des US-amerikanischen Volkes. Wann und ob die Vereinigten Staaten diese tiefgehenden internen Risse werden kitten können, hängt von davon ab, ob sie ihren Pseudo-Sieg im kalten Krieg überwinden werden.

(Übersetzung: Edgar Göll)

Reflektionen Reflektionen

Die Unordnung des Friedens

Richard J. Barnet*

Seit Ende des Kalten Krieges wird ziemlich viel über die neue Weltordnung geredet, doch trotz all dieser Debatten sind die abendlichen Nachrichten ein Kaleidoskop der Unordnung. Lang unterdrückte Sehnsüchte nach Freiheit brechen an allen möglichen, nicht erwarteten Orten hervor, aber ebenso alte Klagen über Land, Religion, Respekt und Macht, die lange Jahre von den Amerikanern ignoriert wurden, als die amerikanische Nation von sowjetischer Macht und sowjetischen Zielen besessen war. Die Welt sieht verwirrender aus als jemals zuvor und ist, verglichen mit der Zeit, als es Mode war vom atomaren Weltuntergang zu reden, in vielerlei Hinsicht gewaltsamer geworden.

Der größte internationale Konflikt in der neuen Nachkriegsepoche - die Eroberung Kuweits durch den Irak, die darauf folgende, über fünf Monate sich erstreckende Entsendung von Truppen in die saudi-arabische Wüste, die Strafaktion im Luftkrieg und der hundert Stunden dauernde Landkrieg gegen den Irak, alles organisiert von den Vereinigten Staaten - wurde von Präsident Bush im März letzten Jahres als das Ereignis gefeiert, das die neue Weltordnung möglich mache. Die Schlacht, die nicht zu dem gewünschten Ergebnis führte, die den Irak zerschmettert mit einem immer noch an der Macht befindlichen unnachgiebigen Führer zurückließ, verdeutlichte nach Ansicht des Präsidenten, daß Amerika "das Vietnam-Trauma ein für allemal überwunden" habe. Die Monate der Kriegsvorbereitung, der Bildung einer Allianz und die Durchführung des Krieges einschließlich der dazu gehörenden Öffentlichkeitsarbeit sowie die weitgehend erfolglosen Bemühungen im Anschluß an den Krieg, Saddam Hussein davon zu überzeugen, die Niederlage anzuerkennen, haben die Bush-Regierung von der Bewältigung der

drängendsten Aufgaben abgelenkt: darüber nachzudenken, was die Vereinigten Staaten in dem neuen Jahrhundert sein können und sollen. Mit dieser Zielvorgabe im Kopf muß eine neue Strategie entwickelt werden, um in einer Welt zu navigieren, in der die Eindämmung der Sowjetunion und ideologische Kriegsführung gegen den Kommunismus nicht mehr länger als Leitsterne dienen können. Alle Großmächte sehen sich einer ähnlichen Identitätskrise gegenüber. (...) Aber keine andere Großmacht - natürlich mit Ausnahme der früheren Sowjetunion - ist aus dem Kalten Krieg mit solch einem Berg an lange vernachlässigten inneren Problemen hervorgegangen wie die Vereinigten Staaten. (...)

Die Vereinigten Staaten, der Welt größte Schuldner, können ohne die jährlichen 80 oder mehr Mrd. Dollar nicht-amerikanischer Geldgeber, von denen sie abhängen, ihre Staatsbediensteten nicht entlohnen.

Der Golfkrieg sollte die "declinists" zum Schweigen bringen, also diejenigen, die davor gewarnt haben, daß die Vereinigten Staaten immer weniger ökonomische und politische Kraft haben, um eine führende Rolle im Weltgeschehen zu spielen, wenn sie ihre internen Probleme wie falsche Ausgabenprioritäten und strategische Konfusion vernachlässigen. Doch sind die Klagelieder seit dem Krieg immer öfter zu hören, und die Worte, in die sie gekleidet sind, sind weniger zurückhaltend. (...) Nichts ist in den letzten Monaten in Washington passiert, das darauf hindeuten würde, die Administration nutze den Sieg im Kalten Krieg als Gelegenheit, nationale Interessen neu zu überdenken, auch wenn George Bush mehr Möglichkeiten hat als jeder andere Präsident seit Harry Truman, in neue Richtungen vorzustoßen. (...)

Was sind die wichtigsten politischen und ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten in einer Welt, die sich schneller verändert als es unsere Fähigkeit zu verstehen erlaubt? Was sind die wirksamen Mittel zur Durchsetzung und zum Schutz dieser wichtigsten Interessen?

Und durch welche politische Entwicklung können sie definiert werden? Von den Antworten hängt die Zukunft der Demokratie in den Vereinigten Staaten ab.

Das sind nicht die Art von Fragen, über die Regierungen normalerweise nachdenken, außer wenn sie eine vernichtende Niederlage erlitten haben. (...) Präsident Bush ist durch die hartnäckige Rezession verwundbarer geworden. Gleichwohl wird es dem Kandidaten der Demokraten schwerfallen, die Wähler davon zu überzeugen, daß er eher als Bush imstande ist, die ernstesten wirtschaftlichen Probleme zu lösen, die durch das Beharren auf eine Politik entstanden sind, die der republikanische Präsident zu verantworten hat.

Die neue Weltordnung der Bush-Regierung steht fest auf zwei Säulen, die noch aus der alten Ordnung übriggeblieben sind. Eine davon ist die Politik der nationalen Sicherheit, die sich auf die Bewahrung militärischer Macht als Kennzeichen nationaler Stärke und Motor der Diplomatie gründete. Die zweite Säule bezeichnet eine Wirtschaftspolitik, die auf freien Welthandel und fortdauernde Herrschaft des Dollars ausgerichtet ist, wodurch Schulden und Defizite abgebaut werden sollen. (...)

Bis jetzt ist es Bushs Strategie gewesen, die Grundzüge der Politik fortzusetzen, mit deren Hilfe der "Kalte Krieg gewonnen" wurde. Dies schließt einen zwar etwas verringerten, aber dennoch riesigen Militäretat ein. (...)

Für die Aufrechterhaltung "effektiverer" und "modernisierter" Streitkräfte werden eine Unzahl politischer Gründe ins Feld geführt. Vor ungefähr 30 Jahren erklärte ein hoher Regierungsbeamter, daß das militärische Engagement Amerikas in der Welt unausweichlich sei, da zu jeder Zeit innerhalb eines 24-Stunden-Tages ein Drittel der Weltbevölkerung erwacht, um Unheil anzurichten. In der jetzigen Zeit mit der weltweiten, rund um die Uhr verfügbaren elektronischen Nachrichtenübermittlung machen die unheilvollen Bilder von Gewalt und Tod den offiziellen Standpunkt anschaulicher. Die instinktive Reaktion darauf ist,

nach einer noch größeren, besseren Waffe zu verlangen. (...)

Durch die Fähigkeit der USA, mit tödlicher Macht über verblüffend weite Entfernungen zuschlagen zu können, fühlen sich viele Amerikaner sicherer. (...)

Die Vereinigten Staaten können den Rest der Welt nicht einfach vergessen oder sich nur selektiv auf Teile der Welt beziehen. Das wäre genauso unmöglich, als wenn man sich dem Gesetz der Schwerkraft verweigern wollte.

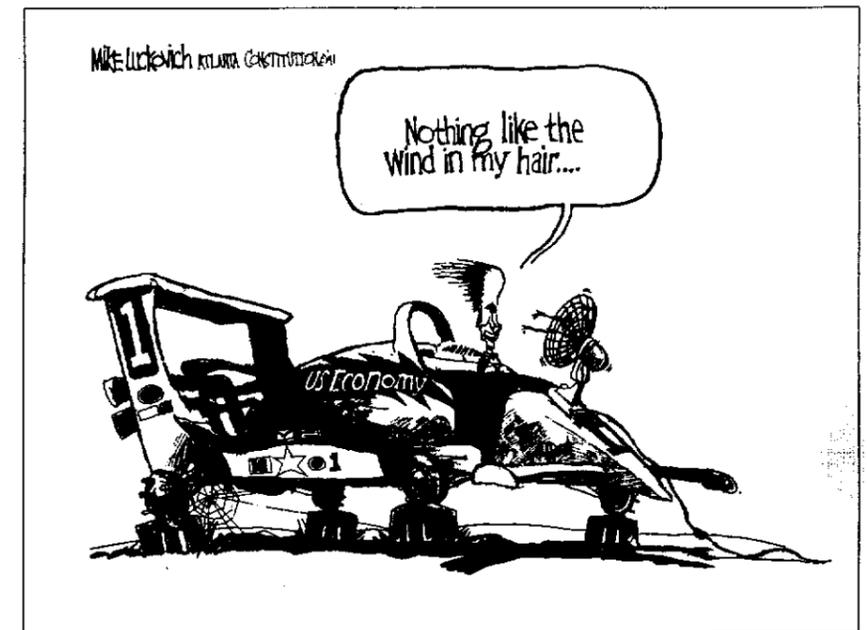
Es kann kaum überraschen, wenn Präsident Bush sagt, er habe mehr Spaß Außenpolitik zu betreiben als zu versuchen, interne ökonomische und soziale Probleme zu lösen. Im Grunde machte jeder Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg die gleiche Erfahrung. Der Grund dafür ist, daß der Präsident in der Außenpolitik in zweifacher Hinsicht weniger rechenschaftspflichtig ist. Erstens hat er einen größeren Spielraum, eigenständig zu handeln: Mehrere Monate nach dem Golfkrieg machte Präsident Bush deutlich, daß er sich auf die ihm eigene Macht verlassen hätte, eine halbe Million US-Soldaten an die Front zu befehlen, wenn der Kongreß den Einsatz von Gewalt nicht genehmigt hätte. Zweitens ist es für die Wähler schwierig, die Außenpolitik des Präsidenten zu bewerten, außer wenn sie zu nationaler Demütigung oder einer Niederlage führt. (...)

Die traditionelle Kategorien "Außenpolitik" und "Innenpolitik" sind für die Wähler leicht zu begreifen: erstere hat mit "den anderen" zu tun, letztere mit "uns". Es überrascht daher nicht, daß die Demokraten - mangels einer eigenen Vision und gegenüber einem immer noch beachtlichen Oberbefehlshaber, der Manuel Noriega hinter Gitter brachte und die Aufgabe der sowjetischen Weltmachtposition entgegennahm - Bush mit Spott überziehen, weil er sich zuviel um die Welt kümmere und zuwenig um die eigenen Angelegenheiten. Diese Linie kann die Kandidaten in der bevorstehenden Kampagne für die Präsidentschaftswahlen in die Falle einer falschen und polarisierenden Auseinandersetzung führen zwischen der isolationistischen Vision von "Amerika zuerst" und der Vision eines neuen Kal-

ten Krieges basierend auf dem alten Slogan "globale Verantwortung". (...) Die Vereinigten Staaten können den Rest der Welt nicht einfach vergessen oder sich nur selektiv auf Teile der Welt beziehen. Das wäre genauso unmöglich, als wenn man sich dem Gesetz der Schwerkraft verweigern wollte. Hauptmerkmal der neuen Epoche in der Weltwirtschaft ist die Globalisierung der Weltwirtschaft. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist inzwischen derart fest

markt bewegt, ohne jede Möglichkeit, regulativ einzugreifen. Geld kann eben überall geliehen werden; nationale Regierungen können ihre Volkswirtschaften nicht mehr länger dadurch steuern, daß sie einfach nur die Leitzinsen festsetzen. (...)

Freilich ist Isolationismus ebenso eine Illusion wie Präsident Bushs neues Amerikanisches Jahrhundert. Die Vereinigten Staaten, der Welt größte Schuldner, können ohne die jähr-



in der Weltwirtschaft verankert, daß kein Präsident der USA in der Lage ist, eine isolationistische Politik zu betreiben - gleichgültig, wie groß der Auftrag für solch eine Politik ist -, ohne damit dem amerikanischen Volk immensen Schaden zuzufügen. Die großen "Motoren" der amerikanischen Wirtschaft - Banken, Industrie und weltweit operierende Dienstleistungsunternehmen (...) - haben Interessen und Loyalitäten, die weit über die USA hinausgehen. Keine nationale Regierung kann sie kontrollieren oder gar zu einer nationalistischen Politik zwingen, von der sie nicht glauben, sie sei auch in ihrem Interesse. Die Regierung kann bestenfalls die Haltung dieser Unternehmen durch Schaffung von Anreizen oder Hemmnissen beeinflussen. Keine Regierung kann die riesigen Summen von Kapital, die über Computer in die ganze Welt fließen, kontrollieren: jeden Tag, und das über 24 Stunden, werden mehr als 500 Mrd. Dollar auf dem internationalen Devisen-

lichen 80 oder mehr Mrd. Dollar nicht-amerikanischer Geldgeber, von denen sie abhängen, ihre Staatsbediensteten nicht entlohnen. (...)

Wie und für wen die amerikanische Wirtschaft arbeitet, hängt größtenteils davon ab, wie - nicht ob - sie in der Weltwirtschaft verankert ist. (...)

Der Golfkrieg, der Bürgerkrieg in Jugoslawien, der Putsch in der Sowjetunion und dessen chaotische Nachwirkungen sind für die Waffenproduzenten ein Geschenk des Himmels, weil sie auf dramatische Weise zeigen, wie unberechenbar und gewaltanfällig die heutige Welt ist. (...)

So kann sogar der Zusammenbruch einer 45 Jahre währenden Feindschaft als Beleg für die Notwendigkeit teurer militärischer Programme herangezogen werden, wie absurd und gefährlich das auch immer sein mag. Diese reflexartige Reaktion ist zwar unlogisch, kann aber kaum überraschen. Innerhalb der Regierung Bush ist seit dem letzten Jahr die

* Dr. Richard J. Barnet, Institut for Policy Studies, Washington D.C. Nachgedruckt mit Genehmigung von Richard J. Barnet 1992. Original in The New Yorker. Alle Rechte vorbehalten.

Meinung vorherrschend, daß der Sieg im Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion das entscheidende Moment bei der Wiederherstellung der amerikanischen Führungsposition in der Welt war. In der Folge des Golfkrieges schlußfolgerte eine Reihe von Kommentatoren, daß die USA im Namen der anderen Industrienationen als Weltpolizist in Erscheinung trete und für diese Dienste auch anständig bezahlt werden müsse. (...)

Natürlich waren die gewaltigen Mittel im Bundeshaushalt, die von den Bürokratien im Bereich Nationale Sicherheit verschlungen wurden, niemals allein mit der sowjetischen Bedrohung zu rechtfertigen, geschweige denn mit der bloßen Existenz dieser Apparate zu erklären. In Wirklichkeit wurden diese Bürokratien schon vor Beginn des Kalten Krieges geschaffen. Ihr ursprünglicher Auftrag war der Kampf gegen Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Dieser Krieg kennzeichnet einen wichtigen Einschnitt in der amerikanischen Geschichte. Vor 1940 waren die USA eine klassische Seemacht mit kleinen Landstreitkräften, geschützt durch zwei Ozeane und eine der größten Flotten der Welt; ihre Macht ergab sich aus expandierender industrieller Stärke. Aus dem Krieg gingen sie hervor mit gewaltigen Land-, See- und Luftstreitkräften, einem Netz von Stützpunkten auf der ganzen Welt, großen Nachrichtendiensten, einer riesigen Kriegsindustrie und einem Netz von Universitäten und Forschungsstätten, die darauf ausgerichtet waren, die militärischen Anstrengungen wirksam zu unterstützen. Die Bevölkerung war jedoch kaum weniger isolationistisch eingestellt als vor dem Krieg.

Doch hatte die offizielle amerikanische Weltsicht aufgrund des Überraschungsangriffs auf Pearl Harbour und des sich abzeichnenden Atomzeitalters eine Revolution durchgemacht. Als die Atombombe dreieinhalb Jahre später gezündet wurde, war klar, daß die amerikanische Findigkeit bei der Umsetzung der Kernspaltung zugleich die amerikanische Unverwundbarkeit beendet hatte: es war nur eine Frage der Zeit, wann andere Staaten die Fähigkeit besäßen, amerikanische Städte zu zerstören. (...)

Das wichtigste Tätigkeitsfeld der US-Regierung und die Hauptbeschäftigung aller Präsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg, der weltweite Kampf gegen den Kommunismus und die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg, waren

kaum Gegenstand von Diskussionen. Zu den unabänderlichen Gegebenheiten des politischen Lebens in Amerika gehörte es, daß der Präsident in Übereinstimmung mit den Programmen des Pentagon, des State Department und der C.I.A. den Umfang bestimmte, der für den Kampf im Kalten Krieg vorgesehen war. Die Handvoll Skeptiker und Andersdenkenden im Kongreß waren eine Randerscheinung; wer Militärausgaben und militärischen Abenteuer anprangerte, gab anderen die Gelegenheit, seinen Patriotismus in Frage zu stellen. (...)

Der idealisierte, übervernünftige Feind, groß genug, böse genug und aggressiv genug, um Ziel einer globalen Kriegsmaschinerie zu sein, hat sich in Luft aufgelöst.

Es ist schwerlich erkennbar, wie große stehende Armeen, schnelle Eingreiftruppen, große Bestände an atomaren Waffen, gewaltige Versorgungssysteme und Nachrichtendienste (...) effektiv der Unordnung und den Gefahren der Zeit nach dem Kalten Krieg angepaßt werden können. Atomare Abschreckung basierte auf der Idee eines Schachspiels: Der Wettlauf der Technologien war darauf ausgerichtet, den Gegner ständig aus dem Gleichgewicht zu bringen, so daß er weder einen Atomkrieg beginnen noch die USA provozieren konnte, selbst einen zu beginnen. Doch schrecken Atomwaffenlager Drogenhändler, einen wütenden Mob, Terroristen oder Separatisten ebensowenig ab wie die "Waffen" eines Elefanten fliegen. Der idealisierte, übervernünftige Feind, groß genug, böse genug und aggressiv genug, um Ziel einer globalen Kriegsmaschinerie zu sein, hat sich in Luft aufgelöst. Übriggeblieben sind in Unordnung geratene Teile der Sowjetunion, die über eine Menge konventioneller Waffen und atomarer Sprengköpfe verfügen sowie eine in Unordnung geratene Welt, für die die etablierte atomare Strategie völlig irrelevant geworden ist. Bis zu 60 Prozent des amerikanischen Militärhaushalts sind in den letzten Jahren für die NATO und die Verteidigung Europas ausgegeben worden. Aktuelle Planungen sprechen sich für die Aufrechterhaltung einer ansehnlichen Streitmacht in Europa aus und legen ausführlich dar, wie man dafür Un-

terstützung in den Vereinigten Staaten bekommt. Hohe Regierungsbeamte räumen zwar ein, daß die ursprünglichen Ziele der NATO erreicht worden seien, glauben aber, amerikanische Divisionen sollten deshalb bleiben, um zu symbolisieren, daß die USA Europa nicht den Rücken zukehren. (Das wäre auch ohne jede Symbolik nur schwer zu machen, im Lichte der zahlreichen wirtschaftlichen Interessen Amerikas in Europa, der zunehmenden Bedeutung des amerikanischen Marktes für europäische Unternehmen und im Hinblick auf die wichtige Rolle, die europäische Regierungen und Banken einnehmen bei der Finanzierung unserer Schuldenlast.) Es war ohnehin keine leichte Aufgabe, eine Hauptrolle bei der europäischen Verteidigung zu spielen, als die Sowjetunion noch bestand, und jetzt erst recht nicht, berücksichtigt man den Zustand der amerikanischen Finanzen und die Fähigkeit der europäischen Staaten, sich selber zu verteidigen. (...)

Außerdem sind die wesentlichen politischen Koordinaten der NATO, die immer wichtiger waren als die militärischen, durch den Sieg im Kalten Krieg obsolet geworden. Das stärkste politische Argument für die NATO war, sie würde Westdeutschland im Westen verankern und so die größte Macht, die die Sowjets über die USA und ihre Verbündeten hatte, untergraben, die Macht nämlich, den Deutschen die Wiedervereinigung in Aussicht zu stellen und sie dadurch praktisch zu einem Seitenwechsel zu bewegen. Die Wiedervereinigung ist nun aber eine vollendete Tatsache. (...)

Natürlich gibt es wesentliche friedenswahrende und polizeiliche Aufgaben, die erfüllt werden müssen, wenn die Welt in Richtung Recht und Ordnung bewegt werden soll. Die Charta der Vereinten Nationen verfügt über einen Rahmen, der den Einsatz internationaler Streitkräfte für solch einen Zweck erlaubt. Die Vereinigten Staaten besitzen genügend Sachkenntnis, um an einem neuen, ständigen, kollektiven Sicherheitssystem mitzuwirken. Das politische Klima für solch ein Sicherheitssystem ist günstiger als je zuvor in diesem Jahrhundert. Falls die USA hingegen durch bürokratische Untätigkeit in die Rolle des einsamen Sheriffs getrieben werden, wird das amerikanische Volk die Rechnung präsentiert bekommen, wozu nicht nur Kriegskosten, sondern auch die Kosten für den Wiederaufbau nach einem

Krieg zu zählen sind. Wären die Gläubiger der Vereinigten Staaten in der Lage, diesem Land die Tugenden eines Benjamin Franklin aufzuerlegen, die der Internationale Währungsfonds von armen Schuldernationen als Vorbedingung für Hilfe verlangt, wäre solch eine Rolle längst nicht mehr Gegenstand ernsthafter Überlegungen. Ein von Gläubigern, die zugleich unsere Hauptkonkurrenten im Welthandel sind, finanziertes 'Amerikanisches Jahrhundert' ist weder für die USA noch für die Stabilität der Weltwirtschaft eine einleuchtende Antwort. (...)

Zum ersten Mal in diesem Jahrhundert scheidet keine der Supermächte daran interessiert zu sein, den Status quo mit militärischen Mitteln zu verändern. Die anderen Großmächte unserer Zeit - Deutschland, die untergeordneten Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft und Japan - fühlen sich weder bedroht von imperialen Ambitionen irgendeiner anderen Macht noch glauben sie, daß durch den offensiven Gebrauch militärischer Macht ihren eigenen Interessen gedient sei oder neu auftauchende Konflikte gelöst werden könnten. (...)

Für Institutionen, die dem Denken des Kalten Krieges verhaftet sind, ist es schwierig eine neue Politik zu entwickeln, die den Kalten Krieg hinter sich läßt. Wenn nicht die vorrangige Tätigkeit, der Charakter, die Zusammensetzung und der Etat der Bundesbürokratie umstrukturiert werden und das Gleichgewicht der Kräfte sich nicht innerhalb der Regierung merklich zugunsten derjenigen Bereiche verschiebt, in denen man sich mit einer Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft befaßt, wird es den USA sehr schwerfallen, die Probleme der Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft anzugehen. Diese Probleme haben zur Verschuldung der Nation geführt und die Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern erhöht und sind Ursache dafür, daß wichtige Kämpfe im Bereich der Technologie und auf verschiedenen Märkten verloren wurden. (...)

Abrüstung ist nun angesagt, denn zum ersten Mal in diesem Jahrhundert leben wir in einer Welt, die sich nicht mehr länger der konkreten Möglichkeit eines Weltkrieges gegenüber sieht; Voraussetzung für die Existenz unserer bestehenden Streitkräfte ist allerdings, in begrenzten Kriegen zu kämpfen, um einen weltweiten Konflikt zu "verhindern". (...)

Für die Vereinigten Staaten ist die sogenannte Friedensdividende in Wirklichkeit eine Schuld, die wir selbst zu verantworten haben. Am Ende der 80er Jahre waren die Ausgaben des Bundes für gesellschaftliche Belange um 30 Prozent niedriger als noch zu Beginn des Jahrzehnts. 1980 beliefen sich die Ausgaben für Verkehr, Energieeinsparung, Umweltschutz, Bildung und andere gesellschaftliche Bereiche (...) auf 3,6 Prozent des Bundeshaushalts; 1989 war ihr Anteil auf zwei Prozent geschrumpft. In dieser Zeit nahm die Unterstützung des Bundes für den Transitverkehr um 30 Prozent ab, um 61 Prozent sanken die Mittel der Regierung für Energieeinsparung, um 16 Prozent gingen die Bundesmittel im Bildungsbereich zurück und um 69 Prozent wurden die Schulungs- und Beschäftigungsprogramme gekürzt - und das in einem Jahrzehnt, in dem ein riesiger Verlust an Arbeitsplätzen in älteren Industrien zu beklagen war und die Industrie als ganzes einem größeren Strukturwandel unterlag. Zu den Fehlinvestitionen kommen noch sich häufende gesellschaftliche Probleme: eine dramatische Eskalation der Gewalt (die Verdopplung der Zahl der Gefängnisinsassen in den 80er Jahren machte die USA zu dem Land, das mehr Bürger einsperrt, als jedes andere Land der Welt; am Ende des vergangenen Jahrzehnts nahmen im Durchschnitt pro Tag 135.000 Kinder Waffen mit in die Schule); Obdachlosigkeit (ein Skandal, der nicht gerade dadurch entschärft wurde, daß der Bereich Sozialwohnungen im Bundeshaushalt eine 74prozentige Kürzung erfuhr); die Schulmisere; und schließlich die sich ausweitende Kluft zwischen der Fähigkeit amerikanischer Fabriken und jener ausländischer Fabriken, marktfähige Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen herzustellen, woraus der Verlust amerikanischer Arbeitsplätze und Märkte für amerikanische Produkte resultiert. (...)

Die Probleme, die mit der Rüstungsindustrie zusammenhängen, können als Teil einer größeren Herausforderung gesehen werden, der sich die amerikanische Wirtschaft zu stellen hat: die Notwendigkeit, eine Reihe von Industrien abzuwickeln, die mit der Herstellung veralteter, schädlicher oder nicht-wettbewerbsfähiger Produkte beschäftigt sind, aber weiterhin auf die eine oder andere Weise subventioniert werden, weil bei ihnen ein großes Reservoir an Arbeitsplätzen gesehen wird oder weil sie

die Schutzherrn einflußreicher Mitglieder des Kongresses sind. (...)

Die wahre Unermeßlichkeit der Abrüstungsaufgabe und die Unsicherheiten, die sie für Millionen von Menschen mit sich bringen wird, deren Jobs einmal so sicher schienen wie diejenigen von Steuereintreibern und Leichenbestattern, garantieren, daß alle erdenklichen Argumente eronnen werden, um zu zeigen, warum es "voreilig" ist, abzurüsten. Die mit der nationalen Sicherheit betrauten Einrichtungen sind unwahrscheinlich erfinderisch bei der Erstellung und Vermarktung neuer Feindbilder, um ihre Haushaltsgelder auch wert zu sein. Im Jahre 1944 empfahl ein früherer Präsident von General Electric, eine "ständige Kriegswirtschaft" in der Nachkriegszeit fortzusetzen, damit die Vereinigten Staaten niemals wieder wie 1940 in aller Eile mobil machen müßten. (...)

Die Konfliktlinien zwischen den Erfordernissen eines auf nationale Sicherheit angelegten Staatswesens und einer vom militärischen Sektor abhängigen Wirtschaft und denen einer gesunden zivilen Gesellschaft sind unübersehbar. Die Risiken der Abrüstung müssen den Risiken eines weiteren Verfalls der bürgerlichen Gesellschaft ebenso gegenübergestellt werden wie den Risiken neuer Rüstungswettläufe und der Verbreitung von Waffen. (...)

Die Vereinigten Staaten haben ein überwältigendes Interesse daran, die zügellose Gewalt abzuwenden, die durch die Verbreitung von Waffen neue Nahrung erhält. Dennoch sind sie seltsam passiv im Hinblick auf die vielleicht beispiellose, auf jeden Fall einem Durchbruch gleichkommende Gelegenheit, einen internationalen Konsens herbeizuführen, um überall auf der Welt die Truppenstärken zu verringern, den Waffenhandel einzuschränken und die Talente sowjetischer Atomwissenschaftlicher für den Abbau und die Beseitigung nuklearer Installationen zu nutzen. Der fatalistische Glaube, es sei zu spät, die Verbreitung der Waffen zu stoppen, sorgt nicht nur dafür, daß es damit weitergeht, sondern läßt die Erwartung auf zukünftige Gewalt entstehen, was wiederum gleichbleibend hohe internationale Spannungen und erhöhte Rüstungsetats zur Folge hat.

Atomare Sprengköpfe stellen für das Gebiet der Vereinigten Staaten und die Sicherheit des amerikanischen Volkes die größte militärische Bedrohung dar. (...)

Bushs Programm zielt darauf hin, das Leben mit Kernwaffen sicherer zu machen, doch, anders als seine Vorgänger, stellt er die Möglichkeit einer atomwaffenfreien Welt nicht in Aussicht, auch wenn der Kalte Krieg vorbei ist. (...)

Die führenden Industrienationen, von denen zwei keine Atommächte sind, haben nun ein starkes Interesse daran, die weitere Verbreitung dieser Waffen aufzuhalten und zu einem internationalen Konsens zu kommen, der sich gegen deren Gebrauch in jedweder Form und zu jedwem Zweck richtet. (...)

Der sogenannte Baruch-Plan von 1946 basierte auf einer nüchternen Einschätzung der langfristigen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten. Grundsätzlich war dabei, die Kosten und Gefahren eines unausweichlichen Rüstungswettlaufs zu erkennen. Zu Stalins Zeiten wurde das atomare Problem rasch zu einem Propagandakrieg. In den Jahren seither war die vorherrschende Annahme der US-Regierung, daß der Moment für die Abschaffung aller Atomwaffen für immer passé sei, obwohl die meisten Nachkriegs-Präsidenten - mit Ausnahme von Bush - mindestens eine leidenschaftliche Rede hielten, in der sie die Beseitigung der Atomwaffen zur dringlichen Aufgabe erklärten. (...)

Bushs Programm zielt darauf hin, das Leben mit Kernwaffen sicherer zu machen.

Würde atomare Abrüstung ernsthaft verfolgt, wäre dies von großem Nutzen. Es würde für politischen und moralischen Druck gegen die Ausbreitung von Kernwaffen sorgen. Es würde die Menschen dazu zwingen, eine größere Vielfalt von alternativen Sicherheitssystemen zu erforschen, die abschrecken und auf mögliche Betrügereien reagieren. Die beste Chance, die die Welt hat, sich aus ihrer Abhängigkeit vom nuklearen Terror zu lösen, müssen die Regierungen der wichtigsten Atommächte wahrnehmen, indem sie auf dramatische Weise zeigen, daß sie das dreckigste Geheimnis des Jahrhunderts verstanden haben: "Kernwaffe" ist ein Widerspruch in sich.

Wir haben so viele Jahre des Kalten Krieges erlebt, daß wirkliche Abrüstung - radikale Reduzierungen, drastische Kürzungen in den Bereichen Rüstungsforschung und -entwicklung und radikale Entnuklearisierung - geradezu phanta-

stisch erscheint. Können wir uns wirklich sicherer fühlen, wenn der Sicherheitsapparat demontiert wird und schrumpft? Können wir uns eine amerikanische Gesellschaft vorstellen, in der die bürgerlichen Freiheiten wiederhergestellt sind, die in den Jahren des Kalten Krieges verloren gingen, und in der der Präsident seinen starren Blick von ausländischen Feinden ab- und amerikanischen Bedürfnissen zuwendet? (...)

Während sich das Jahrhundert auf sein Ende zubewegt, gibt es überall auf der Welt zynische Bemerkungen auf die Frage, ob die Menschheit jemals Gerechtigkeit und größere Gleichheit erreichen wird. Vielen verschiedenen Lagern ist die Idee des Fortschritts an sich schon suspekt. Das Mißtrauen ist in jenen Gesellschaften besonders groß, die sich auf extravagante, aber leere Versprechungen gründeten oder auf noblen Visionen, die von korrupten und tyrannischen Führern ausgebeutet wurden. Fast überall sind die Menschen skeptischer geworden in Hinsicht auf das, was durch Politik erreicht werden kann, und die Gurus der Ökonomie quer durch das ganze politische Spektrum sehen mehr und mehr aus wie Verkäufer von Schlangenöl. Der Appetit auf Konsumgüter wird überall angeregt, aber Träume von einer gerechten Gesellschaft verblassen immer mehr. Der mystische Ruf nach dem sagenhaften freien Markt beruht nicht auf den Versprechungen Milton Friedmans, wohl aber auf den Produkten, die Russen und Polen jetzt auf ausländischen Fernsehkanälen sehen können, und den praktischen wirtschaftlichen Leistungen solcher autoritärer kapitalistischer Staaten wie Chile unter Pinochet, Korea, Taiwan und seit kurzem auch Mexiko. Es war anscheinend die Kombination aus strenger Disziplin, Produktivität und die Verlockung von Konsumgütern, zu der sich die Führer des Putsches in der Sowjetunion hingezogen fühlten. Wenn der jetzige Winter so schrecklich wird wie viele voraussagen, sollten wir nicht annehmen, daß das Experiment mit der Demokratie erfolgreich sein wird. Ohne den Glauben an eine anständige Alternative zu einer autoritären freien Marktwirtschaft - und in den armen Ländern und ruinierten Gesellschaften gibt es gegenwärtig keine Modelle für eine anständigere Alternative - wird sich in den Ländern, die erst kürzlich den Geschmack der Freiheit feierten, im Namen des Realismus die Repression wieder ausbreiten.

Können wir uns eine amerikanische Gesellschaft vorstellen, in der die bürgerlichen Freiheiten wiederhergestellt sind, die in den Jahren des Kalten Krieges verloren gingen, und in der der Präsident seinen starren Blick von ausländischen Feinden ab- und amerikanischen Bedürfnissen zuwendet?

All dies stellt eine große Herausforderung für die Grundlagen der Aufklärung dar, auf denen die Vereinigten Staaten errichtet wurden. Sowohl die Linke als auch die Rechte sind von einer Krise des Denkens erfaßt. (...)

Die intellektuelle Verwirrung, die durch die schnellen Veränderungen der letzten zwei Jahre hervorgerufen wurde, droht die Vereinigten Staaten in einem Moment unbeweglich zu machen, in dem sich neue Wege für einen konstruktiven Wandel eröffnen. Der Kollaps der alten Ideologien - nicht nur des Kommunismus, sondern auch des Keynesianismus und solcher Reaktionen auf den Keynesianismus wie Thatcherismus und Reaganismus - macht eine neue Verständigung darüber möglich, was dieser Gesellschaft und der Sowjetunion eigentlich zugestoßen ist. Unter Realismus wird gemeinhin verstanden, die Welt weitgehend so zu akzeptieren wie sie ist und sie durch Kompromisse und Vorsicht schrittweise auf einen günstigen Weg zu führen, der gewöhnlich in Nebel gehüllt ist. Um mit den Möglichkeiten des Friedens und auch seinen gefährlichen Störungen fertigzuwerden, ist eine wahrhaft pragmatische Vision vonnöten, die größere Veränderungen in der Gesellschaft erfordert wird als wir sie uns in den letzten 50 Jahren haben vorstellen können. Erforderlich ist auch ein neuer Glaube - nicht an die Vollkommenheit des Menschen, aber an die Fähigkeit der Menschen, ihre Institutionen den Bedürfnissen der Spezies Mensch und denen der Erde als ganzes anzupassen.

(Übersetzung:

Hans-Jörg Freese, Berg.-Gladbach)

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokratinnen

★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke

★ Für Jusos, SPD und Gewerkschaften

★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur

★ Erscheint 6 mal jährlich

★ Parteiunabhängig

★ Einzelheft 5,00 DM

★ Jahresabo 28,00 DM

Heft 3/92 - Juni/Juli

u.a.: Europa, USA-Wahlkampf, Tarifpolitik, Jusos

Heft 4/92 -

August/September

u.a.: Rechtsextremismus, Wirtschaftspolitik, Wohnungspolitik, Sozialdemokratie

Kostenloses Probeheft erhältlich bei Sozialist Im Körbchen 10 3400 Göttingen

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Weiterhin lieferbare Titel aus dem spw-Verlagsprogramm

Ich bestelle:

Expl. Josef Hindels, **Marxismus und Gegenwart** Berlin 1985 (2. Auflage); 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück.

Expl.: **FRAUENBILDER**. Die weibliche Wirklichkeit ist anders

Hrsgg. von den JungsozialistInnen Berlin, Berlin 1986; Ergebnisse eines Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, 80 Seiten mit Fotos, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Kapitalistische Krise und Strategien der Eurolinken**.

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa Hrsgg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, Berlin 1982; mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeuropäischen Linken, 160 Seiten, Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM.

Expl.: **Herforder Thesen**.

Zur Arbeit von Marxisten in der SPD Hrsgg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Berlin 1981 (2., überarbeitete Auflage); Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Grundlegende Positionsbestimmung von MarxistInnen in der SPD zu Beginn der 80er Jahre, anknüpfend an den marxistischen Traditionen in der deutschen wie auch internationalen Sozialdemokratie.

Expl.: **Linke Sozialdemokraten & bundesrepublikanische Linke**. Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen

Hrsgg. von Detlev Albers u.a., Berlin 1981; mit Beiträgen von Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

Expl.: **Sozialismus der Zukunft**. Grundlagen für das neue Programm der SPD

Hrsgg. von Detlev Albers, Frank Heidenreich, Heinrich Lienker und Kurt Neumann, Berlin 1988; mit Beiträgen von Diether Dehm, Jürgen Eger, Katrin Fuchs u.a., 185 Seiten, Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM.

Expl.: **Projekt Moderner Sozialismus**. 53 Thesen

Hrsgg. von Susi Möbbeck, Fieta Saß und Birgit Zoerner, Berlin 1989; Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. In 53 Thesen formulierten marxistische Jusos in der SPD Bausteine für eine zeitgemäße Gesellschaftsanalyse und eine moderne sozialistische Strategie.

Expl.: **Vorwärts, rückwärts, seitwärts ...**

Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform

Hrsgg. von Peter von Oertzen und Susi Möbbeck, Köln 1991, 190 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM

Expl.: **Zwischen Nationalstaat und Globalpolitik**

Bausteine für einen neuen Internationalismus. Hrsgg. v. Katrin Fuchs und Joachim Schuster, Köln 1992, 164 Seiten, Ladenpreis 19,80 DM

spw-Hefte 1, 3-29:

Ladenpreis je 9,80 DM, für AbonnentInnen je 5,- DM.

spw-Hefte 30-50:

Ladenpreis je 9,50 DM, für AbonnentInnen je 7,50 DM.

Ab spw-Heft 51:

Ladenpreis je 7,- DM, für AbonnentInnen je 7,- DM.

Ich bestelle Expl. spw-Hefte Nr. ...

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung (Preise zzgl. Versandkosten von 1,50 DM).

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (versandkostenfrei).

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift



Individuen im gesellschaftlichen Raum.
Was sie sich von der Zukunft versprechen mögen?

spw verspricht mehr denn je

Wer **spw** abonniert oder ein neues Abonnement vermittelt, erhält ab sofort - befristet bis **15. 12. 92** - **100%** mehr Werbegeschenke als bisher:

2 attraktive Buchprämien für jedes neue Abo

Unter 10 verschiedenen Titeln ist zu wählen:



Nr. 2/92
Eckart Spoo (Hrsg.),
KohlZeit. Ein Kanzler
und sein Deutschland,
Köln 1991
(PapyRossa), Laden-
preis DM 20,-



Nr. 4/92
Detlev Albers, Sozia-
lismus im Westen.
Erste Annäherungen:
Marxismus und
Sozialdemokratie,
Hamburg 1987 (Argu-
ment), Ladenpreis
DM 19,80



Nr. 6/92
Josef Hindels,
Marxismus und Ge-
genwart, Berlin 1985
(spw), Ladenpreis
DM 9,-



Nr. 8/92
Katrin Fuchs, Joachim
Schuster (Hrsg.),
Zwischen
Nationalstaat und
Globalpolitik. Bauste-
ne für einen neuen
Internationalismus,
Köln 1992 (spw),
Ladenpreis DM 19,80



Nr. 10/92
Lutz Hoffmann, Die
unvollendete Republi-
k
Zwischen
Einwanderungsland
und deutschem
Nationalstaat, 2.
aktualisierte und
erweiterte Auflage,
Köln 1992
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 3/92
Peter Wahl (Hrsg.),
Warum Montezuma
nicht Europa entde-
ckt hat. Europa und die
Dritte Welt, Köln
1991 (PapyRossa),
Ladenpreis DM 24,-



Nr. 5/92
Jürgen Kuczynski,
Probleme der
Selbstkritik. Sowie
von flacher Landschaft
und vom Zickzack der
Geschichte, Köln 1991
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 7/92
Peter von Oertzen,
Susi Möbbeck (Hrsg.),
Vorwärts, rückwärts,
seitwärts... - Das
Lesebuch zur SPD-
Organisationsreform,
Köln 1991 (spw),
Ladenpreis DM 19,80



Nr. 9/92
Arbeitsgruppe Alterna-
tive Wirtschaftspolitik,
MEMORANDUM
'92, Köln 1992
(PapyRossa), Laden-
preis DM 24,-



Nr. 11/92
WIR FRAUEN 1993
Taschenkalender mit
flexiblem Einband in
Lila (PapyRossa), La-
denpreis DM 11,80
(lieferbar ab Septem-
ber)

SPW ZU ABONNIEREN HAT KONJUNKTUR. BIS 15. 12. 92.

Coupon zur Abo- (und Buchprämien-) Bestellung im Heftinneren. Oder beiliegende Bestellkarte benutzen.